

# Wien in Europa. Europa in Wien.



Europabericht der Stadt Wien 2015

Stadt  Wien  
*Wien ist anders.*

## Impressum



Eigentümer & Herausgeber:  
Magistratsabteilung 27 – Europäische Angelegenheiten

Redaktion und Koordination:  
Mag.<sup>a</sup> Andrea van Oers

Satz, Grafik und Layout:  
Lindenau Productions GmbH, 1030 Wien

### Fotohinweise:

Europa und die Europäische Union sind uns manchmal recht fern.  
Dass sie in Wirklichkeit überall in Wien zu finden sind,  
beweisen zwei 14-jährige Schülerinnen.  
Sie haben sich mit dem Fotoapparat auf die Suche gemacht.  
Und weil Liebe – gerade in Wien – durch den Magen geht, haben sie sich  
auf die kulinarischen Spuren Europas geheftet.  
Ihre Fotos beweisen, wie präsent die Küche vieler europäischer Länder in Wien ist.  
Ergänzt werden sie dann gleich mit den passenden Rezepten.  
Zu finden sind sie am Deckblatt jedes Berichtskapitels

Weitere Fotos, falls nicht anders angegeben:  
© Alexander Loidl, [www.aworld4you.com](http://www.aworld4you.com)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort Bürgermeister Dr. Michael Häupl</b> .....	5
------------------------------------------------------	---

## Statements der Rathausklubs

Peter Florianschütz, SPÖ .....	6
Birgit Meinhard-Schiebel, Die Grünen .....	8
Mag. Wolfgang Jung, FPÖ .....	10
Mag. Manfred Juraczka, ÖVP .....	12

## Berichte aus der Magistratsdirektion und den Geschäftsgruppen

Magistratsdirektion .....	17
Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport .....	23
Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke .....	29
Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales .....	35
Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenchutz und Personal .....	41
Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft .....	47
Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung .....	53
Geschäftsgruppe Umwelt .....	59
Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung .....	65
Stadtrechnungshof Wien .....	71

## Städteagenda der EU – Urban Agenda

Bevor Sie weiterlesen ... ..	74
Die innovative Kraft der Städte als Chance für ein neues Europa. ....	75
Städte auf Augenhöhe mit der EU. ....	77
Infographics zur Urban Agenda. ....	81
Die Städtepartnerschaften des Paktes von Amsterdam. ....	83
Breite Zustimmung für EU-Städteagenda auf der Bürgermeisterkonferenz in Amsterdam. ....	86

## Anhang

Wiener Deklaration der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der EU-Hauptstädte 2015 „Eine starke Stimme in Europa“. ....	88
Erklärung der Bürgermeister der EU-Hauptstädte zur EU-Städteagenda und zur Flüchtlingskrise. ....	90
Übersicht über jene Akten, die dem Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten im Jahr 2015 vorgelegt wurden. ....	93



Der europäische Einigungsprozess ist nichts für Ungeduldige. Laute, große Paukenschläge – wie der Vertrag von Maastricht 1992 oder jener von Lissabon 2007 – waren im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses schon immer die Ausnahme. Derzeit erscheinen große Integrationsschritte als fast unmöglich. In der Regel erfolgte die europäische Integration durch eine stille, allmähliche und langsame Ausdehnung der europäischen Befugnisse. Es ist eine Weiterentwicklung in kleinen Schritten, wobei immer wieder der Eindruck entsteht, es ginge einen Schritt vorwärts, aber zwei Schritte zurück. Die gegenwärtige europaweite Zunahme nationaler Antwortversuche auf europäische Herausforderungen verstärkt diesen Eindruck. Mag dieser Trend auch Ausdruck berechtigter Zweifel an der dominierenden neoliberalen Ausrichtung des europäischen Einigungsprojektes sein, so geht er doch in die falsche Richtung: Renationalisierung bewältigt sicher keine internationalen Herausforderungen.



**Dr. Michael Häupl**  
Bürgermeister und  
Landeshauptmann von Wien

Demgegenüber setzt sich Wien seit dem EU-Beitritt beharrlich für die europäische Integration ein. Im Zentrum der Wiener Aktivitäten stehen dabei der Erhalt des Europäischen Sozialmodells und die Stärkung der städtischen Dimension. Beim europäischen Sozialmodell geht es um die traditionellen sozialdemokratischen Ziele: Sozialer Ausgleich, Herstellung von Chancengleichheit und Stärkung „sozial Schwacher“. Mit seinen vorbildlichen öffentlichen Dienstleistungen, wie dem sozialen Wohnbau, oder im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit hat sich Wien auch international viel Anerkennung erworben. Dies ist insbesondere dem schon traditionellen Engagement der politischen und administrativen Ebene geschuldet, wofür ich mich bei dieser Gelegenheit bedanken möchte. Heute ist Wien gern gesehener Partner bei europäischen Aktivitäten, z.B. bei einer europäischen Pilotpartnerschaft zum Thema „Wohnen“ oder im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR).

Auch bei der Stärkung der Rolle der Städte wird Wiens Stimme gehört. So versammelten sich am 21. April 2015 die BürgermeisterInnen der EU-Hauptstädte in Wien und beschlossen die Deklaration „Eine starke Stimme in Europa“. Darin fordern sie u.a. eine systematische Einbeziehung der Städte in den gesamten Prozess der Gestaltung der EU-Politik, mehr Handlungsspielräume bei der Umsetzung von der Europäischen Kommission vorgegebener Ziele sowie ein Rederecht der StädtevertreterInnen vor dem Europäischen Parlament. Mit dem vom niederländischen EU-Vorsitz initiierten „Pakt von Amsterdam“ scheint sich 2016 ein „window of opportunity“ zu einer besseren Verankerung der städtischen Dimension zu öffnen. Dass dies notwendig ist, zeigt auch das internationale Flüchtlingsdrama: Städte spielen bei seiner Bewältigung die zentrale Rolle.

# Menschenrechtsstadt – vom Anspruch zur Wirklichkeit



**Peter Florianschütz**

Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten, Sprecher für europäische und internationale Angelegenheiten der SPÖ Wien

„Wenn – und davon bin ich überzeugt – Politik ein langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich bedeutet“, wie Max Weber sagt, dann waren das Jahr 2015 und die Lage der Europäischen Union der Beweis dafür.

Das große Friedensprojekt eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes wurde in extremer Form auf die Probe gestellt. Einerseits durch den Umstand, dass eine große Anzahl von Flüchtlingen nach Europa geströmt ist, mehr noch aber durch die unterschiedlichen Herangehensweisen des Umgangs damit in den verschiedenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Vom gemeinsamen, solidarischen Bemühen war teilweise nichts zu bemerken, die Situation zeigte zum Teil Defizite und einen hohen Handlungsbedarf auf.

In Wien und Österreich kann man allerdings darauf stolz sein, wie die „Krise“ bewältigt wurde. In einem Kraftakt von staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft haben wir gemeinsam Großartiges zuwege gebracht!

Ohne Freude – die Flüchtlingsbewegung ist ja das Ergebnis entsetzlicher Ereignisse in den Herkunftsländern – und in realistischer Einschätzung hat Wien seine Rolle als europäische Metropole und als Menschenrechtsstadt bestätigt.

Die Ereignisse des Jahres 2015 und von Anfang 2016 zeigen, dass Wien mit seiner Politik der Weltoffenheit und Verständigung richtig liegt.

Es geht nunmehr darum, in der Stadt einen guten Umgang mit den Folgen der Flüchtlingsbewegung zu finden. Das ist die stadtinnenpolitische Herausforderung der nächsten Zeit.

## Wien ist Mehr

Die europäische Politikkomponente von Wien – als im zentralen Bereich Europas gelegenes urbanes Zentrum – umfasst natürlich mehr als die ausschließliche Orientierung auf die Europäische Union an sich und sie wird von der Schwerpunktsetzung auf zentrale Themenfelder unserer Stadt geprägt.

Dabei ist das Wien-Haus in Brüssel eine wesentliche, wenn nicht unverzichtbare Einrichtung geworden, die große Beachtung findet

Die Bemühungen um die Donaauraum-Strategie, in der Wien eine bedeutende Rolle spielt, und die aktive Politik in Richtung Westbalkan sind wesentliche Standbeine bei der Umsetzung der Anliegen und Interessen der Stadt in Europa.

Wien ist zur Menschenrechtsstadt geworden und übt diese Rolle, nicht nur in der Flüchtlingsfrage, in allen Bereichen der Kommunalpolitik konsequent und aktiv aus.

Darüber hinaus ist Wien „eine starke Stimme in Europa“ und war durch unseren Bürgermeister Dr. Michael Häupl maßgeblich an der gleichnamigen Deklaration der Bürgermeister der EU-Hauptstädte beteiligt.

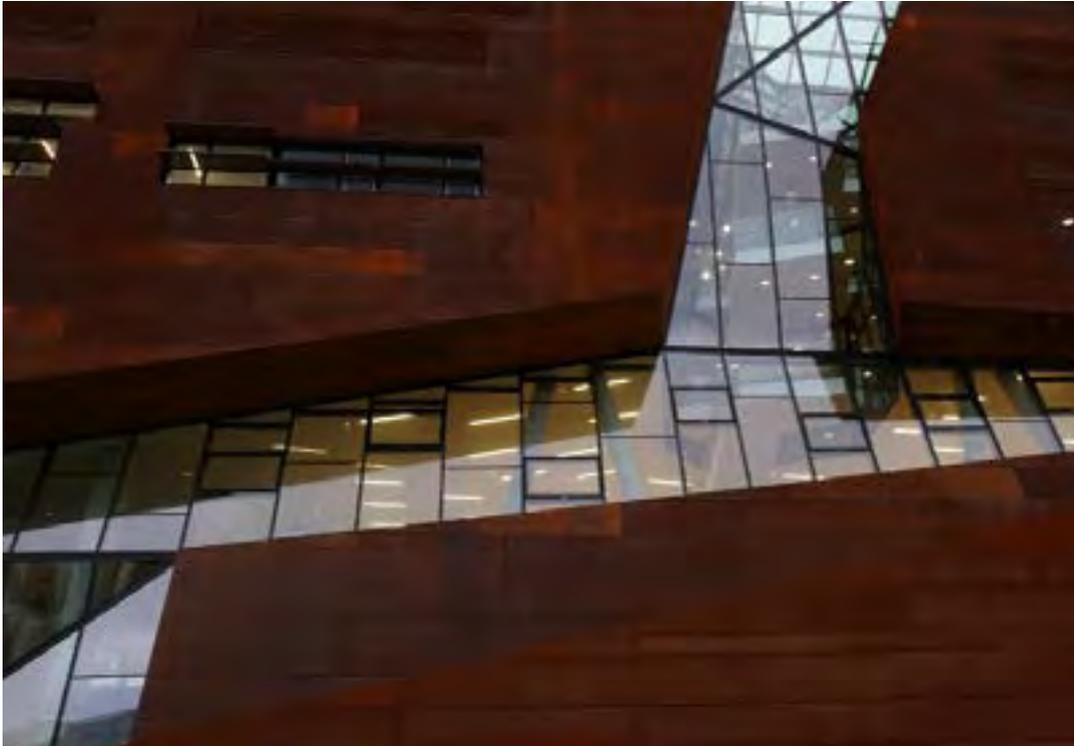
Grundsätzlich geht es um die Stärkung der Städte und Regionen, und dabei spielt Wien sowohl auf der Ebene des Ausschusses der Regionen der EU, des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, als auch beim Netzwerk EURO CITIES eine wesentliche Rolle.

Bei den Bereichen soziales Wohnen, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder der Sicherung des sozialen Friedens stehen wir in Europa an vorderster Stelle und darauf können wir stolz sein.

Die sozialdemokratische Leitlinie für Wien als eine weltoffene, sozial textierte und zivilisierte Stadt wird in der konkreten Politik Wiens konsequent umgesetzt.

Realistisch, mit Augenmaß, wie von Max Weber 1919 angedacht.

Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit Themen wie den Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Ich bin froh darüber, dass in Wien zum Teil



fraktionsübergreifend eine kritische Position zu diesen Instrumentarien des Neoliberalismus existiert.

## Europa – ein Erfolg

Insgesamt kann bei allen Schwierigkeiten und trotz der permanenten Kritik das Europäische Projekt als Erfolg betrachtet werden.

Die Idee eines friedlichen, von Menschenrechten geprägten Kontinents, in dem die Menschen die positiven Lehren aus unserer Geschichte gezogen haben, existiert trotz gelegentlicher Rückschläge weiter.

Für die Sozialdemokratie ist das Ziel eines Europas der Menschen mit hohen sozialen Standards, mit Menschenrechten und Demokratie und mit dem friedlichen Zusammenleben der Völker nach wie vor die entscheidende Messgröße.

Das ist die Zukunft eines jungen selbstbewussten Europas, das eine wichtige Rolle in der Welt spielen kann und wird.

In diesem Zusammenhang bedanke ich mich auch bei allen MitarbeiterInnen der Stadt für die hervorragende Arbeit und Unterstützung der Tätigkeit unseres Ausschusses und die gute Vorarbeit und Vertretung in den diversen Gremien und Arbeitsgruppen.

Bei den anderen Fraktionen bedanke ich mich für die gute und überwiegend von Konsens getragene Zusammenarbeit im gemeinsamen Interesse für unsere Stadt.

Aus sozialdemokratischer Sicht geht es darum „mehr Europa zu wagen“, mehr Demokratie, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Engagement für die Menschenrechte. Damit wird Europa in und außerhalb der Europäischen Union zum Erfolgsmodell und Vorbild.

Gemeinsam wird uns das gelingen, davon bin ich zutiefst überzeugt!



# Durch Europäische Solidarität aus der Krise



**Birgit Meinhard-Schiebel**  
Europasprecherin der GRÜNEN  
Wien, stellv. Vorsitzende des  
Gemeinderatsausschusses für  
europäische und internationale  
Angelegenheiten

Das Jahr 2015 war bisher wohl das krisenhafteste in der Geschichte der Europäischen Union und dieselben Herausforderungen stellen sich auch 2016: Flucht vor Krieg und Verfolgung nach Europa, mangelnde gesamteuropäische Solidarität, die „Brexit“-Diskussion, autoritäre Tendenzen in mehr und mehr Ländern (inklusive Wahlerfolge rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien), Terror, anhaltende Wirtschaftskrise – um nur einige zu nennen.

Viele der Krisenerscheinungen zeigen sich besonders in den Städten und hier wird auch um Lösungen gerungen. Ausdruck dessen ist u.a. das innerhalb der Union steigende Bewusstsein für die städtische Dimension. Die „Urban Agenda“ zielt auf eine Berücksichtigung der Interessen der Städte ab und führt Ende Mai 2016 zum „Pakt von Amsterdam“, mit dem Ziele und Vorhaben konkretisiert werden sollen.

## Die Rolle Wiens

Wien spielt hier seit Jahren eine wichtige Rolle durch aktive Beteiligung in den internationalen Städtetzwerken und hat in Bereichen wie dem sozialen Wohnbau sogar die Themenführerschaft inne.

Die Zunahme an Flüchtlingen, die vor allem ab dem Frühjahr 2015 nach Wien kamen, konnte einerseits durch ein beeindruckendes Engagement der Zivilgesellschaft, andererseits durch Maßnahmen vom Wohn- bis zum Bildungsbereich in geordnete Bahnen gelenkt werden. Im rot-grünen Regierungsübereinkommen vom November 2015 wird festgehalten, dass Integration bereits ab dem ersten Tag der Ankunft erfolgen soll. Und Wien bekennt sich dazu, eine Stadt des Friedens und der internationalen Diplomatie zu sein – dazu gehört auch die wichtige Rolle der Entwicklungszusammenarbeit und der Flüchtlingshilfe in den betroffenen Ländern.

## Schlüsselregion Westbalkan

Durch ihre Lage an einer der Hauptflüchtlingsrouten ist auch ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, wie wichtig die Länder des Westbalkans für Europa sind. Es ist zu hoffen, dass ihre Integration in die EU weiter geführt wird – auch daran wird sich zeigen, ob die EU als Friedensprojekt überzeugen kann oder nicht.

Auf der Ebene der Grünen Rathausfraktion wird dies schon länger gesehen. Seit 2005 gibt es das damals von der nunmehrigen grünen Europaparlamentsabgeordneten Monika Vana mit-initiierte Projekt des alljährlichen „Central European Round Table“ (CERT) in Wien: Grüne und nahe stehende KommunalpolitikerInnen aus Mittel- und Südosteuropa treffen einander zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion europapolitischer Fragen. In den letzten beiden Jahren nahmen Gäste aus Tschechien, Ungarn und allen Ländern des ehemaligen Jugoslawien teil, darunter auch mehrere EP-Abgeordnete. Zu den behandelten Themen gehörten die nachhaltige Verwendung der Mittel aus den EU-Kohäsionsfonds, der Umgang mit zunehmend autoritärer werdenden Tendenzen in Ländern wie Ungarn, Serbien oder Mazedonien und das Thema „Flucht und Migration“, zu dem auch eine öffentliche Podiumsdiskussion stattfand. Die gemeinsame Diskussion über „best practices“, z.B. aus dem grün-rot regierten Budapester Bezirk Zugló oder aus den Städten Brünn und Prag, ist stets ein Fixpunkt.

## Zentrifugale Tendenzen ...

Der Schlüssel für die Bewältigung der mehrfachen Krise der EU ist, ob es gelingt, dem Prinzip der Solidarität zum Durchbruch zu verhelfen.

Am Beginn der europäischen Einigung stand einerseits die Verständigung zwischen den „Erbfeinden“ Deutschland und Frankreich und die Integration Deutschlands, um einen neuerlichen Krieg ein für alle Mal zu verhindern, doch waren andererseits auch wirtschaftliche Interessen (Freihandel) Triebkräfte.

Letztere haben leider, auch durch den fatalen Siegeszug des Neoliberalismus, die Oberhand erhalten und führten dazu, dass heute ein großer Teil der Bevölkerung Griechenlands unter dem Spar- und Austeritätsskurs verarmt, dass Staaten

wie Polen oder Ungarn zwar EU-Fördergelder aber keine Flüchtlinge nehmen, dass sich Großbritannien die „Rosinen aus dem EU-Kuchen herauspicken“ will (keine Übernahme von europäischen Sozialstandards und ArbeitnehmerInnenrechten, aber unreguliertes grenzüberschreitendes Agieren des „Finanzplatzes“), dass Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA die Zukunft einer funktionierenden Daseinsvorsorge gefährden oder dass ein moralisch höchst bedenklicher Deal zur Flüchtlingsrücknahme die Türkei zum "sicheren Drittstaat" erklärt, obwohl dort die Menschenrechte massiv verletzt werden, die Pressefreiheit unterdrückt wird und bereits hunderte kurdische ZivilistInnen getötet wurden.

### ... oder Solidarität

Doch es gibt auch viele Anzeichen der Hoffnung. Hier nur einige wenige Beispiele:

- Von ATTAC gibt es die Initiative „TTIP-freie Gemeinden“, die vorschlägt, in Gemeinderäten Resolutionen gegen die Freihandelsabkommen zu verabschieden. In Österreich haben dies bereits über 330 Gemeinden getan, in der EU mehrere Tausend, besonders in Frankreich und Deutschland, aber auch in Ländern wie Spanien, Großbritannien, Belgien oder Italien gibt es Aktivitäten in diese Richtung.

Sollte es gelingen, dass TTIP tatsächlich von den Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss, dann bestehen gute Chancen auf einen Stopp.

- Gegen die Austeritätspolitik wächst der Widerstand. Auch wenn sich die Syriza-Regierung in Griechenland letztlich nicht durchsetzen konnte

(inzwischen fordern allerdings sogar IWF-Kreise einen Schuldenschnitt!), so wird die Opposition in ganz Europa auf lokaler Ebene stärker – in Barcelona etwa gewann 2015 ein links-grün-zivilgesellschaftliches Bündnis die Gemeinderatswahlen, die neue Bürgermeisterin Ada Colau kommt aus der Bewegung gegen die der Wirtschaftskrise folgenden Zwangsdelegierungen.

- In Polen gehen zehntausende Menschen gegen die rechtskonservative Regierung und für die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auf die Straße.
- Tausende Menschen helfen freiwillig und ehrenamtlich Flüchtlingen – und zwar nicht nur in Österreich, Deutschland und Schweden, sondern auch in Südosteuropa, wo dies oft noch schwieriger ist. Mehrere Dutzend NGOs aus Ländern des Westbalkans haben sich im März 2016 in einem offenen Brief gegen die Abschottung der Grenzen ausgesprochen.
- Bei der UN-Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris wurde immerhin der „Ernst der Lage“ erkannt und die EU bekannte sich zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40% gegenüber 1990. Eine Umsetzung wird auch am Engagement der Städte liegen.

Diese Beispiele zeigen, dass es möglich ist, der Entsolidarisierung, dem Rechtsruck und dem Rückfall in Nationalstaatsdenken Alternativen entgegen zu setzen.

Auch Wien soll und wird diesen „Weg der Hoffnung“ mitgehen.

# Rückblick auf 2015 – noch schlimmer als erwartet!



**Mag. Wolfgang Jung**  
Europasprecher der FPÖ  
Wien, stv. Vorsitzender des  
Gemeinderatsausschusses für  
europäische und internationale  
Angelegenheiten

Meine Befürchtungen im Bericht des Vorjahres wurden leider mehr als übertroffen und bei den Jubelrufern der anderen Fraktionen herrscht nun betretenes Schweigen. Die Klügeren unter ihnen nehmen jetzt Kurskorrekturen bis hin zur Kehrtwende vor und setzen Schritte, die früher noch, weil von uns gefordert, verteufelt wurden. Aber arbeiten wir die Kritikpunkte der Reihe nach ab.

## Halbe Million Arbeitslose

Ich habe ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit hin bis zu einer halben Million befürchtet – jetzt stehen wir knapp davor. Wien ist dabei negativer Spitzenreiter. Vom Landeshauptmann des Burgenlands angefangen, über den Sozialminister bis hin zum Arbeiterkammerdirektor Muhm, alle SPÖ, fordern Beschränkungen für ausländische Arbeitskräfte, neuerdings sogar aus EU-Staaten. Sind die jetzt auch alle „rückwärtsgewandte Nationalisten und Fremdenfeinde“?

Die Schulmisere ist unübersehbar schlimmer geworden und die Abschaffung der Noten wird auch keine Lösung bringen, im Gegenteil. Sie hat höchstens kosmetischen Wert, die Missstände werden überschminkt. Und in Wien werden jetzt eigene Schulklassen für Zuwanderer geschaffen – auch einmal die verteufelte Idee der Freiheitlichen. „Nur ein Provisorium“ versuchen die Zuständigen zu beruhigen. Wie das mit den Provisorien ist, kennt der gelernte Wiener.

## Zaun oder Türl mit Flügerln

Ich habe ausdrücklich vor den zu durchlässigen Schengen-Grenzen gewarnt. Noch am Jahresbeginn gab es die lächerliche Debatte um Zaun und „Türl mit Flügerln“ und Obergrenzen, wenige Wochen später verkündeten Kanzler und Innenministerin einen 180 Grad Schwenk bei der Grenzsicherung. Der Stacheldraht ist gezogen und sogar eine Verlängerung des Wehrdienstes steht zur Debatte.

Aber noch immer wollen uns manche von der Notwendigkeit der Zuwanderung ins Arbeitssystem überzeugen. „Der durchschnittliche Zuwanderer von heute ist gebildeter als der durchschnittliche Österreicher“ – so unser jugendlich forscher Außen-

minister. Jetzt vertritt er FPÖ Positionen und gesteht öffentlich, dass die Politik der unkontrollierten Grenzen ein schwerer Fehler war. Klar ist jedenfalls, dass Österreich, einschließlich den Bundesländern, daraus enorme Kosten entstehen. Sie liegen weit über der Milliardengröße, ohne die weiteren Zuwächse aus 2016! Nicht eingerechnet werden dabei meist auch die Kosten im Gesundheitswesen, die zu Lasten unserer Beitragszahler ausgeweitet werden, oder Wohnungen, die nicht an eigene Bürger gehen und dadurch die Preise hinauf treiben.

„Wir brauchen die Zuwanderung zur Sicherung unserer Renten,“ wird argumentiert. Allerdings werden alle „Neubürger“ über 35, wenn sie überhaupt einen Arbeitsplatz erhalten, vermutlich wegen der fehlenden Sprachkenntnisse erst in drei bis vier Jahren Beiträge leisten. Und dann müssten sie ununterbrochen etwa bis zum 70. Lebensjahr berufstätig sein, um eine adäquate Gegenleistung für die verursachten Kosten und ihre eigene Rentenvorsorge zu erarbeiten. Nicht eingerechnet sind dabei die Kosten für Familienangehörige.

## Willkommenskultur unrealistisch, Massenquartiere keine Lösung

Wer in die Bevölkerung hinein hört, und die äußert ihren Unmut, ja ihre Wut – nicht gegen die Flüchtlinge, sondern gegen die Politiker - inzwischen ziemlich lautstark, kann auch an der durch die Zuwanderung noch schwieriger gewordenen Sicherheitssituation in der Stadt nicht vorübergehen. Ein besonderes Problem stellen dabei die Massenquartiere dar. Das wird sogar schon in Teilen der Regierungspartei erkannt. Von der „voreiligen Kritik“ an der Obergrenze bzw. am Richtwert der drei roten Stadträtinnen Sonja Wehsely, Renate Brauner und Sandra Frauenberger halten Ruth Becher von der mächtigen Donaustadt-Fraktion

und der Simmeringer Parteichef Harald Troch wenig. Ganz im Gegenteil. „Politiker sollten offen und ehrlich sprechen“, so Troch zur „Krone“. „Es geht natürlich um Obergrenzen. Ich halte nichts von diesem Eiertanz um Begriffe. Es muss gehandelt werden, die Bevölkerung erwartet sich eine ehrliche und realistische Flüchtlingspolitik. Und von Massenquartieren, wie sie in Floridsdorf und Liesing entstehen, hält er nichts: Das ist kein guter Weg. Solche Unterkünfte sind unzumutbar für Anrainer, die Schulen sowie Kindergärten in der Nähe. Sein Fazit: „Die Willkommenskultur ist unrealistisch. Unter anderem aus finanziellen und Integrationsgründen sowie aus kulturellen (!)“. Auf Einsicht darf man zumindest hoffen?

### **Bürger wollen mitbestimmen**

Die Stimmung in den von uns beantragten Bürgerversammlungen ist eindeutig und zeigt die Verbitterung der Betroffenen, über die einfach drübergefahren wird. Es geht nicht um Mitsprache, bestenfalls um gefilterte Information, nachdem man das Wahlvolk vor vollendete Tatsachen gestellt hat.

Dazu kommt die Angst vor einem gewalttätigen Islamismus und vor Übergriffen auf Frauen und Kinder. Wenn die Verantwortlichen eine weitere Eskalation vermeiden wollen, müssen sie umgehend die Grenzen dicht machen. Das Boot ist voll!

Neuerdings folgt ganz plötzlich auch die Finanzstadträtin Brauner unserer Aufforderung, endlich die gefährlichen Frankenkredite umzuschulden. In Griechenland bahnt sich nämlich ein neues Budgetdesaster an und wir werden wieder zahlen und bürgen müssen.

Alle diese und noch viele andere Fragen, wie der drohende Beschluss des TTIP-Abkommens, wären es Wert im Ausschuss diskutiert zu werden, drängende Probleme auf allen Politikfeldern. Dafür werden wir mit zwei Tagesordnungspunkten abgespeist, die die Annahmen von nebensächlichen Kurzberichten empfehlen. Uns Freiheitlichen wird vorgeworfen, Europagegner zu sein, während die Stadtregierung selbst versucht, das Thema wegen seiner Brisanz, möglichst nicht zu diskutieren. Übrigens: Europa ist nicht nur die EU.



# Europapolitik neu denken



Mag. Manfred Juraczka  
Klubobmann der ÖVP Wien

Europa steht durch die weltweiten Flüchtlingsströme vor seiner größten Herausforderung seit Ende des Zweiten Weltkrieges und seit Gründung der Europäischen Union. Wenn wir das „Gemeinsame Projekt Europa“ erhalten und für die Zukunft bewahren wollen, dann müssen wir jetzt handeln. Die Europäische Union muss im Jahr 2016 ihre Lösungskompetenz unter Beweis stellen, sonst setzt sich ein Prozess in Gange, der letztendlich sogar das Ende des europäischen Gedankens und die Rückkehr zu ausschließlich nationalstaatlichem Denken bedeuten könnte. Für uns als ÖVP Wien ist klar: wir sind Europa, aber wir müssen Europa neu denken.

Die weltweiten Flüchtlingsströme im Gefolge kriegsrischer Auseinandersetzungen in Syrien und in Afghanistan waren und sind das beherrschende Thema in Österreich wie auch in Wien. Europäische Politik ist damit integraler Bestandteil kommunaler Politik geworden oder anders gesagt, es gibt kaum ein Politikfeld in dieser Stadt, das nicht von gesamteuropäischen Entwicklungen beeinflusst und überlagert wird.

Österreich zählt neben Schweden und Deutschland zu den am stärksten von den Flüchtlingsströmen betroffenen EU-Mitgliedsstaaten und ist Zielland zig-tausender Asylwerber. Während bis zum Jahr 2013 deutlich unter 20.000 Asylanträge pro Jahr gestellt wurden, waren es 2014 rund 28.000 und vergangenes Jahr mehr als 90.000, wobei der größte Anteil dabei auf Wien entfallen ist.

Der Asylgipfel am 20. Jänner 2016, auf dem die gemeinsame Vorgangsweise zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden festgelegt wurde, hat diesbezüglich eine Weichenstellung gebracht und ein klares Signal gesetzt: Österreichs Kapazitäten bei der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration sind begrenzt, es gibt eine faktische Kapazitätsobergrenze der Belastbarkeit der österreichischen Systeme.

Aus Sicht der ÖVP mussten wir die Flüchtlingsströme und die Migration nach Österreich vernünftig und nachhaltig reduzieren und wirksam regeln:

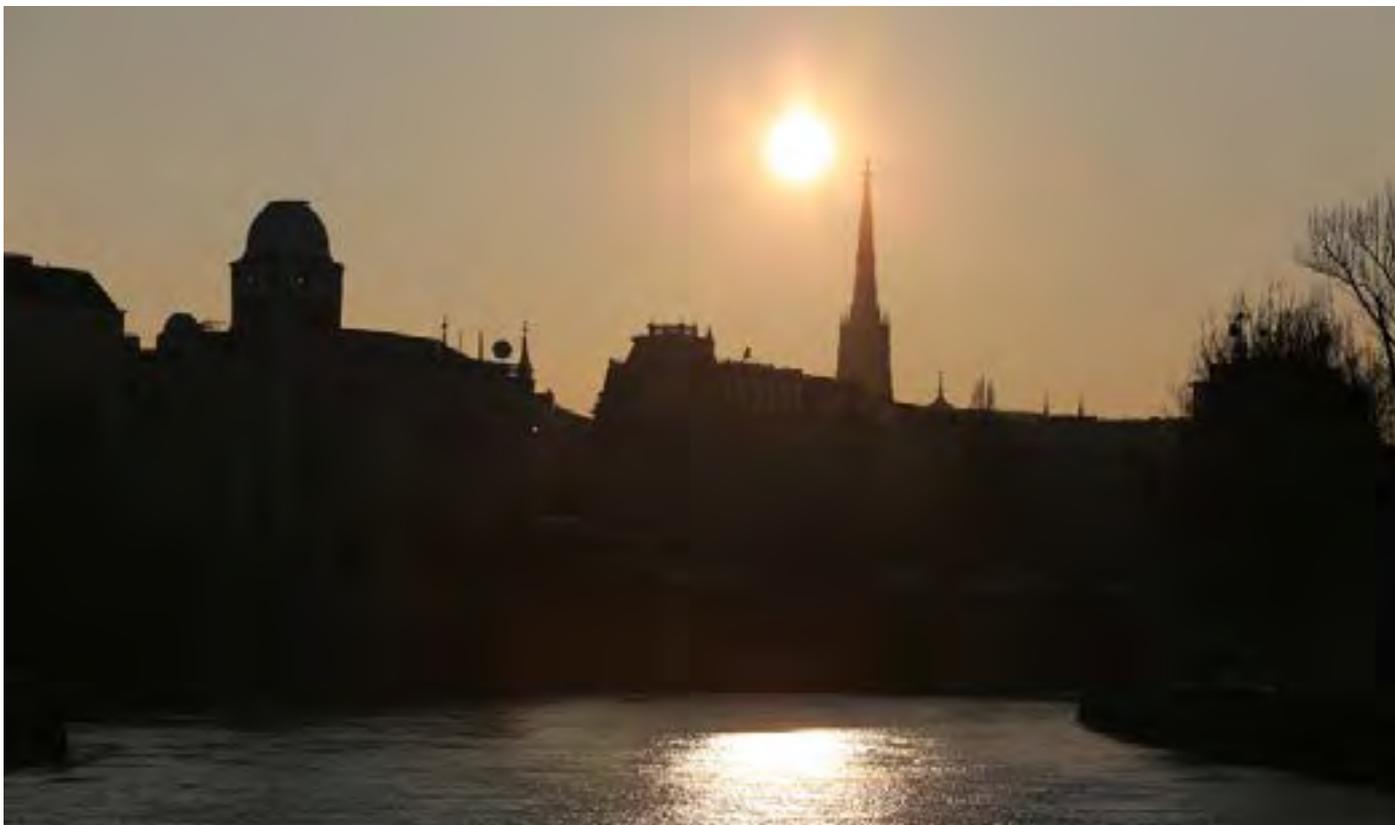
- damit wir jenen, die Hilfe brauchen, auch künftig helfen können,
- damit Integration und damit die Pflicht, sich in unsere Rechts- und Werteordnung einzugliedern, sichergestellt wird und

- damit der gesellschaftliche Zusammenhalt und der soziale Frieden auch weiterhin gewährleistet bleiben.

Es ist erfreulich, dass die Europäische Union letztlich dem Kurs der österreichischen Bundesregierung gefolgt ist, Mitte März 2016 wurde die Balkanroute geschlossen. Das allein ist nicht die Lösung des Problems, aber eine wichtige Etappe in Richtung einer notwendigen Trendumkehr. Der Schlüssel liegt nach wie vor im verstärkten und effektiven Schutz der EU-Außengrenzen und in einer großzügigen, humanitären Unterstützung in den Krisenregionen. Vor allem aber braucht es mehr Tempo von Seiten Europas und internationale Solidarität.

Nur wenn wir diese globale Herausforderung meistern, schaffen wir es, Schritt für Schritt wieder ein „Wir sind Europa“-Gefühl bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erzeugen. Viele Errungenschaften der Europäischen Union, von der Reisefreiheit, dem Binnenmarkt bis hin zur gemeinsamen Währung stehen auf der Kippe, gleichzeitig hat das (positive) Image des gesamteuropäischen Projekts gerade in den letzten Monaten massiv gelitten. Brüssel steht heute für zu viele Menschen nicht als Symbol für Freiheit, Zusammenhalt und Fortschritt, sondern für Zwang, Bürokratie und Reformverweigerung.

Wir müssen in den zentralen politischen Handlungsfeldern „Europa neu denken“, indem die Wettbewerbsfähigkeit Europas mit Blick auf die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung verbessert sowie das Vertrauen der Bürger zurückgewonnen wird. Europa ist ein Kontinent der Werte und der Menschenwürde, wie es auch in der Grundrechtecharta zum Ausdruck kommt. Die EU muss beweisen, dass sie in der Lage ist, ihre christlichen Werte und ihr Sozialmodell angesichts des globalen Wettbewerbs zu verteidigen und gleichzeitig die demographische Herausforderung zu bewältigen.



Aus Sicht der ÖVP Wien bedeutet das, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts angewandt werden müssen und es keine politisch motivierten Änderungen und Zugeständnisse geben darf. Die Übernahme von Verantwortung heute mit dem Ziel, einen nachhaltigen Haushalt zu erreichen, vermeidet, künftige Generationen mit weiteren Schulden zu belasten. Wir fordern einen EU-Rahmen, mit dem es Unternehmen ermöglicht wird, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren, denn Innovation bedeutet Zukunft. Der Euro als gemeinsame Währung hat dann eine große Zukunft, wenn sich alle ihrer Verantwortung bewusst werden.

Europa muss endlich ein adäquates Umfeld für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) schaffen, Finanzmittel müssen wachstumsbezogen eingesetzt werden. Echte Arbeitsplätze werden von Unternehmen geschaffen, nicht von Sozialprogrammen. KMU

sind dabei von zentraler Bedeutung, da sie für zwei Drittel der Arbeitsplätze in Europa verantwortlich sind. Finanzielle Anreize für KMU zu Beginn ihrer Wachstumsphase führen unmittelbar zu neuen Arbeitsplätzen vor Ort. Darüber hinaus sind Investitionen in die Bildung entscheidend, wenn wir jungen Europäern eine bessere Perspektive bieten und eine dynamischere, innovativere und wettbewerbsfähigere Wirtschaft aufbauen wollen.

Europa ist mit einer der größten Herausforderungen in seiner Geschichte konfrontiert, das „europäische (Gesellschafts-)Modell“ steht auf dem Prüfstand. Das soll uns aber nicht mutlos machen, im Gegenteil. Wir wollen Europa verändern, wir müssen Europa verbessern. Die EU muss für ihre Bürger wieder eine politische Heimat sein und darf nicht als bürokratischer Bedrohung empfunden werden. Oder mit den Worten von Roland Dumas: „Europa ist die Zukunft, jede andere Politik Vergangenheit“.

# BERICHTE aus der MAGISTRATS- DIREKTION und den GESCHÄFTS- GRUPPEN

## CAPONATA DI MELANZANE aus Italien

*Die Caponata ist ein typisches Gericht der sizilianischen Küche, für das es auf der sonnenverwöhnten Mittelmeerinsel viele Rezeptvarianten gibt. Sie passt zu allem Gebrillten, zu Fleisch wie auch zu Meeresfrüchten und Fisch. Sie kann aber auch wunderbar, mit Mozzarella ergänzt, auf Ciabatta serviert werden.*

20 gr Pinienkerne in einer beschichteten Pfanne anrösten und zur Seite stellen.  
500 gr Melanzane würfeln, in einem Sieb mit Salz bestreuen und 30 min. ziehen lassen.  
200 gr Stangensellerie in Ringe schneiden und 4 min. in kochendem Salzwasser blanchieren. 2 Zwiebeln in Ringe schneiden. Melanzane kalt abbrausen in Olivenöl bei starker Hitze anbraten, herausheben und zur Seite stellen. Zwiebel im Olivenöl glasig werden lassen, Stangensellerie, 150 gr entsteinte grüne Oliven und 400 gr Dosentomaten hinzufügen und 10 min köcheln lassen. Die Melanzane, 2 EL in Salz eingelegte Kapern, 20 gr Rosinen, die Pinienkerne und 25 gr in 100 ml Rotweinessig aufgelösten Zucker hinzufügen. Weitere 20 min köcheln lassen und mit Salz und Pfeffer abschmecken.

Die Caponata lauwarm oder kalt als Antipasto oder Beilage servieren.





# Magistratsdirektion

## Geschäftsbereiche der Magistratsdirektion

MD-Recht

MD-Personal und Revision

MD-Organisation und Sicherheit

MD-Bauten und Technik

MD-Europa und Internationales

# Politische Planspiele für junge EuropäerInnen.

Mit „Model European Union“ wird die Arbeit im Europäischen Parlament simuliert.

## Kontakt und wichtige Links:

### Magistratsdirektion – Europa und Internationales

Mag. Thomas Resch  
thomas.resch@wien.gv.at

www.meu-vienna.at  
www.facebook.com/MEUVienna  
www.twitter.com/MEUVienna



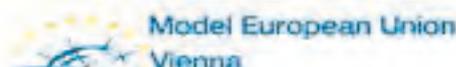
*“I would like to encourage all young Europeans to learn more about this common union, how it functions, how to engage in it and also how to improve our common European project.”*

MEP Ulrike Lunacek

Vom 19. bis 22. Februar 2015 fand zum zweiten Mal die „Model European Union“ erfolgreich in Wien statt. Über 100 junge Erwachsene aus 26 Ländern simulierten bei der Konferenz den Gesetzgebungsprozess der EU in Rat und Parlament. Die TeilnehmerInnen bekamen bereits vorab ihre Rollen als VertreterInnen von Parteien und Ländern zugewiesen und diskutierten anhand von echten Entwürfen der Europäischen Kommission zu den Themen „Genderquote in Aufsichtsräten“ und „Datenschutz“.

Das Konzept des politischen Planspiels ist als „Model United Nations“ (MUN) bereits weltweit verbreitet und wird seit 2007 auch als „Model European Union“ (MEU) umgesetzt. Nachdem 2014 zum ersten Mal in Wien und mit großem Erfolg eine solche Simulation veranstaltet worden war, wurde das Organisationsteam rund um den Verein „Model European Union Vienna“ nun vergrößert und die Zusammenarbeit mit den PartnerInnen (siehe unten) fortgesetzt. Wie schon im ersten Jahr wurde auch 2015 die monatelange Vorbereitungsarbeit mit einer rundum erfolgreichen Simulation belohnt.

Auftakt war die sehr lebhaft Podiumsdiskussion zum Thema Frauenquote in Aufsichtsräten mit der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Ulrike Lunacek (Die Grünen),



Europaparlamentarierin Angelika Mlinar (NEOS) und dem Kandidaten zur EP-Wahl Stefan Schnöll (ÖVP). Bei der anschließenden „mock debate“ (Übungsdebatte) wurden die wichtigsten Verfahrensregeln (rules of procedure) mit den TeilnehmerInnen nochmals eingeübt und das JournalistInnen-Team verteilte bereits die erste Ausgabe der eigens produzierten Konferenz-Zeitung „jEUrnal“.

Der zweite Tag begann mit einer Einführung in die Themen durch die beiden sogenannten Commissioners, welche die Vorschläge der Europäischen Kommission vorstellten und Fragen der Parlamentsmitglieder (MEPs) und der MinisterInnen beantworteten.

Bei der internationalen Sichtbarkeit der österreichischen „Smart Cities“ Themenführerschaft hat Wien in Kooperation und Unterstützung mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie eine wichtige Vorreiterrolle übernommen. Dabei wurde u.a. auch die themenspezifische Zusammenarbeit der Stadt Wien mit entscheidenden Gremien in Brüssel intensiviert. In diesem Zusammenhang besuchte eine Delegation aus Wien, in der neben Magistratsdirektor Dr. Erich Hechtner mit Stadtbaudirektorin Dipl.-Ing. in Brigitte Jilka, MBA und Planungsdirektor Dipl.-Ing. Thomas Madreiter auch die **MD-Geschäftsbereich Bauten und Technik** hochrangig vertreten war, Brüssel.



Smart Cities Delegation aus Wien / © Dipl.-Ing. Christoph Lehmann

## Entscheidungsverfahren der EU

Das übliche Entscheidungsverfahren ist das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (früher „Mitentscheidungsverfahren“). Dabei verabschieden das Europäische Parlament (EP) und der Rat, in dem die Regierungen der 28 EU-Länder vertreten sind, die Rechtsvorschriften der EU gemeinsam.

Bevor die Europäische Kommission (EK) eine neue Maßnahme vorschlägt, bewertet sie in einer sogenannten Folgenabschätzung die möglichen wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Folgen der Maßnahme. Die nationalen Parlamente können – bei nicht ausschließlich in die Kompetenz der EU fallenden Gesetzesvorhaben – im Rahmen des Subsidiaritätsverfahrens ihre Vorbehalte formell zum Ausdruck bringen.

Das EP und der Rat überprüfen die Rechtsetzungsvorschläge der EK und formulieren gegebenenfalls Änderungsvorschläge. Können sich der Rat und das EP nicht auf die Änderungen einigen, findet eine zweite Lesung im EP statt.

Wenn sich das EP dort nicht mit dem Rat einigen kann, hat es das Recht, die vorgeschlagenen Rechtsvorschriften abzulehnen. Wenn sich die zwei Institutionen bezüglich der Änderungen einigen, wird der Vorschlag angenommen. Wird keine Einigung erzielt, versucht ein sogenannter Vermittlungsausschuss eine Lösung zu finden. Im Rahmen dieser dritten und letzten Lesung dürfen sowohl der Rat als auch das Parlament den Vorschlag ablehnen.

Quelle: [europa.eu/eu-law/decision-making/procedures/index\\_de.htm](http://europa.eu/eu-law/decision-making/procedures/index_de.htm)



Gruppenfoto MEU Vienna / © Jörg Reitmaier

Nach diesen Inputs begann die Debatte im Parlament und Rat. Schnell zeichneten sich Allianzen ab und erste Abänderungsanträge für die Entwürfe wurden eingebracht. Während der Mittagspause trafen sich VertreterInnen des Parlaments und des Rats im sogenannten „trilogue meeting“ mit den Commissioners, um gemeinsam Fortschritte bei den Abänderungsanträgen zu diskutieren, Missverständnisse zu beseitigen und Raum für Kompromisse zu finden. Nach weite en Debatten wurden die Abänderungsanträge diskutiert und abgestimmt. Der Verhandlungstag endete mit einer Pressekonferenz, in der VertreterInnen des Rats und des Parlaments den JournalistInnen die Fortschritte und weiteren Pläne erläuterten.

Am Tag drei stand Thementausch auf dem Programm: Dem Parlament wurde der Vorschlag der Kommission, den der Rat am Vortag behandelt hatte, samt Abänderungs-

beschlüssen vorgelegt und dem Rat umgekehrt der Vorschlag mit Abänderungsbeschlüssen des Parlaments. Auf diese Art konnten beide Themen zwei volle Tage von beiden Organen behandelt werden. Nachdem die Commissioners wiederum die Themen vorgestellt hatten, erläuterten VertreterInnen aus der jeweils anderen Kammer die am Vortag beschlossenen Abänder-

erungen. Mit dem Nachmittag verstrich dann die letzte Gelegenheit für Änderungsanträge, was zu hektischen Verhandlungen sogar während der Kaffeepause führte. Nachdem über alle Anträge abgestimmt worden war, folgte die letzte Pressekonferenz.

Am letzten Konferenztag folgte die letzte Abstimmung über die fertigen, abgeänderten Vorschläge in Parlament und Rat, beide Vorschläge wurden angenommen.

Unterstützt wurde die MEU Vienna 2015 von mehreren Studienvertretungen, der FH Technikum Wien, dem Außenministerium, der Wirtschaftskammer sowie den Vertretungen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission. Im Februar 2016 fand mit Unterstützung der Stadt Wien bereits eine weitere Ausgabe der „Model European Union“ statt. Themen waren die Dublin-III-Verordnung sowie die EU-Tabakrichtlinie.



Parlamentswahlen MEU Vienna / © Jörg Reitmaier

# Die BürgermeisterInnen der EU-Hauptstädte trafen sich in Wien, ...

... um die städtische Dimension in der europäischen Politik zu stärken.



BürgermeisterInnenntreffen | © Jobst · PID

*„Wir maßen uns nicht an, alle Städte in Europa zu vertreten, aber wir können eine Stimme der Städte in Europa sein und wir werden gehört.“*

Wiens Bürgermeister Dr. Michael Häupl unterstrich die Bedeutung der Deklaration.

Am 21. April 2015 trafen sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie ranghohe Vertreterinnen und Vertreter der EU-Hauptstädte auf Einladung des Wiener Bürgermeisters im Rathaus, um gemeinsam über die Städtepolitik der Europäischen Union zu beraten. Den ursprünglich vom früher für Regionalpolitik zuständigen EU-Kommissar Johannes Hahn initiierten Dialog zwischen der EU und den Städten will auch seine Amtsnachfolgerin, Corina Cretu, weiterführen, wie sie bei ihrer Rede im Rahmen der Tagung der Stadtoberhäupter unterstrich.

„Die Städte sind wichtige Akteure. Nach dem Prinzip der Subsidiarität können sie auch aktiv werden und wir können dabei helfen“, sagte die Kommissarin. „Ihre Beiträge sind von größter Wichtigkeit“, richtete sie das Wort an die BürgermeisterInnen. „Sie haben Erfahrungen. Sie wissen, welche Maßnahmen funktionieren können. Ich, als Ihre Ansprechpartnerin, freue mich auf Ihre Vorschläge.“

Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass bis 2050 zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben werden und dort das größte Potenzial für Innovation liegt, soll die städtische Dimension stärker in den Fokus der Europäischen Politik rücken und die Zusammenarbeit zwischen den Städten der Europäischen Union intensiv fortgeführt werden. Diese Ansicht teilten die anwesenden VertreterInnen der EU-Hauptstädte,

darunter die Bürgermeister von Rom, Athen, Bukarest, Sofia und Luxemburg

Im Rahmen der Tagung wurde die Deklaration „Eine starke Stimme in Europa“ beschlossen (siehe Anhang). Darin fordern die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unter anderem eine systematische Einbeziehung der Städte in den gesamten Prozess der Gestaltung der EU-Politik sowie mehr Handlungsspielräume bei der Umsetzung der von der Europäischen Kommission vorgegebenen Ziele. Außerdem wird ein Rederecht der Städtevertreterinnen und -vertreter vor dem Europäischen Parlament gefordert. Die Städte verlangen zudem die Übertragung nichtbeanspruchter EU-Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit an besonders betroffene Großstädte sowie die Verteilung der EU-Ressourcen nach der Bevölkerungsdichte.



BürgermeisterInnenntreffen | © Jobst · PID

Lesen Sie im dritten Teil des Europaberichts, wie es weiterging.

# Dreizehn Städte im Dialog.

## Internationaler Wissensaustausch auf höchster Verwaltungsebene.

„Neue Ansätze, um die Herausforderungen für die Städte zu meistern“, war das Thema des Treffens europäischer Magistratsdirektorinnen und Magistratsdirektoren in Dublin im Jahr 2015. Magistratsdirektor Dr. Erich Hechtner traf dabei seine Kolleginnen und Kollegen aus Berlin, Bratislava, Dublin, Helsinki, Ljubljana, Lissabon, Madrid, Nikosia, Prag, Riga, Stockholm und Tallinn.

Nach den Treffen in Tallinn 2011, Paris 2012, Brüssel 2013 und Riga 2014 war heuer Dublin der Austragungsort dieses hochkarätigen Treffens von VertreterInnen aus 13 europäischen Städten. Jedes Jahr steht dabei ein anderer spezifischer Themenschwerpunkt im Mittelpunkt.

Dublins Bürgermeisterin Criona Ní Dhalaiagh begrüßte die Runde der Verwaltungsspitzen. Die Stadt Dublin stellte anschließend die Themen eGovernment, Big Data, elektronischer Einkauf und seine Position als „Start-Up-City“ ins Zentrum der Präsentationen. Ein Besuch bei „Google Ireland“ rundete das Programm ab.

Nicht nur die Anforderungen an wachsende Städte und die damit verbundenen Herausforderungen für kommunale Verwaltungen standen im Mittelpunkt der Betrachtungen. Auch das Thema Flüchtlinge wurde diskutiert. Anlässlich der Gespräche bekräftigte Magistratsdirektor Hechtner: „Wien ist keine Insel. Wien ist eine europäische Metropole,

die sich den Entwicklungen auf globaler, europäischer und regionaler Ebene nicht entziehen will. Der Magistrat hat sich in immer stärkerem Ausmaß mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Deshalb ist eines ganz klar: Städte können und sollen voneinander lernen. Gerade ein Sehen über den eigenen Tellerrand ermöglicht es, kommunale Herausforderungen durchdacht und effizient anzugehen.“

Zum Abschluss wurde vereinbart, das Treffen im kommenden Jahr in Wien stattfinden zu lassen.



MagistratsdirektorInnen in Budapest | © Majtényi Mihály

Das 4. Jahresforum der **EU-Strategie für den Donaauraum** stand unter anderem im Zeichen der europäischen Flüchtlingskrise. Die Prioritätsachse 10 dieser EU-Strategie, die von Wien koordiniert wird und für die Zusammenarbeit zwischen Städten und der Zivilgesellschaft zuständig ist, wurde von Seiten des Rates der Donaustädte und Regionen und der Arbeitsgemeinschaft Donauländer ersucht, eine gemeinsame Stellungnahme der Städte, Regionen und der Zivilgesellschaft zu entwerfen. Diese Stellungnahme wurde anlässlich des Jahresforums von den drei Organisationen beschlossen. Wien hat dadurch auch auf europäischer Ebene ein Zeichen für inklusive Institutionen und Verwaltungen und gegen ein Europa der Zäune und Grenzen gesetzt.

In Budapest fand im April 2015 ein **Treffen der MagistratsdirektorInnen der Städte Budapest, Ljubljana, Prag und Wien** statt. Hauptthemen des Treffens waren Kulturtourismus, Stadtmarketing sowie die Zwischennutzung leerstehender Lokale im städtischen Besitz. Im Mittelpunkt der Präsentation von Magistratsdirektor Erich Hechtner standen die zahlreichen kulturellen Aktivitäten der Bundeshauptstadt sowie der bevorstehende Eurovision Song Contest. Zu einem bilateralen Besuch nach Wien kam wiederum der neue Magistratsdirektor der Stadt Bratislava, Mag. Martin Maruska.



Treffen der MagistratsdirektorInnen in Dublin / © City Council Dublin

## LIWANCE aus Tschechien

*Liwance, oder Dalken, sind eine traditionelle Süßspeise der böhmischen Küche. Sie werden in einer speziellen, traditionell gusseisernen, Pfanne mit halbrunden oder flachen Vertiefungen auf dem Herd, üblicherweise mit Schweineschmalz, ausgebacken.*

15 gr Germ mit 20 gr Kristallzucker und einer Prise Salz in 180 ml lauwarmer Milch auflösen 130 gr glattes gesiebtes Mehl und anschließend 2 Eidotter, Vanillezucker, Zitronenschale und 20 gr geschmolzene Butter einrühren. Zugedeckt bei Raumtemperatur 1 Stunde gehen lassen. 2 Eiklar steifschlagen und unterziehen. In Butterschmalz rund 6 cm große Liwanzen von beiden Seiten goldbraun herausbacken.

Mit Powidl und gezuckertem Rahm oder Topfen servieren.





# Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport

MA 10 Wiener Kindergärten

MA 11 Amt für Jugend und Familie

MA 13 Bildung und außerschulische Jugendbetreuung

MA 44 Bäder

MA 51 Sportamt

MA 53 Presse- und Informationsdienst

MA 55 Bürgerdienst – Stadtservice für alle Wienerinnen und Wiener

MA 56 Wiener Schulen

# Kinder- und Jugendhilfe goes Europe.

Plattform zum Austausch von Wissen und Erfahrung.

## Kontakt und wichtige Links:

MA 11 – Kinder, Jugend  
und Familie

Fortbildung, Forschung und  
Entwicklung

Dr. Erwin Rössler

erwin.roessler@wien.gv.at

www.kinderschutz.wien.at



Mit der Gründung der „**European Youth Care Platform**“ im Jahr 2013 wurde erstmal ein Werkzeug geschaffen, das den Wissenstransfer zu Themen der Kinder- und Jugendhilfe auf europäischer Ebene systematisch fördert. Die MAG ELF (MA 11 – Amt für Jugend und Familie) ist Gründungsmitglied dieser Plattform und nimmt bei den regelmäßig stattfindenden Konferenzen aktiv teil.

Im September 2015 fand in Klagenfurt eine zweitägige Veranstaltung zum Thema „Von der institutionellen Versorgung zur Betreuung in lokalen Gemeinschaften“ statt. Hintergrund ist eine europäische Leitlinie zur De-Institutionalisierung: In allen relevanten Bereichen (Kinder, Menschen mit Behinderung) soll mittelfristig ein Übergang von der institutionellen Betreuung in großen Einrichtungen hin zur Betreuung in Familien oder kleinen Einheiten stattfinden. Die MAG ELF kann auf diesem Gebiet in den letzten Jahren bereits auf zahlreiche erfolgreiche Projekte verweisen, die im Rahmen der

Konferenz  
präsentiert  
wurden.

Gegenstand der Diskussionen waren auch die Durchdringung der Kinder- und Jugendhilfe durch eine partizipative Grundhaltung („Nothing about me without me!“) und Maßnahmen zur Bekämpfung von Erwerbslosigkeit von Jugendlichen, die sich in der Obhut der Kinder- und Jugendhilfe befinden. Die Arbeit der Plattform wird auch 2016 mit zwei Veranstaltungen fortgesetzt.



Jugendstadtrat Christian Oxonitsch bei der Eröffnung einer neuen Wohngemeinschaft der Kinder- und Jugendhilfe in Ottakring. / © Votava · PID

# Mehrsprachigkeit schafft Mehrwert.

## Interkulturelles Lernen findet Unterstützung durch die Büchereien Wien.

Geschäftsgruppe  
Bildung, Jugend, Information  
und Sport

Am Europäischen Tag der Sprachen, dem 26. September, eröffnete eine spezielle Kinderbücherei ihre Pforten: Die Büchereien Wien haben in Kooperation mit der Non-Profit-Organisation „Who I Am“ ihre Zweigstelle am Meiselmarkt im 15. Bezirk in eine Kinder- und Jugendbibliothek mit Medien in 30 Sprachen transformiert. Die **Kinderbücherei der Weltsprachen** wurde bewusst im sprachenreichsten Bezirk in Wien eingerichtet und nimmt sich der Themen Erstsprache und Mehrsprachigkeit an. Die Büchereien Wien setzen damit neue Maßstäbe im Bereich der interkulturellen Bibliotheksarbeit.

Das Angebot der Kinderbücherei der Weltsprachen richtet sich primär an Kinder ab vier Jahren samt deren Eltern und an Jugendliche. Aber auch Pädagoginnen und Pädagogen, die in der Zweigstelle wichtige Impulse für ihre Arbeit erhalten, zählen zur Zielgruppe. Eine erste Kooperation war schon bei der Eröffnung sichtbar und hörbar: Der Kinderchor der European Primary School und die MusikschülerInnen der Amadeus International School untermalen das Fest.

„Interkulturelles Lernen“ ist als Unterrichtsprinzip in den Schulplänen der allgemeinbildenden Schulen verankert, daher wird auch gezielt mit Institutionen, die im interkulturellen und/oder im Bereich der Sprachförderung tätig sind, zusammengearbeitet. Die Muttersprachlichkeit der Kinder soll sinnvoll im Unterricht eingebracht werden. Die Spezialzweigstelle bietet Kindern und Klassen die Möglichkeit, im Rahmen von Projekten und Veranstaltungen die verschiedenen Muttersprachen der Kinder als Bereicherung zu erfahren.

Die Initiative „Who I am“ sammelte im Rahmen der „Turn the Page Challenge“ Kinder- und Jugendliteratur in 30 Sprachen, die nun in der Kinderbücherei der Weltsprachen ihr neues Zuhause findet. 5.000 Bücher, **600 Musik- und Hörbücher** und 300 Spielfilme in deutscher Sprache und rund 4.000 Bücher in rund 30 Fremdsprachen stehen den Kindern, Eltern und PädagogInnen zur Verfügung. Das Sprachenangebot deckt nicht nur die klassischen schulischen Fremdsprachen (Englisch, Französisch, Spanisch etc.) ab, sondern



© Votava · PID

auch viele andere Sprachen, die in Wien gesprochen werden (Arabisch, Chinesisch, Dari, Farsi, Kurdisch, Pashto, Türkisch etc.). Außerdem bietet das Veranstaltungsprogramm neben verschiedenen deutsch- und mehrsprachigen Lesungen und Workshops für Kinder auch Kirangolini-Lesestunden für die Jüngsten.

Zentrales Anliegen dieser einzigartigen Kinderbücherei ist die Stärkung der sprachlichen Identität. Das Beherrschen der Muttersprache wirkt sich nachweislich positiv auf Entwicklung, Lesekompetenz und Bildungsleistung von Kindern aus. Diese Spezialzweigstelle möchte daher junge Menschen mit nicht-deutscher Erstsprache dazu ermutigen in ihrer Erstsprache zu lesen, während sie gleichzeitig Deutsch lernen. Eltern sollen dazu angeregt werden, Kindern auch in ihrer Muttersprache vorzulesen und so die Leidenschaft für Bücher zu wecken. Mit der neugestalteten Bibliothek wollen die Büchereien Wien neue Maßstäbe im Bereich der interkulturellen Bibliotheksarbeit setzen; die Kinderbücherei der Weltsprachen soll nicht zuletzt ein Pilotprojekt für die Institution sein.

### Kontakt und wichtige Links:

**Kinderbücherei der Weltsprachen | Who I Am Children's Library**

1150 Wien, Hütteldorfer Straße 81 a  
Tel. 4000-15165

Öffnungszeiten:  
Montag bis Freitag 13:00 – 18:00

[www.buechereien.wien.at](http://www.buechereien.wien.at)



Schon traditionell eröffnete die Dritte Präsidentin des Wiener Landtags Marianne Klicka in Vertretung von Wiens Bürgermeister den zum 47. Mal stattfindenden **Wien-Ball** in Noordwijk aan Zee in Holland. Die zahlreich erschienenen Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur genossen diesen Abend in Wiener Ballatmosphäre mit traditionellen Walzerklängen und Operettenmusik. Er steht stellvertretend für die immer wieder sehr beliebten Wien-Bälle, die Wiener Ballkultur in Europas Städte tragen und gleichzeitig den Rahmen für effiziente Kooperationsgespräche bilden.



© Guenther Gammer, Noordwijk

# Die Modeschule Hetzendorf pflegt ihre internationalen Kontakte.

## Erfolge in Wettbewerben und Erfahrung durch SchülerInnenaustausch.

### Kontakt und wichtige Links:

Modeschule der Stadt Wien  
im Schloss Hetzendorf

[www.modeschule.wien.at](http://www.modeschule.wien.at)



Die Modeschule Hetzendorf führte auch im Jahr 2015 nicht nur in gewohnter Weise ihre Vernetzungsaktivitäten durch, sondern konnte wiederum Erfolge bei internationalen Wettbewerben verbuchen. Darüber hinaus ist jetzt auch die Geschäftskleidung eines internationalen Konzerns dank einer Schülerin der Modeschule neu gestylt.

Frische, tragbare Accessoires für die Geschäftskleidung – diese Bitte richtete Mazda vor einiger Zeit an die Modeschule Hetzendorf. Die Nachwuchstalente der Wiener Fashion-Kaderschmiede setzten sich daraufhin an den Zeichentisch, experimen-

tierten mit dem Corporate Design und der Formensprache von Mazda und präsentierten mehr als fünfzig originelle, inspirierende Entwürfe. Kooperationsprojekte dieser Art bieten wertvolle Erfahrungen fürs konzeptionelle, zielgruppenorientierte Arbeiten,

geben Einblicke in wirtschaftliche Zusammenhänge und tragen zur Entfaltung des kreativen Potenzials bei. Der Mazda-Designphilosophie soul-of-motion am nächsten kam eine erst 15-jährige Schülerin mit ihrem Entwurf. Aus diesem wurden schließlich Tücher und Krawatten produziert.

Eingesetzt werden

die Designer-Accessoires künftig von den Mazda-Teams bei Business-Meetings, am Point-of-Sale und auf Events.

Ebenso erfolgreich nahmen SchülerInnen der Modeschule Hetzendorf an internationalen Wettbewerben teil: Eine Maturaschülerin erzielte mit ihrer Hutkreationen den „Prize for Commercial Appeal“ beim britischen Feltmaker's Design Award 2015. Eine Exkursionen nach Bratislava wiederum diente dazu, Kontakte mit den dortigen Kunstgalerien, Ateliers und der Kunstakademie zu knüpfen. Darüber hinaus konnten die SchülerInnen des Ausbildungsschwerpunktes Textildesign der Modeschule die Ausstellung "Textile Art of Today" besuchen. Schon traditionell ist der SchülerInnenaustausch des dritten Jahrgangs der Modeschule mit dem Eastbourne College in Großbritannien.



© Stefanie Starz



© Stefanie Starz



© Stefanie Starz



© Modeschule Wien

# Wiener Kindergärten dienen international als Vorbild.

## Pädagogische Konzepte und administrative Lösungen.

Geschäftsgruppe  
Bildung, Jugend, Information  
und Sport

Die Bildungsarbeit der Wiener Kindergärten stößt auch international auf großes Interesse: So waren Pädagoginnen der „Jyuroku-yama Nursery School“ aus der Nähe von Tokio zu Besuch im Kindergarten in der Oberen Augartenstraße 1, um einen Einblick in den Tagesablauf zu gewinnen.

Interesse gab es vor allem am spielerischen Zugang zum Thema Bildung abseits vom Leistungsdenken:

In Japan ist der Kindergarten noch immer ein Ort, wo Lernen und Leistung im Vordergrund stehen und das Spielerische keinen hohen Stellenwert hat. Mittlerweile ist diesbezüglich aber auch in Japan ein Umdenken im Gange: Es ist klar geworden, dass

durch Lerndruck das gewünschte Ziel einer frühen Bildung nicht erreicht werden kann.

Wien geht bereits seit längerem einen ganz anderen Weg: Mit dem Wiener Bildungsplan wurde bereits 2006 eine gute Basis für die Bildungsarbeit in den Kindergärten entwickelt. Im Vordergrund steht dabei immer der

spielerische Zugang: Die Kinder setzen sich im Spiel mit den verschiedensten Schwer-



© Votava · PID

punkten auseinander und lernen auch von und mit einander: Das reicht von Kommunikation, Sprache, Kultur und Kunst, Technik, Natur bis hin zur Konfliktbewältigung. Die PädagogInnen der Stadt Wien sehen sich dabei als "WegbegleiterInnen" der Kinder, die so spielerisch ihre Fähigkeiten und Kompetenzen stärken.

Wien ist in Österreich nach wie vor das einzige Bundesland, das das sogenannte **„Barcelona-Ziel“ der EU** nicht nur erfüllt, sondern weit übertrifft: Diese EU-Vorgabe sieht vor, dass für mindestens 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze vorhanden sein müssen. Bei den 1- bis 3-Jährigen kann Wien für 68,2 Prozent der Kinder einen Platz zur Verfügung stellen. Das gesamte Platzangebot in Wien ist auf 83.500 Plätze für 0-6-Jährige gestiegen, davon 25.500 Plätze für Kinder von 0-3 Jahren. Im Bereich der Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren hat Wien das Barcelona-Ziel von 90 Prozent schon längst übererfüllt: Hier hat Wien nach jüngsten Berechnungen eine Versorgungsquote von über 100 Prozent.



© Votava · PID

**Sprachförderung** hat in städtischen Ballungsräumen wie Wien eine besonders große Bedeutung und ist daher seit vielen Jahren ein besonderer Schwerpunkt **in den Wiener Kindergärten**: 2015 wurden 45 neue MitarbeiterInnen begrüßt, die sich speziell um die Sprachförderung der Kinder kümmern. Die Aufgaben der neuen SprachförderInnen umfassen unter anderem die Unterstützung der PädagogInnen im Alltag in der Gruppe und pädagogische Angebote zur sprachlichen Bildung und Förderung.

## SCAMPI BUZARA aus Kroatien

*Traditionell werden Scampi Buzara mit der Hand gegessen, da man die Scampi ja noch von der Schale befreien muss. Das ist nicht die feinste, aber die authentischste Art die geschmackvolle adriatische Küche zu genießen.*

4 Knoblauchzehen und einen Bund Petersil fein hacken und in 100 ml Olivenöl erhitzen. 1,5 kg frische Scampi kurz unter Rühren mitbraten. 4 große gehäutete und gewürfelte Tomaten (oder 0,5 l Tomatensauce), 400 ml Weißwein und 2 EL Semmelbrösel hinzufügen. Salzen und pfeffern. Zugedeckt 15 bis 20 min köcheln lassen.

Mit Weißbrot servieren. Und nicht vergessen, eine Küchenrolle und eine Schale mit heißem Zitronenwasser zum Säubern der Finger mit auf den Tisch zu stellen.





K O N N O B A

# Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

**MA 5** Finanzwesen

**MA 6** Rechnungs- und Abgabewesen

**MA 23** Wirtschaft, Arbeit und Statistik

**MA 27** Europäische Angelegenheiten

**MA 68** Feuerwehr und Katastrophenschutz

Es berichten auch:

Wiener Stadtwerke

Wien Holding GmbH

Wirtschaftsagentur Wien

waff – Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds

# Donaumetropole Wien.

Fluss und Hafen verbinden den europäischen Kooperationsraum.

## Kontakt und wichtige Links:

[www.hafen-wien.com](http://www.hafen-wien.com)

[www.eurovienna.at](http://www.eurovienna.at)

[www.euro-access.eu](http://www.euro-access.eu)

[www.twincityliner.com](http://www.twincityliner.com)

[www.tinavienna.at](http://www.tinavienna.at)



Dank einer Ausbildungs-Kooperation mit der französischen Flusskreuzfahrten-Reederei Croisi Europe hatten die Lehrlinge der **DDSG Blue Danube** auf mehrmonatigen Kreuzfahrten die Möglichkeit, Europas Flüsse an Bord von Kabinenschiffen kennenzulernen. An Bord der MS L'Europe, MS Vivaldi und MS Beethoven wurden sie – ergänzend zu ihrer nautischen Ausbildung im Linienbetrieb und bei den Themenfahrten in Wien und der Wachau – auch im internationalen Binnenschiffverkehrsverkehr ausgebildet.

**EmerGent**, eines der Projekte des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU, befasst sich mit der Nutzung neuer, sozialer Medien zur Informationsgewinnung für sowie Informationsweitergabe durch Einsatzkräfte. Eine Tagung zur Abstimmung des Bedarfs zwischen Anwendern und Forschungsinstitutionen fand bei der Berufsfeuerwehr Wien statt. Die Bedeutung dieser Medien spiegelt sich aktuell auch in der Kommunikation der auf der Flucht befindlichen Menschen wieder, da praktisch alle Informationen darüber ausgetauscht werden.

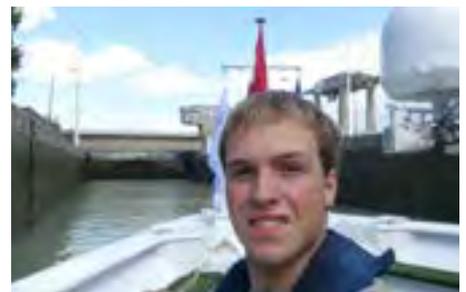
[www.fp7-emergent.eu](http://www.fp7-emergent.eu)

Nicht erst die aktive Rolle Wiens im Rahmen der EU-Donauraumstrategie (EUSDR) macht die Stadt zu einem der Dreh- und Angelpunkte entlang der Donau. Die Donauraumstrategie bildet jedoch die Basis für zahlreiche neue Aktivitäten, die bestehende Kooperationen stärken und vereinfachen sowie neue aufbauen sollen. Auch die wachsende Bedeutung des Hafen Wien als internationaler Binnenhafen und multimodale Verkehrsdrehscheibe trägt dazu bei: Durch die Eröffnung der Wasserstraße Rhein-Main-Donau und die nach Südosteuropa befahrbare Donau liegt der Hafen Wien direkt an der Hauptschlagader der Binnenschifffahrt. Rund 2.000 Kilometer entfernt vom Schwarzen Meer und rund 1.500 Kilometer von der Nordsee fungiert der Hafen Wien mit seiner optimalen direkten Anbindung an die drei Verkehrsträger Schiff, Eisenbahn und LKW (Stichwort Trimodalität) sowie mit der Nähe zum Flughafen Wien-Schwechat als leistungsstarke Schnittstelle internationaler Handels- und Transportwege.

Im Pilotprojekt „neutrale Internetplattform“ des **Hafen Wien** wird, unter Berücksichtigung der Ergebnisse und Empfehlungen der Machbarkeitsstudie „Feasibility study for new links along the Danube“, eine neutrale Internetplattform für Verlagerer, Speditionen, Reedereien, SchiffsmaklerInnen und SchiffsbesitzerInnen, Industrie und Häfen entwickelt. Eine solche Plattform gibt es bereits für den Rhein, diese kann die Bündelung von Ladungen ermöglichen und damit auch das Bewusstsein für die Bedeutung der Binnenschifffahrt verstärken.

Die **EuroVienna** wiederum unterstützt mit ihrer Kompetenz für EU-Förderungen und Projektmanagement den Priority Coordinator 10 (kurz PAC10) der EUSDR bei der Verwaltung von Pilotprojekten im Donauraum. Diese haben das gemeinsame Ziel, die Entstehung und Vorbereitung von Kooperationsprojekten zu erleichtern bzw. die Vorfinanzierung kleinerer Projekte sicherzustellen. Zu den Pilotinitiativen zählen **TAF-DRP** (Technical Assistance Facility for Danube Region Projects), der **START – Danube Region Project Fund** und das Onlinetool **EuroAccess Danube Region**.

Der **Twin City Liner** stellt seinerseits die praktische Seite der Kooperation entlang der Donau sicher: Die attraktive und erfolgreiche Schiffsverbindung zwischen Wien und Bratislava, startete im Jahr 2015 in seine zehnte Saison und fährt nun unter



Matrose Michael Novak / © DDSG Blue Danube

dem Motto „So geht Schiff heute“. Mit bis zu 10 Fahrten täglich werden die beiden an der Donau gelegenen Städte verbunden. Die Fahrzeit von Zentrum zu Zentrum beträgt nur 75 Minuten. Über 128.000 PassagierInnen erlebten 2015 eine unvergessliche Schiffsreise mit einem der beiden modernen Schnell-Katamarane.

Die **TINA Vienna** vertritt die Stadt u.a. in einigen Netzwerken des Donauraums wie der DonauHanse, im Corridor VII (einem der paneuropäischen Verkehrskorridore) und der ARGE Donauländer.



Twin City Liner / © Eva Kelety

# Eurovision Song Contest, ein Fest für die Welt.

## Nicht nur Europa zu Besuch in Wien.

Geschäftsgruppe  
Finanzen, Wirtschaftspolitik  
und Wiener Stadtwerke

Von 18. bis 23. Mai 2015 fand in der Wiener Stadthalle der 60. Eurovision Song Contest, die größte Live Unterhaltungsshow der Welt statt. 40 teilnehmende Nationen, inklusive dem ESC-enthusiastischen Australien als Jubiläumsgast, begeisterten insgesamt 100.000 Live BesucherInnen und rund 200 Millionen TV-ZuseherInnen weltweit auf der überdimensionalen Bühne der Halle D der Wiener Stadthalle. In Summe ein großer internationaler Erfolg als Ergebnis der engen Koordination und Zusammenarbeit zwischen ORF, Stadt Wien und Wiener Stadthalle.

Der imposante Aufbau in der Wiener Stadthalle und die Side Events waren ebenso Thema der Berichterstattungen. Internationales Medienecho erhielten sogar die Ampelpärchen, auf welche Anfragen aus aller Welt folgten. Die Showbühne in Form eines über-



Eurovision Song Contest / © ORF

dimensionalen Auges war 44 Meter breit und 14,3 Meter hoch, sie umfasste 1.288 LED-bestückte Stelen. Für die perfekte Live-Übertragung waren unter der Regie von Kurt Pongratz 26 Kameras im Einsatz. Diagonalfahrende Spidercams über einen erstmals in Europa eingesetzten, von der Decke hängenden Kamerakran brachten Künstlerinnen und Künstler auf die Bildschirme. Im Showprogramm zu sehen waren nebst durch die Halle fliegender Conchita, die Wiener Sängerknaben, der Schönberg Chor oder der weltweit anerkannte Perkussionist Martin Grubinger, der den Intervall Act bestritt.

Ab 10. Mai fanden in der Halle A der Wiener Stadthalle, die als Pressezentrum diente, 97 Pressekonferenzen der Delegationen statt. Rund um die Events im Rahmen des Eurovision Song Contest war die Wiener Stadthalle Arbeitsplatz für 1.700 akkreditierte MedienvertreterInnen aus aller Welt. Sie berichteten von der Veranstaltung der Superlative, die unter dem Motto „Building Bridges“ stand, und trugen so das weltweite und tolerante Image der Stadt Wien

weiter. Wunderschöne Bilder gingen um die Welt. So hat ganz Österreich mit dem sympathischen und perfekt ausgetragenen Gesangswettbewerb die Herzen und Ohren der Musikbegeisterten berührt und gewonnen. Wien wurde einmal mehr in den Mittelpunkt gerückt.

### Erfolgreicher Export von Musicals in die ganze Welt.

Seit 1996 exportieren die Vereinigten Bühnen Wien ihre Eigenproduktionen in die ganze Welt und begeisterten bisher in 21 Ländern über 22 Millionen BesucherInnen. „Elisabeth“, das historische Drama-Musical, das mit bislang über 10 Mio. BesucherInnen das erfolgreichste deutschsprachige Musical aller Zeiten ist, kam in Tokio und im Rahmen einer Tournee durch mehrere südkoreanische Städte zur Aufführung. Neben dieser und anderer Produktionen in Asien standen im Vorjahr jedoch auch in Frankreich, Ungarn und Serbien Aufführungen von „Tanz der Vampire“, „Mozart!“ und „Rebecca“ auf dem Programm.

#### Kontakt und wichtige Links:

Wien Holding GmbH  
[www.wienholding.at](http://www.wienholding.at)

Wiener Stadthalle  
[www.stadthalle.com](http://www.stadthalle.com)

Vereinigte Bühnen Wien  
[www.vbw.at](http://www.vbw.at)



Die Best Practices des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds **waff** sind europaweit nachgefragt: Auf Einladung der Senatsverwaltung Berlin stellte der waff den Qualifikationsplan Wien 2020 vor. Aus England besuchte die staatliche arbeitsmarktpolitische Einrichtung staffline den waff und informierte sich über dessen Initiativen. Eine Delegation aus Dalmatien interessierte sich ebenfalls für den partnerschaftlichen Zugang in Wien.

[www.waff.at](http://www.waff.at)

Einen signifikanten Erfolg verzeichneten Wien und die **Wiener Stadtwerke** Ende 2015 mit der Förderzusage der Europäischen Kommission zum EU-Leuchtturmprojekt „Smarter Together“, bei welchem die Wiener Stadtwerke mit der Stadt Wien, mit München und Lyon sowie weiteren Technologie- und Forschungspartnern ein dreijähriges Projekt durchführen werden. Im Rahmen des Projektes wird nachhaltige Mobilität, thermische Gebäudesanierung und integrierte Infrastruktur realisiert werden, wodurch es einen wichtigen Meilenstein bei der Umsetzung der Smart City Wien Rahmenstrategie darstellt.

# Abschluss und Neubeginn von Förderprogrammen.

## Die MA 27 sichert den reibungslosen Fluss der Fördergelder.

### Kontakt und wichtige Links:

[www.europa.wien.at](http://www.europa.wien.at)

[www.eu.wien.at](http://www.eu.wien.at)



Wiens urbane Kompetenz wird zur Basis neuer Kooperationen. Das – von der TINA Vienna umgesetzte – Projekt **CapaCity** unterstützt Wiener Organisationen und Unternehmen bei der Vertiefung ihrer internationalen Kontakte, primär im mittel- und südosteuropäischen Raum, und startet 2016 mit Workshops in benachbarten Städten. Ressourcenschonung, Innovationen / neue Technologien und Lebensqualität sind die zentralen Themen. Der größtmögliche gegenseitige Nutzen für die Gastgeberstadt und für Wien steht im Vordergrund der Aktivitäten.

[www.tinavienna.at](http://www.tinavienna.at)

Am 1. Jänner 2015 jährte sich der Beitritt Österreichs zur EU zum 20. Mal. Aus diesem Anlass wurde im Wien-Haus in Brüssel die Festschrift der Stadt Wien **„Wir sind 20 – Turning Twenty“** präsentiert. In dieser Publikation diskutieren zehn junge Erwachsene, die um 1995 geboren wurden, mit zehn Persönlichkeiten aus Politik, Sozialpartnern, Verwaltung, Medien und Zivilgesellschaft, die intensiv mit den Beitrittsverhandlungen befasst waren. Diese Gespräche drehen sich um immer noch aktuelle Themen wie Umweltschutz, Mobilität, Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Frieden und vieles mehr.

[www.wirsind20.eu](http://www.wirsind20.eu)

Der 31. Dezember 2015 war für Fördernehmer des Wiener Zielprogramms **„Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“** die letzte Möglichkeit, Projektausgaben zu tätigen. Für die MA 27 – Europäische Angelegenheiten als Verwaltungsbehörde bedeutete dies, dass das mit einem Volumen von 25 Mio. EUR EFRE-Mitteln ausgestattete Programm – insgesamt wurden in den beiden Projektachsen seit Programmbeginn 71 Projektansuchen eingereicht – für die abschließenden Prüfungen vorbereitet werden musste. Gleichzeitig galt es aber auch, einen möglichst raschen operativen Start der neuen Förderperiode **„Investitionen in Wachstum und Beschäftigung 2014–2020“** sicher zu stellen.

Ähnlich gelagert war die Situation in der **„Europäischen Territorialen Zusammenarbeit“** (ETZ): die MA 27 betreute in der Förderperiode 2007–2013 zwei EU-Förderprogramme in der Funktion einer Verwaltungsbehörde, nämlich CENTRAL EUROPE 2007–2013 und ETZ Slowakei – Österreich 2007–2013, sowie drei bilaterale Programme – ETZ Slowakei - Österreich (SK-AT), Österreich – Tschechien (AT-CZ), Österreich – Ungarn (AT-HU) – als Regionale Koordinierungsstelle.

Insgesamt wurden 108 grenzüberschreitende Kooperationsprojekte (ETZ) mit Wiener Projektpartnern umgesetzt, dank derer zahlreiche wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Innovationen realisiert werden konnten. Im Jahr 2015 wurden alle geförderten Projekte der abgelaufenen Periode endgeprüft, gleichzeitig aber auch die neue Strukturfondsperiode 2014–2020 vorbereitet. So konnten die Verhandlungen rund um die neuen Programmdokumente mit allen beteiligten Regionen abgeschlossen werden. Zu den Verhandlungsergebnissen zählen unter anderem auch die budgetäre Aufteilung der finanziellen Mittel aus dem

Strukturfonds und die administrativen Rahmenbedingungen. Für Wien sind während der gesamten Laufzeit 2014–2020 rund 41 Millionen Euro für die drei grenzüberschreitenden Programme mit der Slowakei, Tschechien und Ungarn vorgesehen. Der Name der drei Programme wurde auf Initiative der Europäischen Kommission von ehemals „ETZ“ nunmehr auf **„Interreg“** geändert. Da die Europäische Kommission die drei grenzüberschreitenden Programme in den Sommermonaten 2015 genehmigte, waren ab Ende 2015 bereits Einreichungen von Projektanträgen möglich. Die MA 27 unterstützt als Regionale Koordinierungsstelle Wien die ProjektträgerInnen im Rahmen von individuellen Beratungsgesprächen von Anfang an.

Auch 2014 bis 2020 wird die MA 27 im Programm **CENTRAL EUROPE** die Funktion einer Verwaltungsbehörde wahrnehmen. Das Jahr 2015 war auf Grund des Programmabschlusses stark geprägt durch die Kommunikation der erreichten Ergebnisse. Im neuen Programm **DONAU**, das durch eine Aufspaltung des ehemaligen SOUTH EAST EUROPE Programms entstand, vertritt Wien weiterhin die Bundesländer als Ländervertreterin. Im Rahmen des EU Kohäsionsziels Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) wurden seit 2007 rund 124 grenzüberschreitende, transnationale Projekte mit einem Gesamtbudget von etwa 300 Mio. EUR gefördert. In der Projektabwicklung wird die MA 27 von einem 20-köpfigen, internationalen Programmsekretariat am Standort Wien unterstützt.



Wien-Haus in Brüssel / © Daniel Osorio

# EU unterstützt Wiener Elektromobilität.

## e-mobility auch für Unternehmen.

Geschäftsgruppe  
Finanzen, Wirtschaftspolitik  
und Wiener Stadtwerke

Elektrofahrzeuge verfügen über das Potential, ein wichtiges Transportmittel der Zukunft zu werden. Speziell im städtischen Großraum sind die täglich zurückgelegten – zumeist relativ kurzen – Distanzen ein interessantes Einsatzgebiet für Elektro-Nutzfahrzeuge. Dies gilt beispielsweise für Betriebe des Handwerks (z.B. Elektriker, Installateure, Rauchfangkehrer, etc.) oder des Logistikbereichs (Paket-, Zustell-, und Botendienste, etc.).

Für diese notwendigen Waren- und Personentransporte in der Stadt, die weiterhin nur motorisiert und individuell durchgeführt werden können, bietet sich daher der Elektroantrieb als umweltfreundliche und effiziente Alternative an. Die große Chance des Einsatzes von Elektrofahrzeugen liegt darin, dass erforderliche Transportdienste (von Menschen und Waren) emissionsfrei, leise, effizienter und langfristiger auch wirtschaftlicher, nämlich unabhängig von steigenden fossilen Kraftstoffpreisen, durchgeführt werden können. Diese Feststellung hat konsequenterweise auch Eingang in die E-Mobilitätsstrategie der Stadt Wien gefunden.

Mit Unterstützung der Europäischen Union konnte im Jahr 2015 ein Umsetzungsprojekt zur Förderung von Elektromobilität in der Stadt Wien erfolgreich abgeschlossen werden: die **Förderaktion Elektro-Nutzfahrzeuge der Wirtschaftsagentur Wien**.

Im Rahmen dieses Programms, das in Kooperation mit der Wiener Modellregion „e-Mobility on demand“ abgewickelt wurde, erhielten Wiener KMU für die Anschaffung von 34 elektro-getriebenen Nutzfahrzeugen (sog. „Fiskal-LKW“) einen Zuschuss von

10.000,- EUR. Diese Mittel wurden zu gleichen Teilen von der Stadt Wien und der Europäischen Union (EFRE – Europäischer



© C. Fuerthner · MA18

Fonds für regionale Entwicklung) aufgebracht. Es wurden damit Impulse zur Erreichung des in der Smart City Rahmenstrategie festgeschriebenen Ziels gesetzt, Wirtschaftsverkehr innerhalb des Stadtgebietes bis 2030 weitgehend CO<sub>2</sub>-frei abzuwickeln.

### Kontakt und wichtige Links:

Wirtschaftsagentur Wien.

Ein Fonds der Stadt Wien.

+43 1 4000 8670

[www.wirtschaftsagentur.at](http://www.wirtschaftsagentur.at)



Das mit Hilfe einer EU-Kofinanzierung initiierte Projekt **„Ressourcenschonendes Betriebsgebiet Liesing“**, das von der Wirtschaftsagentur Wien gemeinsam mit Wirtschaftskammer Wien und der Magistratsabteilung 21 umgesetzt wird, konnte bei der Verleihung des **„European Enterprise Promotion Award“** der Europäischen Kommission einen schönen Erfolg verzeichnen: In der Kategorie „Förderung der Entwicklung von grünen Märkten und Ressourceneffizienz“ wurde es als „National Winner“ ausgezeichnet und in die Shortlist für den gesamt-europäischen Preis aufgenommen.

Zur Lukrierung von Geldern der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds im Rahmen des Wiener Programmes „Investition in Wachstum und Beschäftigung 2014 – 2020“ ist das Vorliegen einer Strategie nach „Smart Specialisation Kriterien“ erforderlich. Darunter ist eine regionale Forschungs- und Innovationsstrategie zu verstehen, die – aufbauend auf den unverwechselbaren Stärken und Potenzialen der Region – klare Prioritäten für „intelligente Spezialisierung“ setzt. Die **MA 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik** hat mit der neuen Wiener Forschungs-, Technologie- und Innovationsstrategie für die Jahre 2016 bis 2020 „Innovatives Wien 2020“ diese Voraussetzung geschaffen.

[www.innovation2020.wien.gv.at](http://www.innovation2020.wien.gv.at)

## CHICKEN TIKKA MASALA aus Großbritannien

*Die britische Küche nahm viele kulturelle Einflüsse derer auf die seit 1922 nach Großbritannien einwanderten, und schuf neue Gerichte auf „multikultureller“ Basis. Wie z.B. das als „wahres britisches Nationalgericht“ gefeierte anglo-indische Chicken Tikka Masala, das in einer Umfrage sogar zum beliebtesten Gericht in Großbritannien gewählt wurde.*

In einer Schüssel 200 gr Naturjoghurt, 1 EL Ingwer, 1 TL Knoblauch, 1 TL Chilipulver, 1 TL Korianderpulver, 2 EL Zitronensaft, 1 TL Salz und 2 EL Öl vermischen. 750 gr Hendlfilet würfeln gut mit der Marinade mischen und für 24 Std kalt stellen.

Für die Sauce in 2 EL Butter eine feingehackte große Zwiebel, 1 TL Ingwer und 2 gehackte Knoblauchzehen glasig anlaufen lassen. 1 TL Korianderpulver, 1 TL gemahlene Kümmel, ½ TL zerstoßene Kardamomkapseln, ½ TL Cayennepfeffer, 1 TL Paprikapulver und ¼ TL Zimt kurz mitrösten. Mit 400 gr Tomatensauce und 150 gr Crème fraîche aufgießen, salzen, pfeffern und etwas zuckern. Während die Sauce köchelt, das Fleisch aus der Marinade nehmen, im Backrohr oder einer Pfanne goldbraun braten und kurz mit der Sauce mitköcheln lassen.

Mit gehacktem frischen Koriander bestreut zu Naan-Brot oder Basmatireis servieren.





# Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales

**MA 15** Gesundheitsdienst der Stadt Wien

**MA 24** Gesundheits- und Sozialplanung

**MA 40** Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht

**MA 70** Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien

Sucht- und Drogenkoordination Wien

Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser

Wiener Gesundheitsförderung gemeinnützige Ges.m.b.H

ELGA GmbH

Kuratorium für Psychosoziale Dienste

Wiener Krankenanstaltenverbund - Generaldirektion

Es berichtet auch:

Fonds Soziales Wien (FSW)

# Fonds Soziales Wien setzt auf internationale Kooperation.

Erfahrungsaustausch bildet die Basis für eine erfolgreiche Umsetzung in Wien.

## Kontakt und wichtige Links:

Fonds Soziales Wien

[www.fsw.at](http://www.fsw.at)



Im Dezember 2015 tagte die **„Beethoven Group – Critical research Approaches towards Alcohol, Tobacco and Other Drugs (CAATOD)“** zum dritten Mal in Wien. Die Veranstaltung wurde von der Sigmund Freud Privatuniversität in Wien veranstaltet. Die Gruppe, die aus 16 renommierten WissenschaftlerInnen aus verschiedenen europäischen Ländern und den USA besteht, diskutierte zwei Tage intensiv zu Fragen des Substanzkonsums. Dabei hielt der Leiter der Stabsstelle Wissenschaft und Forschung der Sucht- und Drogenkoordination Wien einen Vortrag zum Thema **„Prevention of Alcohol Addiction – approaches, attitudes, best practice of urban alcohol policy“**.

In Netzwerken und Arbeitsgruppen, bei Tagungen und Seminaren können die verschiedenen Fachbereiche des Fonds Soziales Wien (FSW) regelmäßig Wissen und Erfahrungen austauschen, aus Best Practice Beispielen in anderen Städten lernen und die eigene Expertise weitergeben. Thematisch standen dabei im Jahr 2015 die Themen de-institutionalisiertes Wohnen für wohnungslose Menschen, soziale Inklusion älterer Menschen durch altersfreundliche Umgebung, aktives und gesundes Altern, Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt sowie Aufnahme, Unterstützung und Integration von Flüchtlingen im Vordergrund.

Internationale Netzwerke wie EUROCIITIES oder das Europäische Soziale Netzwerk (ESN) erleichtern mit ihren Strukturen den Austausch: So war im Jahr 2015 die Tätigkeit des EUROCIITIES Social Affairs Forums von Überlegungen zur sozialen Inklusion durch umfassende soziale Dienstleistungen sowie durch städtische Strategien zur Förderung von Beschäftigung geprägt. Soziale Inklusion und Integration von Flüchtlingen, inklusive Arbeitsmärkte sowie die Bekämpfung von Armut und Obdachlosigkeit in europäischen Städten bildeten die thematischen Prioritäten des Forums.

Wien ist im **Social Affairs Forum** von **EUROCIITIES**, vor allem in den Arbeitsgruppen **„Active and Healthy Ageing“** und **„Homelessness“**, in der auch der Vizevorsitz übernommen wurde, durch den FSW vertreten. Die beiden Forum-Meetings standen unter den Generalthemen

„Anpassung von Dienstleistungen an den demographischen Wandel in Städten“ und „Förderung inklusiver Arbeitsmärkte durch die Städte“. Dabei wurden vor allem die Aspekte der wachsenden Gruppen älterer und hochaltriger Menschen und die zunehmende Diversität der Bevölkerung durch Migration diskutiert. Die intensive Behandlung dieser Themen fand nicht nur im Rahmen von Podiumsdiskussionen und Workshops, sondern auch bei Study Visits und Speed Networking Sitzungen über Beispiele guter Praxis statt. Bei der Schaffung inklusiver Arbeitsmärkte für benachteiligte Personengruppen wie Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund und ältere arbeitssuchende Personen stellte sich im Rahmen der Diskussionen ein wirksames Steuerungsinstrument von Städten heraus: nämlich Sozialklauseln in öffentlichen Ausschreibungen. Diese ermöglichen es, Aufträge nur an AnbieterInnen zu vergeben,



Die Site Visit während des EUROCIITIES Social Affairs Forum Meetings in Osmangazi führte in das Tageszentrum OBAM zur Unterstützung für Menschen mit Behinderungen. / © FSW

die bestimmte Kriterien einhalten, wie z.B. die Beschäftigung einer definierten Anzahl von Personen mit Benachteiligungen. Zahlreiche europäische Städte, vor allem in Frankreich, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und Skandinavien, haben mit dieser Vorgangsweise messbare Erfolge erzielt. Unter dem Titel „Green Jobs for Social Inclusion“ wurden spezifische Praxisbeispiele aus 13 europäischen Städten vorgestellt, in denen ökologische Anliegen mit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen für benachteiligte Personengruppen verknüpft werden.

Im Rahmen des **Europäischen Sozialen Netzwerks (ESN)** wurde intensiv der Aufbau von Partnerschaften zur Verbesserung von Lebensqualität diskutiert: durch ihn soll in Bereichen wie Gesundheitsförderung, Bildung, Pflegebedarf, Wohnen oder Beschäftigung die Möglichkeit geschaffen werden, soziale Dienstleistungen integriert, d.h. ressortübergreifend, anzubieten. Die **ESN-Arbeitsgruppe „Ageing and Care“** wiederum hat sich zum Ziel gesetzt, die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Stellen bei Planung und Durchführung von nachhaltigen und personenzentrierten Dienstleistungen für ältere Menschen zu stärken und aktives und gesundes Altern zu fördern. Strategien und Praxis-Beispiele, die geeignet sind, die Chancen älterer Menschen auf Gesundheit, Teilhabe und

Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sowie Sicherheit zu steigern, wurden diskutiert und analysiert. Unterstützend dabei wirkt, dass die Europäische Kommission den Active Ageing Index entwickelt hat, ein Instrument, mit dem festgestellt werden kann, in welchem Ausmaß ältere Menschen ihr volles Potenzial hinsichtlich Beschäftigung, Partizipation, kulturellem Leben und Selbstbestimmung in die Gesellschaft einbringen können. Auch die WHO-Initiative „Age friendly Environments“ unterstützt die Städte, Gemeinden und Regionen zusätzlich in ihren Bemühungen.

Im Rahmen der **ESN-Arbeitsgruppe „Menschen mit Behinderungen“** standen 2015 die Themen aktive Inklusion von Menschen mit Lernbeeinträchtigungen und die Zusammenarbeit zwischen sozialen Diensten, (potenziellen) ArbeitgeberInnen und Menschen mit Behinderungen im Mittelpunkt, um deren Chancen zu steigern, einen Arbeitsplatz zu finden und zu behalten. Dieses Ziel steht im Einklang mit der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 und den Empfehlungen der Europäischen Kommission für aktive Inklusion mit ihren drei Säulen Einkommensunterstützung, inklusive Arbeitsmärkte und Zugang zu qualitativvollen sozialen Diensten.

Die Abteilung **„Wiener Wohnungslosenhilfe“** des Fachbereichs Betreutes Wohnen des **FSW** bewarb sich 2015 erfolgreich um die Teilnahme an einem internationalen, von der Open Society Foundation geförderten Projekt zum Thema Obdachlosigkeit und Migration. Ziel des einjährigen Projekts ist, Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis, insbesondere die Erfahrungen aus Stadtverwaltungen, zusammenzuführen und daraus innovative Strategien zur Integration von MigrantInnen zu entwickeln sowie erste Implementierungsschritte durchzuführen. Die Wiener Wohnungslosenhilfe wird im Rahmen des Projekts eine Strategie zur Verbesserung der Angebote für obdachlose, nicht anspruchsberechtigte EU-BürgerInnen erarbeiten.



Gruppenfoto des Vorsitzenden und aller TeilnehmerInnen des EUROCITIES Social Affairs Forum Meetings in Nantes.  
Wiener VertreterInnen: Christine Petioky, MA, FSW, Mag.a Susanne Bauer, MA 50, Mag. Herbert Bartik, Europaforum Wien. / © Christiane Blanchard

# Die Stadt Wien als Teil des Europäischen Sozialen Dialogs.

Krankenhäuser und die Arbeit im Gesundheitswesen stehen im Mittelpunkt.

## Kontakt und wichtige Links:

Wiener Krankenanstalten-  
verbund

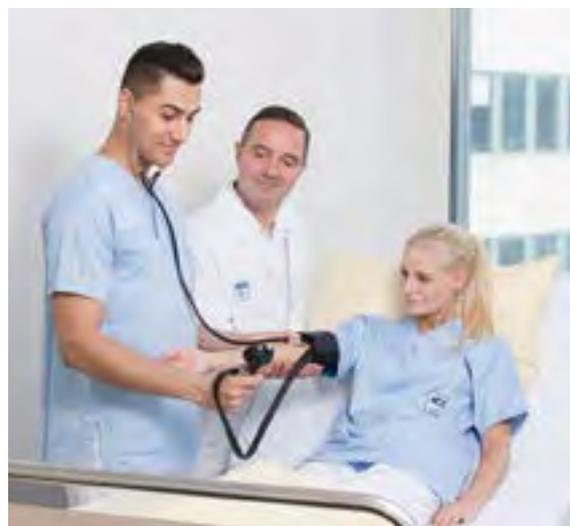
[www.wienkav.at](http://www.wienkav.at)



Seit 1996 nimmt der **Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV)** regelmäßig am **HOPE (Hospitals for Europe)** – Austauschprogramm, konzipiert für MitarbeiterInnen in Krankenhäusern oder anderen Gesundheitseinrichtungen, teil. Im Jahr 2015 nutzten vier KollegInnen des KAV diese Möglichkeit und waren fünf Wochen lang in Gesundheitseinrichtungen in Deutschland und Frankreich zu Gast. Der KAV hat zur selben Zeit ebenfalls vier Gäste – aus Deutschland, Slowenien, Dänemark und den Niederlanden – betreut.

Unter dem Europäischen Sozialen Dialog (ESD) werden Gespräche, Konsultationen, Verhandlungen und gemeinsame Maßnahmen von Organisationen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite mit Vertretern der Europäischen Kommission (EK) verstanden. Bereits im Jahr 1998 beschloss die EK die Einrichtung von Ausschüssen des sektoralen Dialogs im Rahmen des ESD zur Förderung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern in den einzelnen Sektoren auf europäischer Ebene. Die Ausschüsse bestehen aus gleichvielen Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, wobei diese sektor- oder berufsspezifisch arbeiten und über eine Struktur auf europäischer Ebene verfügen müssen.

Der Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) ist aktiv im Ausschuss „Krankenhäuser“ vertreten: im November 2015 nahm die Leiterin der Psychologischen Servicestelle des KAV, Frau Mag.<sup>a</sup> Monika Binder, an der europäischen Sozialpartner-Konferenz zum Thema „psychosoziale Risiken und Stress bei der Arbeit im Gesundheitswesen“ teil. Diese bildete den zweiten Teil des Schwerpunktes „Förderung der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz“ im gemeinsamen Arbeitsprogramm 2015 des Europäischen Sektoralen Sozialen Dialogs, Ausschuss Krankenhäuser. Eine erste Konferenz fand Ende März 2015 zu „Muskel-Skelett-Erkrankungen“ statt. Ziel dieses EU-geförderten Projekts ist es, mit den vorgestellten praktischen Maßnahmen u.a. zur Vermeidung bzw. Bewältigung von



© KAV · Lisa Lux

Gesundheitsrisiken und einer verbesserten Gesundheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beizutragen.

Desweiteren wurden im Jahr 2015 intensive Gespräche zwischen Vertretern der Gruppe der Medizinischen Assistenzberufe und der Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (DG SANTE) der EK geführt. Die Gespräche dienten der Vorbereitung für einen Gesprächstermin mit dem EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Vytenis Andriukaitis. Vor dem Hintergrund des im Wiener Krankenanstaltenverbunds implementierten Projekts „Skill & Grade Mix“, welches den qualitätsvollen Einsatz der Angehörigen der Medizinischen Assistenzberufe zum Ziel hat, und der Ausarbeitung einer Novelle zum Medizinische Assistenzberufe-Gesetz (MABG) waren diese Gespräche von besonderer Bedeutung.



© KAV · Lisa Lux

# Internationaler Austausch zu Fragen des Alterns.

Alle relevanten Institutionen nehmen daran teil.

Von einander lernen stand im Mittelpunkt der vielfältigen internationalen Kontakte zu Fragen der Unterstützungsangebote für ältere Menschen. So besuchte die erste unabhängige Expertin der UN für die Rechte älterer Personen, Frau Rosa Kornfeld-Matte, das SeniorInnenbüro der Stadt Wien, um Beispiele guter Praxis zu sammeln. VertreterInnen des Dachverbands Wiener Sozialeinrichtungen reisten zum Seniorenbeirat der Stadt München, besichtigten Einrichtungen und erhielten Informationen über Dienstleistungen für ältere Menschen, von präventiven Angeboten über diverse Unterstützungsleistungen bis hin zu Hospiz-Diensten.

Die insgesamt 25 Münchner SeniorenbeirätInnen werden direkt auf Bezirksebene von den über 60-jährigen BürgerInnen gewählt und arbeiten in sechs thematischen Fachausschüssen. Der Seniorenbeirat vertritt die Interessen der älteren MünchnerInnen gegenüber Verwaltung und Stadtrat und ist in die politischen Entscheidungen eingebunden. Außerdem gibt es in München insgesamt 32 Alten- und Servicezentren als niederschwellige, wohnortnahe Kommunikationseinrichtungen. Die Wiener Delegation besuchte das Zentrum Schwabing-Ost, das neben verschiedenen Kreativkursen Beratung für SeniorInnen und Angehörige anbietet, Zugang zu Dienstleistungen und ehrenamtlichen Angeboten vermittelt und Wohnberatung vor Ort durchführt. Weitere best practice Beispiele und Einrichtungen, wie das Pilotprojekt „Präventive Haus-

besuche“, der Medizinische Dienst der Krankenkasse Bayern oder der Christophorus Hospiz Dienst, waren ebenfalls Teil des Besuchsprogramms. Ein ähnlich gelagerter Fachaustausch zwischen Wien und Berlin erbrachte 2015 bei gegenseitigen Besuchen in beiden Städten wertvolle Ergebnisse im Bereich der geriatrischen Versorgung.

Die Wiener Erfahrungen in den Sozialen Diensten flossen in ein Seminar in Skopje ein, dessen Ziel ein verstärkter Wissenstransfer zwischen Österreich und Mazedonien über soziale Dienstleistungen im städtischen Raum war. Study Visits in ein Tageszentrum für ältere Menschen und ein Tageszentrum mit Nachtquartier für obdachlose Menschen, die beide vom Roten Kreuz betrieben werden, veranschaulichten den mazedonischen Input.

Die Stadt Wien ist über die **Wiener Gesundheitsförderung (WiG)** Mitglied in der aktuell sechsten Phase (2014–2018) des **Gesunde-Städte-Netzwerks der WHO**. Im Rahmenkonzept „Gesundheit 2020“ für eine Gesundheitspolitik in Europa nimmt der Abbau von Ungleichheiten im Gesundheitsbereich eine zentrale Rolle ein.

Michael Dressel MA, Koordinator für Sucht- und Drogenfragen der Stadt Wien, vertritt die österreichischen Bundesländer in der **EU-Ratsarbeitsgruppe „Horizontale Gruppe Drogen“**. Die Arbeitsgruppe befasste sich im vergangenen Jahr hauptsächlich mit einem Regelungsvorschlag zur effektiven Eindämmung neuer psychoaktiver Substanzen in der gesamten EU.



VertreterInnen des **Dachverbands Wiener Sozialeinrichtungen** besuchten den Seniorenbeirat der Stadt München, besichtigten Einrichtungen und erhielten Informationen über Dienstleistungen für ältere Menschen, von präventiven Angeboten über diverse Unterstützungsleistungen bis hin zu Hospiz-Diensten. / © FSW

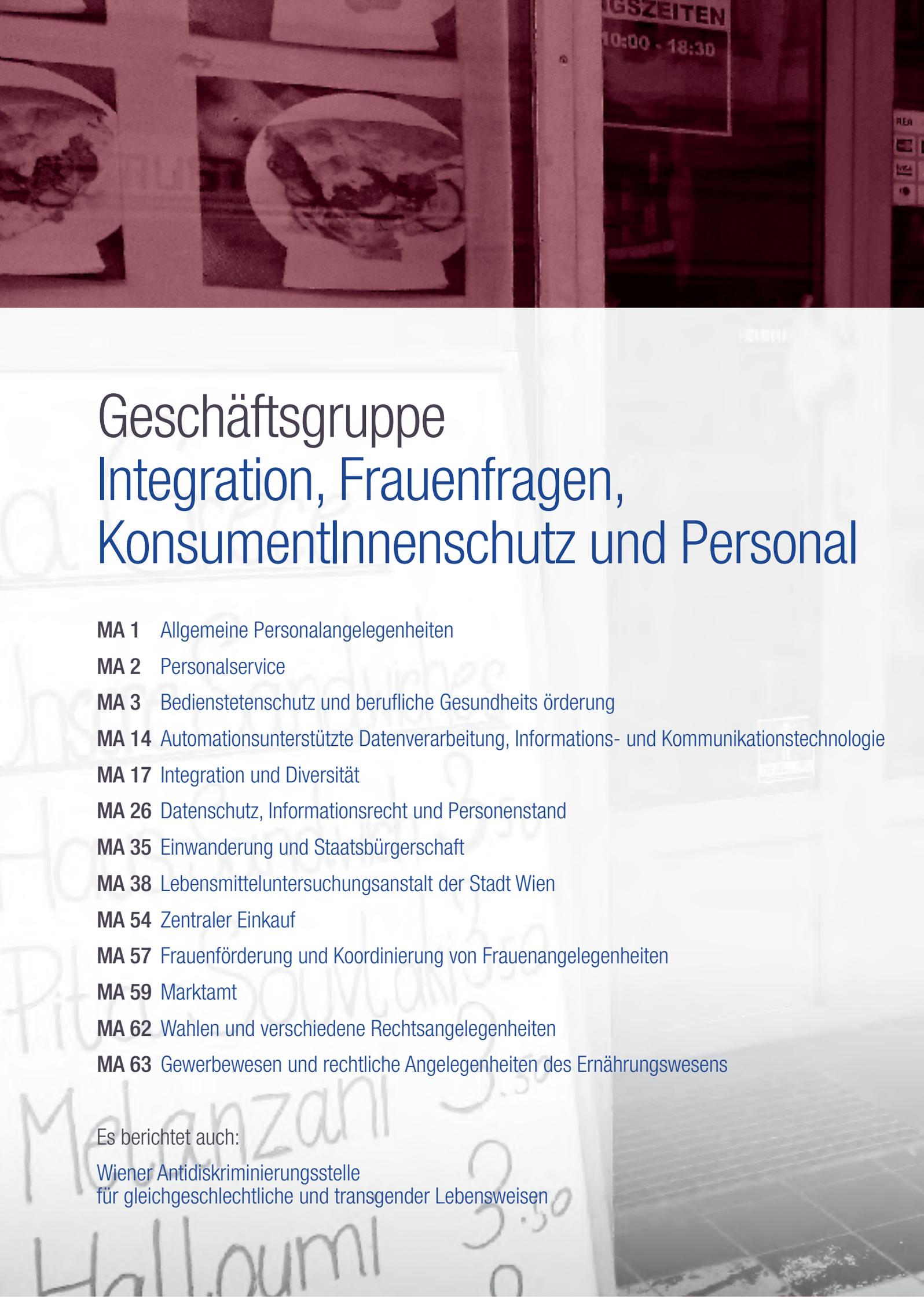
## FASOLADA aus Griechenland

*Fasolada ist das griechische Nationalgericht. Generationen sind davon satt geworden. Olivenöl ist eine der wichtigen Zutaten bei dieser köstlichen Suppe, man sollte damit also nicht sparen.*

1 große Zwiebel, 1 kleinen roten Spitzpaprika und eine Knoblauchzehe würfeln. 4 kleine Karotten schälen und in Scheiben schneiden. 1 getrocknete Chilischote entkernen und kleinschneiden. In einem Topf ca. 2 EL Olivenöl erhitzen und das Gemüse mit der Chilischote ganz leicht anschwitzen. 1 EL Tomatenmark hinzufügen und kurz mitrösten. 1 Dose weiße Bohnen und 100 ml passierte Tomaten sowie eine geschälte, gewürfelte Kartoffel und so viel Wasser dazugeben, dass die Bohnen ca. 2 cm damit bedeckt sind. Mit 2 Lorbeerblättern und 1 TL Paprikapulver würzen. Wenn das Gemüse gar und die Sauce etwas eingedickt ist, 50 ml Olivenöl hinzufügen, salzen und noch ein paar Minuten köcheln lassen. In der Zwischenzeit ein paar Stängel Petersil und das Blattgrün von Stangensellerie klein schneiden und mit frisch gemahlenem Pfeffer in die Suppe geben.

Serviert wird sie mit reichlich Brot, ein paar Oliven und Anchovis oder sauer eingelegtem Gemüse.





# Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal

- MA 1** Allgemeine Personalangelegenheiten
- MA 2** Personalservice
- MA 3** Bedienstetenschutz und berufliche Gesundheitsförderung
- MA 14** Automationsunterstützte Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie
- MA 17** Integration und Diversität
- MA 26** Datenschutz, Informationsrecht und Personenstand
- MA 35** Einwanderung und Staatsbürgerschaft
- MA 38** Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien
- MA 54** Zentraler Einkauf
- MA 57** Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten
- MA 59** Marktamt
- MA 62** Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten
- MA 63** Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens

Es berichtet auch:

Wiener Antidiskriminierungsstelle  
für gleichgeschlechtliche und transgener Lebensweisen



# Europäische Städtekoalition gegen Rassismus.

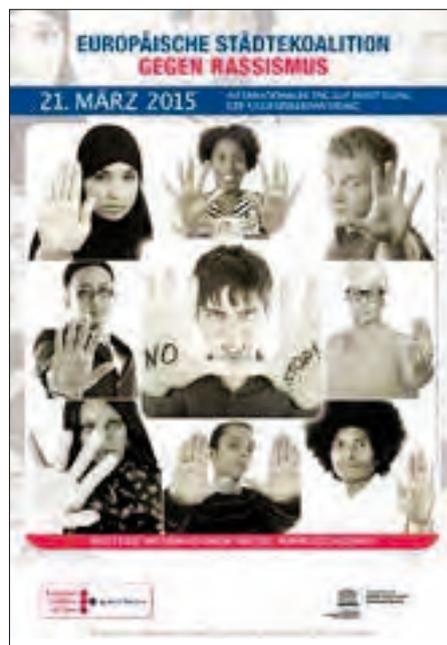
„Welcoming Cities“ werben für europäische Solidarität.

Vor rund zehn Jahren lancierte die UNESCO eine Initiative zur Gründung eines internationalen Netzwerks von Städten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) wurde am 10. Dezember 2004 in Nürnberg gegründet. Jede Stadt, die dem Netzwerk beitreten möchte, verabschiedet einen Zehn-Punkte-Aktionsplan, zu dessen Umsetzung sie sich verpflichtet

Die Stadt Wien wird in der ECCAR durch die MA 17 – Integration und Diversität vertreten, die regelmäßig an Austauschtreffen und gemeinsamen Aktionen von ECCAR zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März teilnimmt. Aus aktuellem Anlass stand im Jahr 2015 die Thematik der Willkommenskultur für Flüchtlinge als Schlüssel einer antirassistischen Politik von Städten im Mittelpunkt der Kooperationen und war auch Thema der Jahreshauptkonferenz im Oktober in Karlsruhe. Mit Vorträgen, Diskussionen, Workshops und einer Abschlusserklärung zur aktuellen Lage von Flüchtlingen in europäischen Städten wandte sich ECCAR an eine breite europäische Öffentlichkeit, um auf die Beiträge und Schlüsselfunktion der Städte bei der Aufnahme von Flüchtlingen aufmerksam zu machen. Gleichzeitig warb sie unter dem Motto „Welcoming Cities – keys for an antiracist culture“ mit der Abschlusserklärung um europäische Solidarität für Flüchtlinge:



„Wir, die Mitglieder der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) glauben daran, dass eine bessere Welt nur durch den Ausbau von Städten mit einer starken Willkommenskultur möglich ist. (...) Die Angst



vor Kriegen, Bürgerkriegen, Repression und verschiedenen Arten von Verfolgung hat die Vertreibung von Menschen, den Verlust ihrer Würde und Armut zur Folge. Europäische Städte stehen hingegen vor der Herausforderung, eine große Anzahl von geflüchteten Menschen aufzunehmen, und deren gesellschaftliche Integration zu ermöglichen. Die ECCAR kommt zusammen, um geeignete und menschenrechtsachtende Wege zu finden, um die Flüchtlinge unterzubringen und vertraut dabei auf die Fähigkeit der Städte zur Friedensschaffung. (...) Die

Mitglieder von ECCAR danken der Zivilgesellschaft für ihre Bemühungen und bitten sie, auch in Zukunft aktive Unterstützung bei der Umsetzung dieser Willkommenskultur zu leisten.“

Geschäftsgruppe  
Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal

## Kontakt und wichtige Links:

MA 17 – Integration und Diversität

Dr.<sup>in</sup> Karin König  
karin.koenig@wien.gv.at

[www.eccar.info](http://www.eccar.info)



**EUROCITIES** nahm eine **Erklärung zum Thema Asyl auf Städteebene** an, in der die wichtige Rolle der Städte bei der Aufnahme und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen betont wird sowie die aus Städtensicht erforderlichen Rahmenbedingungen auf Ebene der Nationalstaaten und EU Organe eingefordert werden. In der Working Group Migration and Integration, in der die MA 17 die Stadt Wien vertritt, wurde ein Positionspapier zum Thema Asylsuchende in Städten erarbeitet.

[www.eurocities.eu/integrating-cities/Events/EUROCITIES-adopts-statement-on-asylum-in-cities-WSWE-9WFFHNK](http://www.eurocities.eu/integrating-cities/Events/EUROCITIES-adopts-statement-on-asylum-in-cities-WSWE-9WFFHNK)

Nach der Annahme der Deklaration „Wien – Stadt der Menschenrechte“ durch den Wiener Gemeinderat im Jahr 2014 wurde im September 2015 das **Menschenrechtsbüro der Stadt Wien** eröffnet. Dieses ist unter der Leitung der Wiener Menschenrechtsbeauftragten, DI<sup>in</sup> Shams Asadi, nunmehr als Anlaufstelle sowohl nach innen wie auch nach außen tätig und wird als Motor für weitere Verbesserungen arbeiten.

# Internationale Frauenkooperation.

Transferierbare Praxisbeispiele, Erfahrungen und Ressourcen bilden die Basis.

## Kontakt und wichtige Links:

FemCities

femcities@femcities.at

frauen.wien.at

www.femcities.at



An der Jahresfachtagung der **Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgender Lebensweisen (WASt)** im Wiener Rathaus, die unter dem Motto „Bildung unter dem Regenbogen. LGBTIQ als Bildungsauftrag für Schule, Beruf und Gesellschaft?“ stand, nahmen mehr als 140 TeilnehmerInnen aus Österreich und einigen Nachbarstaaten teil. An der Fachtagung wirkten auch zahlreiche Vortragende aus Deutschland und Großbritannien mit.

Auch in der Frauenpolitik sind Städte nicht mehr wegzudenkende Akteure. Nicht zuletzt deshalb wurde bereits 1997 das europäische Frauen-Städte-Netzwerk **FemCities** gegründet: den internationalen Austausch zu Fragen der Gleichstellungspolitik zu vertiefen und die Kooperation zwischen europäischen Städten in Frauenfragen auszubauen, war von Beginn an Ziel des Netzwerks. Die **MA 57 – Frauenabteilung der Stadt Wien** koordiniert nunmehr seit 18 Jahren erfolgreich die Zusammenarbeit. Aber auch darüber hinausgehende Kooperationen sowie der Austausch von Erfahrungen und Best Practices tragen zur erfolgreichen Arbeit in Wien bei.

2015 waren bereits 17 Fachverwaltungsstellen bzw. Städte aus sieben Staaten in Europa aktive Mitglieder des FemCities-Netzwerks. Zusätzlich gab es sieben assoziierte NetzwerkpartnerInnen (Frauen NGOs, Ministerien, etc.) aus fünf Staaten, die sich bei der Jahreskonferenz in Zagreb mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Frauenbeschäftigung in europäischen Städten beschäftigten. Die fast 100 Teilnehmenden, vorwiegend VertreterInnen von Städten, Gemeinden, aber auch von Ministerien, Universitäten und NGOs, setzten sich mit den Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Frauenbeschäftigung auseinander und tauschten

sich bezüglich ihrer Strategien sowie der Handlungsmöglichkeiten in Städten aus.

Kooperationen wurden aber auch in anderer Form weitergeführt: Bereits zum vierten Mal wurde der „**FemCities goes Vienna Girls' Day**“ im Rahmen der FemCities-Donauraumstrategie erfolgreich umgesetzt. Um die Durchführung des Töchertags über die Grenzen von Wien hinausgehend zu fördern, wurde beginnend mit 2012 je eine Stadt (Fachverwaltungsstelle) im europä-

schen Raum, die bisher noch keinen



Töchertag durchgeführt hat, mit Know-how bei der Durchführung eines ersten Töchertags unterstützt. Ziel des Töchertags ist die Förderung einer diversifizierten Berufswahl von Mädchen jenseits traditioneller Rollenbil-

der. 2015 besuchte eine Delegation aus der Stadt Zrenjanin (Serbien) die MA 57 – Frauenabteilung, um sich u.a. über Gender Mainstreaming und den ersten Wiener Gleichstellungsmonitor auszutauschen sowie das Büro des Töchertages kennen zu lernen und Einblicke in die Organisation des Töchertages zu bekommen. Außerdem wurden Töchertag-Workshops der

Wiener Feuerwehr, der MA 14 und der ÖBB besucht, ebenso der WAFF, der Verein Sprungbrett, der Stadtschulrat Wien und die Wirtschaftskammer Wien.

Die Vernetzung mit internationalen ExpertInnen konnte die MA 57 aber auch bei diversen Veranstaltungen, teilweise in Vertretung des Herrn Bürgermeisters oder der Frau Stadträtin, fortsetzen: So wurden anlässlich eines von der Universität Wien, Institut für Angewandte Psychologie,





© FemCities

veranstalteten „Small Group Meetings“ zu den neuen Arbeitsanforderungen und zur **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** neue Kontakte geknüpft und bestehende intensiviert.

Internationale Projekte ermöglichen es auch immer wieder, den Austausch zu frauen- und gleichstellungsrelevanten Fragestellungen mit KollegInnen aus anderen Städten und Ländern aufrecht zu erhalten. Im Rahmen des **EU-Forschungsnetzwerks COST-Prospol** (Prostitution Policy) wurde von den Wiener Netzwerkpartnerinnen vom Institut für Konfliktforschung und von der Universität Wien eine internationale Konferenz organisiert. 200 TeilnehmerInnen aus 40 europäischen Ländern diskutierten Studienergebnisse in 32 Workshops, um Problemfelder, aber auch Herausforderungen und neue Sichtweisen einfordernde

Lösungsansätzen rund um das Thema Prostitution an den Schnittstellen von Sexualität, Intimität und Arbeit aufzuzeigen.

Die Expertise der Wiener Frauenabteilung ist nach wie vor stark nachgefragt: Bei der Abschlusskonferenz des **Pilotprojekts zur Entwicklung von Gleichstellungsindikatoren** im Rahmen der Gleichstellungsstrategie der Europäischen Charta für Gleichstellung und des Council of European Municipalities and Regions (CERM) stellte sie die Arbeit des Wiener Gleichstellungsmonitors vor. An der Konferenz nahmen insgesamt 160 TeilnehmerInnen aus 20 Ländern teil. Ein Toolkit mit 76 Indikatoren wurde präsentiert, das auf lokaler Ebene die Entwicklung und Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen implementieren bzw. unterstützen kann.

Die **Open Government Data Bewegung DACHLI** stellt eine wesentliche Grundlage für die Kooperation und den Ausbau des Open Government Data Angebots der Stadt Wien dar. Die MA 14 – Automationsunterstützte Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie ist aktiv in dieses deutschsprachige Netzwerk eingebunden und konnte, nicht zuletzt durch die Veranstaltung der Jahreskonferenz 2015 in Wien, die Kontakte noch weiter vertiefen.

Die MA 63 – Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens hat im Jahr 2015 über 200 Verfahren zur **Anerkennung von Berufsqualifikationen von EU-BürgerInnen**, die sich in Wien niederlassen möchten, um hier ein reglementiertes Gewerbe auszuüben, durchgeführt. Dieses Verfahren obliegt ihr auf Basis der EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, die die Freizügigkeit von Erwerbstätigen und somit die Niederlassungsfreiheit in anderen Mitgliedsstaaten erleichtern soll.

## SODABREAD ROLLS aus Irland

*„Natronsemmeln“ ist keine einladende Übersetzung, doch das germfreie Brotbacken ist typisch für Irland. Traditionell wird entweder nur frische Salzbutter oder aber auch Kressebutter mit Räucherlachs dazu gereicht.*

100 gr feinblättrige Haferflocken (1 EL zum Bestreuen beiseite stellen) mit 250 gr Weizenmehl und 250 gr Weizenvollkornmehl, 1 TL Salz und 1 TL Natron mischen. 1 EL Zuckerrübensirup (Honig oder Ahornsirup geht auch) und 475 ml Buttermilch zugeben und mit den Knethaken der Küchenmaschine zu einem glatten Teig verkneten. Den Teig in 12 Portionen teilen und mit leicht bemehlten Händen zu runden Brötchen formen. Auf ein mit Backpapier belegtes Backblech setzen, mit Milch bestreichen und mit den restlichen Haferflocken bestreuen. Im vorgeheizten Backofen bei 200 Grad 20 – 25 min backen.

Für die Kressebutter 150 gr irische Butter in einer Schüssel mit der Küchenmaschine 5 min cremig aufschlagen. 1 gestrichenen TL Fleur de sel und zwei Handvoll Kresse unterrühren. Zusammen mit Räucherlachs zu den Brötchen servieren.





# Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft

MA 7 Kultur

MA 8 Wiener Stadt- und Landesarchiv

MA 9 Wienbibliothek im Rathaus

Es berichtet auch:

Wien Museum

# Bilderbuch-Heimkehr? Remigration im Kontext.

## Rückkehrende in die Nachkriegsgesellschaft Österreichs.

### Kontakt und wichtige Links:

[www.archiv.wien.at](http://www.archiv.wien.at)



Nur sehr vereinzelt wurden Vertriebene des zweiten Weltkriegs offiziell durch die Nachkriegsregierungen Österreichs und Deutschlands zur Rückkehr eingeladen. Ein internationales Symposium, das von der Wienbibliothek im Rathaus gemeinsam mit dem Institut für Germanistik der Universität Wien organisiert wurde, stellte die Rückkehr von Exilantinnen und Exilanten in Bezug auf ihr soziales, ökonomisches, mediales und politisches Umfeld sowie ihren Niederschlag in Kultur und Wissenschaft in den Mittelpunkt.



Die **Wienbibliothek im Rathaus** beteiligte sich an mehreren **Ausstellungen im EU-Raum:**

#### „Künstler und Propheten – Eine geheime Geschichte der Moderne“

(Kunsthalle Schirn, Frankfurt/Main), 06.03.-21.06.2015

#### „1945 – Niederlage. Befreiung. Neuanfang“

(Deutsches Historisches Museum, Berlin), 24.04.-10.01.2016

#### „Artists and Prophets. A Secret History of Modern Art 1872-1972“

(Národní Galerie v Praze – Nationalgalerie, Prag), 21.07.-18.10.2015

Der Kritiker und Schriftsteller Hans Weigel prägte das Wort von der „Bilderbuch-Heimkehr“: so bezeichnete er seine Rückkehr aus dem Schweizer Exil nach Österreich im Herbst 1945. Dass es ihm aber gelang, relativ rasch im Kulturbetrieb wieder Fuß zu fassen, muss als Ausnahme gesehen werden. Viele Rückkehrende in die Nachkriegsgesellschaft Österreichs fühlten sich nicht willkommen, waren es oftmals auch nicht. Nur sehr vereinzelt wurden Vertriebene offiziell durch die Nachkriegsregierungen zur Rückkehr eingeladen. Diejenigen, die sich entschieden zurückzukommen, sahen sich oft nicht nur Zerstörung und Mangel gegenüber, sondern auch verschiedensten Partialinteressen innerhalb des ökonomischen, politischen und strukturellen Wiederaufbaus.

Die Veranstaltung baute auf der bisher vielfach an Einzelschicksalen orientierten (österreichischen) Remigrationsforschung (mit ihren sozial- und kulturwissenschaftlichen Schwerpunkten) sowie den Erkenntnissen der längst etablierten Exilforschung

auf. Ziel war es, das Forschungsfeld zu internationalisieren, zu systematisieren und vermehrt auf strukturelle Fragen zu lenken, um so die vielfach konstatierten Forschungslücken schließen zu helfen sowie Impulse für die weitere Untersuchung dieses Phänomens in der Forschungslandschaft zu setzen. Als Referentin bzw. Referent wirkten u.a. Ulrike Schneider (Potsdam), Jana Buresova (London), Jörg Thunecke (Nottingham), Marita Krauss (Augsburg), Nikola Herweg (Marbach), Olena Kormanicka (Poznan), Josefin Frangione (Como), Françoise Kreissler (Paris) und Marlen Eckl (Frankfurt/Main) mit.



1945 Ausstellung Berlin – Amerikanisches Care Paket aus Österreich © Bea Uhart / Wien-Haus

# Wiens Geschichte geht online ...

... und wird im Wien-Haus in Brüssel vorgestellt.

Mit dem „Wien Geschichte Wiki“ schufen das Wiener Stadt- und Landesarchiv (MA 8) und die Wienbibliothek (MA 9) ein Onlinelexikon, das als georeferenzierte, historische Wissensdatenbank von Expert/innen aus Stadtverwaltung und Öffentlichkeit dient. Es baut auf Felix Czeikes „Historisches Lexikon Wien“ auf und bisher wurden bereits zig-tausende Beiträge und Bilder veröffentlicht. Mit der Präsentation im Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel wurde das Projekt einem breiteren europäischen Publikum vorgestellt.

## Wichtige Links:

[www.geschichtewiki.wien.at](http://www.geschichtewiki.wien.at)



Die Internetplattform sammelt nicht nur vielfältiges Wissen über Wien, die Einträge können auch jederzeit von LeserInnen ergänzt werden. Sowohl die Stadt Wien als auch Privatpersonen steuern Wissen für „Wien Geschichte Wiki“ bei. Die Informationen reichen von Straßennamen und deren Herkunft bis zu bekannten Gebäuden von einst und jetzt. So sind die 24 verschiedenen Rindfleischteile, die das legendäre Restaurant Meissl & Schadn servierte, ebenso zu finden wie die Legende von Richard Löwenherz' Gefangennahme in Erdberg.

Grundlage für das Online-Wienlexikon bildet das sechsbändige „Historische Lexikon Wien“, für das Felix Czeike 31.000 Einträge zusammentrug und das nun zu einer umfassenden digitalen Wien-Enzyklopädie ausgebaut werden soll. Gemeinsam mit den Kooperationspartnern stellen sich die MA 8 und MA 9 der Herausforderung, das „Historische Lexikon Wien“ zu aktualisieren und unter den Kriterien Relevanz und Verlässlichkeit zu erweitern. „Wien Geschichte Wiki“ basiert auf einem semantischen MediaWiki. Es ist also nicht nur bestens durchsuchbar, sondern auch gezielt abfragbar. Von den sechs Kategorien, denen Artikel zugeordnet sind – nämlich Personen, Ereignisse, Bauwerke, Topografische Objekte, Organisationen und Sonstiges – sind zwei (Bauwerke und Topografische Objekte) georeferenziert, also im Stadtplan verortet. Archiv und Bibliothek illustrieren und ergänzen das Wiki in einem laufenden Prozess aus ihren eigenen Beständen.

Die interessierte Öffentlichkeit wird eingeladen, vorhandene Kenntnisse, eigenes Daten- und Bildmaterial einzuarbeiten und

so an einer permanenten Verbesserung, Aktualisierung und inhaltlichen Erweiterung des historischen Stadtwissens mitzuwirken. Während beim zugrunde liegenden Druckwerk von Felix Czeike dem Aktualitätsdruck nur mit großem Aufwand nachgegeben werden konnte, stellt sich das „Wien Geschichte Wiki“ dem Aufholprozess in der Wissensver-



© Bea Uhart / Wien-Haus

mehrung und wird in den nächsten Monaten und Jahren die Veränderungen in der Stadt und neue Erkenntnisse einarbeiten. Die neue Plattform bietet eine ideale Basis für Erweiterungen in verschiedene Richtungen. Mit „Wien Geschichte Wiki“ soll die Stadt auch in der historiografischen Berichterstattung zu einer der weltweit führenden Smart Cities werden.

# Ausstellungstournee durch mehrere europäische Städte.

Das MUSA präsentiert zentrale Künstlerpersönlichkeit der Wiener Szene.

## Kontakt und wichtige Links:

MUSA Museum Startgalerie  
Artothek

[www.musa.at](http://www.musa.at)

[artinwords.de/eva-choung-fux/](http://artinwords.de/eva-choung-fux/)



Im Rahmen des „Europäischen Monats der Fotografie“ (European Month of Photography, kurz EMoP) wurde die präsentierte Ausstellung „Memory Lab. Photography Challenges History“ in der Partnerstadt Luxemburg präsentiert. Die Ausstellung wurde von allen acht EMoP-Partnerstädten (Athen, Berlin, Bratislava, Budapest, Ljubljana, Luxemburg, Paris, Wien) gemeinsam kuratiert und organisiert. Bis zum März 2015 war sie im **MUSA** in Wien zu sehen.

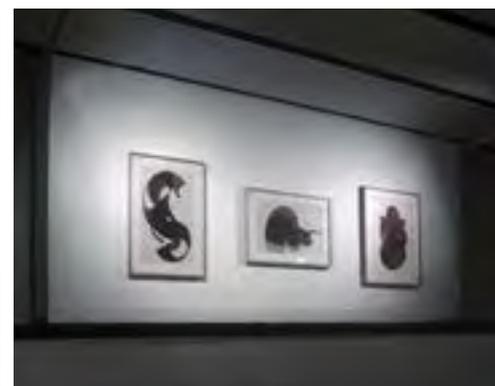
Das umfangreiche Werk von Eva Choung-Fux, geboren 1935 in Wien, ist zum einen durch den meisterlichen Umgang mit druckgraphischen Techniken gekennzeichnet zum anderen durch ihr persönliches Naheverhältnis zur asiatischen Kultur. In den 60er Jahren begann sie, an der Akademie für Angewandte Kunst künstlerische Fotografie und Druckgrafik zu unterrichten. Die Künstlerin, die meist auf Mallorca lebt, stiftete einen großen Teil ihres eigenen Archivs mit insgesamt über 1.000 Werken der Sammlung zeitgenössischer Kunst der Kulturabteilung der Stadt Wien – MUSA.

Mehrere Jahre verbrachte Eva Choung-Fux in Korea und Japan. Von dort zurückgekehrt begann ihre jahrzehntelange Lehrtätigkeit an der damaligen Akademie für angewandte Kunst. Gemeinsam mit ihren Studierenden erschloss sie neue Zugänge zu gesellschaftsrelevanten Themen und wurde zur ersten Unterrichtenden für künstlerische Fotografie in Wien. Poesie und engagierte Literatur bilden Konstanten in ihrem bildnerischen Schaffen in Form von skripturaler Abstraktion und massiven Textüberlagerungen in ihren Gemälden bis hin zum Verlust der Zeichenhaftigkeit.

Die Grafikerin, Fotografin und Malerin übergab in den letzten Jahren ihr Hauptwerk dem MUSA – Museum Startgalerie Artothek der Stadt Wien, das daraus die Ausstellung



„Eva Choung-Fux. Nach dem Ende der Welt. Eine Retrospektive“ zusammenstellen konnte. Den Auftakt bildete die Präsentation der Werke im Museu Modernista Can Prunera in Sóller, Mallorca, vom 23.10.2015 bis 21.2.2016. Danach war sie im MUSA selbst zu sehen, bevor die Ausstellungstournee in mehrere europäische Städte fortgesetzt wird.



Alle Fotos © Eva Choung-Fux

# Wiens Wissensgesellschaft wird europäischer.

## Unterstützung internationaler WissenschaftlerInnen.

Die MA 7 – Kultur und Wissenschaft unterstützt eine Reihe von Initiativen, deren inhaltliche Zielsetzung auf europäischer Ebene wirksam ist. Dazu gehören insbesondere Fördermaßnahmen, die den Aufenthalt von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern aus dem europäischen Raum in Wien erleichtern und ermöglichen.

Die **Dokumentationsstelle für ost- und mitteleuropäische Literatur – DOML** hat es sich zur Aufgabe gesetzt, ost- und mitteleuropäische Literatur in Veranstaltungsreihen vorzustellen, zur Diskussion zu stellen, bekannt zu machen und in die wissenschaftliche Diskurskultur literaturwissenschaftlicher und komparatistischer Forschung zu bringen.

Die **Wiener Studienstiftung** für begabte und bedürftige Studierende aus dem südosteuropäischen Bereich unterstützt Studierende mit ausgezeichneten Studienergebnissen. Nicht zuletzt dank dieser Initiative sind Zahl und Qualität ost- und südosteuropäischer Studierender in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen.

Mit dem Programm **Vienna Research Groups** des Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF) wird ein besonderer Akzent in der Nachwuchsförderung exzellenter junger WissenschaftlerInnen gesetzt. Ziel des Programmes ist es, junge, exzellente WissenschaftlerInnen aus dem Ausland nach Wien zu holen, um hier an einer Wiener Forschungsstätte ihre eigene Gruppe aufzubauen und die Bedeutung Wiens als europäischen und zugleich internationalen wissenschaftlichen Standort weiter auszubauen.

Das **Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM)** startete 2015 das fünfjährige Forschungsprojekt „Ukraine in European Dialogue“, das den Austausch zwischen ukrainischen und europäischen WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und Intellektuellen fördern soll. Es beinhaltet neben einem Stipendienprogramm für Lang- und Kurzeitaufenthalte am IWM auch diverse Konferenzen und öffentliche Diskussionen.

Der nach dem ehemaligen österreichischen Bundeskanzler benannte **Franz Vranitzky Chair for European Studies** wurde erstmals 2008 ins Leben gerufen. Im Rahmen einer Kooperation zwischen der Historisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät und der Fakultät für Sozialwissenschaften sowie in Zusammenarbeit mit der Sigmund Freud Privat Universität Wien/Berlin/Paris erneuerte die Universität Wien diese Professur mit Beginn des Wintersemesters 2014/15. Der Historiker und Kommunikationswissenschaftler Rainer Gries ist Inhaber des Franz Vranitzky Chair for European Studies. Eines der europäischen Forschungsvorhaben, die er in den kommenden Jahren initiieren wird, widmet sich den „Kulturen des Gedächtnisses im 20. und 21. Jahrhundert in Zentral- und Südosteuropa“.

Geschäftsgruppe  
Kultur und Wissenschaften

### Kontakt und wichtige Links:

**Kulturabteilung – MA 7**

[www.kultur.wien.at](http://www.kultur.wien.at)



Das im Jahr 2011 gegründete **European Law Institute (ELI)** verfolgt den Zweck, die Qualität des Rechts in Europa zu verbessern. Aufbauend auf der Fülle der unterschiedlichen Rechtstraditionen ist das Institut bestrebt, die Gemeinschaft europäischer JuristInnen zu stärken, die Errungenschaften der verschiedenen Rechtskulturen zu integrieren, den Nutzen aus den Vergleichen zu vermitteln und eine paneuropäische Perspektive zu entwickeln. ELI organisiert den Wissenstransfer zwischen den verschiedenen Rechtsgebieten und den Austausch juristischer Praxis zwischen den verschiedenen europäischen Rechtssystemen durch Projekte, an denen JuristInnen aus ganz Europa beteiligt sind.

[www.europeanlawinstitute.eu](http://www.europeanlawinstitute.eu)

Bereits zum 19. Mal gastierten die Wiener Vorlesungen im Jahr 2015 im Wien-Haus in Brüssel. Zum Thema **„Flüchtlingsströme nach und durch Europa: eine zentraleuropäische Perspektive“** diskutierte Univ.-Prof. Dr. Ehalt mit Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka auf dem Podium und mit dem Publikum.

[www.vorlesungen.wien.at](http://www.vorlesungen.wien.at)

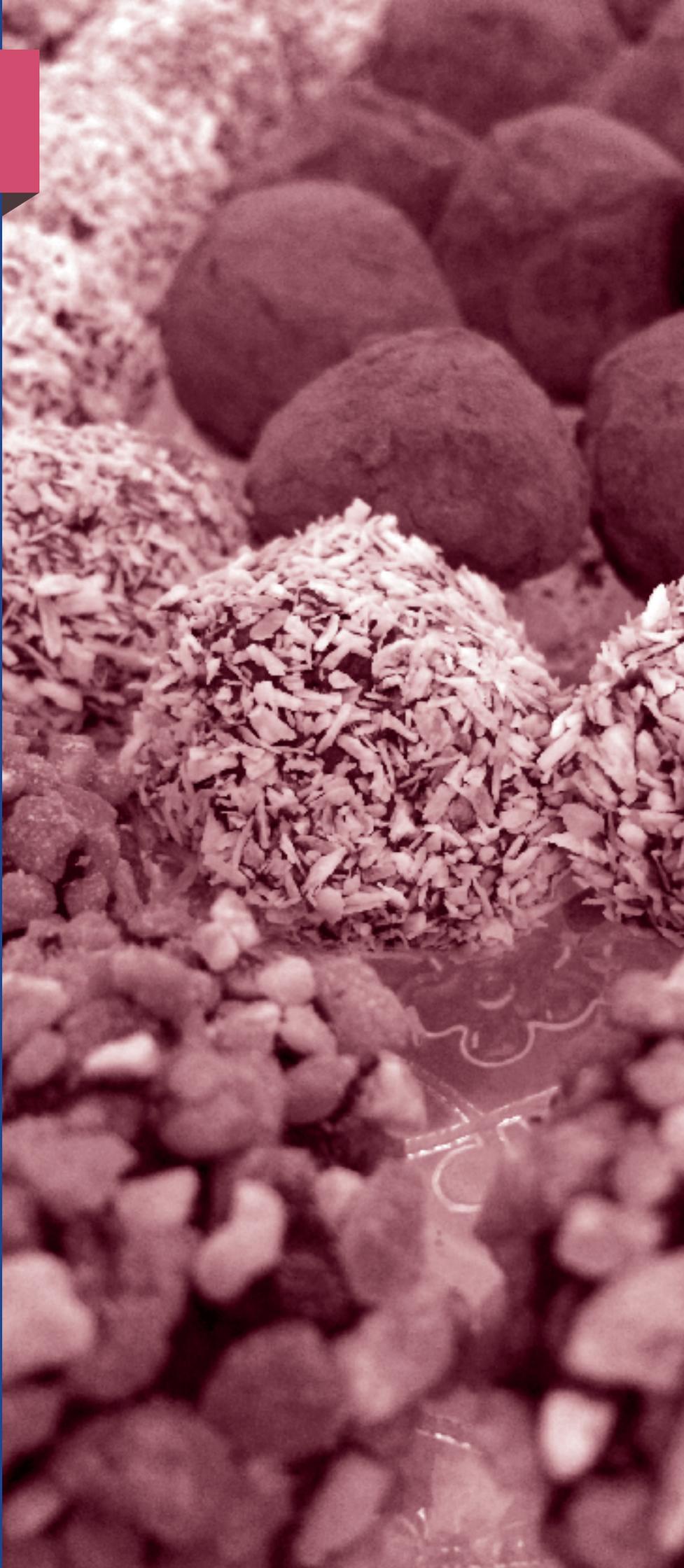
## TRUFFES EN CHOCOLAT aus Belgien

*Belgische Küche, da denkt man sofort an Muscheln mit Pommes Frites, Waffeln, Bier und natürlich Schokolade. Angeblich wurden Schokoprälinen ja 1912 in Brüssel erfunden und jede/r Belgier/in vernascht pro Jahr 12 Kilo davon.*

200 gr gute Zartbitterschokolade (70%) und 100 gr Milkschokolade (40%) fein hacken und in einer Schüssel im heißen Wasserbad schmelzen. 150 ml Schlagobers aufkochen, mit der Schokolade verrühren und abkühlen (aber nicht zu fest werden lassen).

50 gr Butter schaumig rühren und mit der Schokolade und 1–2 TL Kirsch- oder Orangenlikör, Cognac oder Whisky (je nach gewünschtem Geschmack) verrühren. Die Trüffelmasse 2–3 Std im Kühlschrank abkühlen lassen, bis die Masse formbar ist. Kugeln formen und je nach Geschmack in Kakaopulver, Nüssen, Pistazien oder Kokosraspeln wälzen oder in Kuvertüre tauchen.

Im Kühlschrank aufbewahren. Oder einfach gleich vernaschen !





# Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

MA 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung

MA 19 Architektur und Stadtgestaltung

MA 20 Energieplanung

MA 21 Stadtteilplanung und Flächennutzung

MA 28 Straßenverwaltung und Straßenbau

MA 29 Brückenbau und Grundbau

MA 33 Wien Leuchtet

MA 41 Stadtvermessung

MA 46 Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten

MA 65 Rechtliche Verkehrsangelegenheiten

MA 67 Parkraumüberwachung

# Europaweit smarte Städte.

Zahlreiche Projekte ebnen den Weg zur Smart City.

## Kontakt und wichtige Links:

### MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung

#### Projektstelle Smart City

Dlin Ina Homeier

ina.homeier@wien.gv.at

Eva Pangerl

eva.pangerl@extern.wien.gv.at

www.citykeys-project.eu

www.smartcity.wien.at

### MA 20 – Energieplanung

www.energie.wien.at

### AIT (Austrian Institute of Technology) Energy Department

Mag.<sup>a</sup> Dlin Dr.in Brigitte Bach

brigitte.bach@ait.ac.at

www.eera-set.eu

### Energy Center Wien

Mag.<sup>a</sup> Waltraud Schmid

waltraud.schmid@tinavienna.at

www.urbanlearning.eu



Doch was ist ein „smartes Projekt“? Welche Themenbereiche muss ein smartes Projekt umfassen? Wie könnten Smart Cities und Smart Projects bewertet und evaluiert werden? Und vor allem: Wie könnte ein entsprechendes Tool aussehen, das die notwendigen Daten erfasst und visualisiert?

## CITYKeys – Smart City performance measurement system

Das Projekt „CITYKeys“ behandelt diese Fragen. Mit einer Laufzeit von zwei Jahren wird es durch das HORIZON 2020 Forschungsrahmenprogramm der EU finanziert und hat das Ziel, smarte Projekte weiterzuentwickeln und auf europäischer Ebene miteinander vergleichen zu können. In Zusammenarbeit mit vier Partnerstädten, drei Forschungsinstituten und dem Städtenetzwerk „Eurocities“ arbeitet Wien an einem **Instrument zur Leistungsmessung von Smart City Projekten**.

Dazu werden zu allererst die Erwartungen und Anforderungen der Städte und ihrer Stakeholder an Indikatorensysteme für ein Smart City Projekt und an ein entsprechendes Evaluierungstool eruiert. Bereits vorhandene nationale und internationale Indikatoren im Bereich Smart City werden analysiert und ein Indikatorengerüst entwickelt, das in einem weiteren Schritt durch Datenerhebungs- und Berechnungsmethoden erweitert wird. Das fertige Indikatoren-

konzept soll anschließend anhand von realen, smarten Projekten getestet und bei Bedarf verbessert werden.

CITYKeys soll darüber hinaus auch klären, wie Smart City Projektevaluierungstools politische Entscheidungen unterstützen können und welche neuen Businessmodelle sich durch die Einführung eines solchen Tools und Konzeptes entwickeln können.



Workshop in Rotterdam (Niederlande) im Juni 2015  
© MA18

## Energieversorgung in Städten

Mit einem ganz speziellen städtischen Problem beschäftigt sich ein weiteres „Smart City“ Projekt: Großstädte bedecken zwar nur 2% unserer Erde, verbrauchen

aber weltweit 75% der Gesamtenergie und emittieren sogar 80% der Treibhausgase. Um unsere Städte auch in Zukunft lebenswert zu gestalten und nachhaltig mit Energie zu versorgen, werden derzeit im Rahmen des Energy Research Alliance (EERA) Joint Programms (JP) „Smart Cities“ Maßnahmen und wissenschaftliche Methoden erforscht, um dieses Ziel zu erreichen.

Es baut auf den Prioritäten des SET Plans der EU auf und das AIT (Austrian Institute of Technology) hat die wissenschaftliche Leitung inne. Gemeinsam mit 60 anderen Forschungseinrichtungen aus 14 europäi-



EERA Joint Programme Smart Cities / © Katharin Wermke



© Catrin Haider



EERA Joint Programme Smart Cities / © Katherin Wermke

schen Ländern forscht das AIT an wissenschaftlichen Methoden zur Umsetzung von Smart Cities.

Ziel der Allianz EERA ist es, die Energieforschung in Europa zu optimieren und weiter zu stärken. Durch Konzeption und Umsetzung gemeinsamer Forschungsprogramme soll die Entwicklung neuer Energietechnologien vorangetrieben und die nachhaltige Energieversorgung Europas für die Zukunft sichergestellt werden. Hauptaufgabe des Joint Programmes „Smart Cities“ ist die **Entwicklung neuer wissenschaftlicher Methoden, Instrumente und Konzepte für Stadt-Transformation**, sowie einer be-

reichsübergreifenden und gesamtheitlichen Planung für die Integration von Technologien, welche ein smartes Energiemanagement auf verschiedensten Infrastrukturebenen erst ermöglichen.

Um den Praxisbezug der Forschungsarbeiten zu verstärken wurde auf Wunsch der EU-Kommission ein „City Advisory Board“ eingerichtet, das dem Netzwerk als Impulsgeber dienen soll. Es besteht aus 16 VertreterInnen von Stadtverwaltungen. Wien wird dabei durch den Energieexperten Bernd Vogl, Leiter der MA 20 – Energieplanung, vertreten.

Beim Half Annual Workshop in Trondheim (Norwegen) wurden mögliche Synergien zwischen den beiden EU-Projekten Urban Europe Research Alliance und EERA Joint Programme Smart Cities diskutiert und ausgearbeitet. Das EERA JPSC Symposium on Key Performance Indicators for Smart Cities in Barcelona wiederum stand ganz im Zeichen der Schlüsselindikatoren und Kennzahlen von Smart Cities.

Die Wiener Ampelpärchen sind nicht nur zu einem beliebten Fotomotiv geworden und haben mittlerweile Kultstatus erreicht. Mehrere Städte im In- und Ausland, wie z.B. München, Hamburg oder Utrecht, haben auf Grund der besonders guten Resonanz die Sujets nach dem Wiener Vorbild installiert.



## Integrative Energieplanung von Stadtentwicklungsgebieten

Das im Rahmen von Horizon 2020 Energy finanzierte EU-Projekt **URBAN LEARNING** vereint von März 2015 bis August 2017 die Städte Wien, Berlin, Stockholm, Amsterdam/Zaanstad, Paris, Warschau und Zagreb und zielt darauf ab, die Kompetenz der lokalen Behörden zu integrativer städtischer Energieplanung zu verbessern. Es ermöglicht die Einbeziehung vielfältiger internationaler Erfahrungen in die Erstellung des Fachkonzepts Energieraumplanung im Rahmen des STEP 2025. Das Energy Center Wien leitet dieses Projekt, die MA 20 – Energieplanung ist der städtische Ansprechpartner. Der Schwerpunkt liegt auf multidisziplinärem Lernen zu innovativen technologischen Lösungen, Instrumenten und Werkzeugen sowie zu innovativen Governance-Elementen. Von der Verbesserung der Governance-Prozesse werden erhebliche Auswirkungen auf den

Energieverbrauch von zu errichtenden/renovierenden Wohnungen und Arbeitsplätzen für jene mehr als drei Millionen Menschen erwartet, die in den teilnehmenden Städten in den nächsten zwanzig Jahren dazukommen werden: mehr als 1.700 GWh/a an Energieeinsparung und über 2.000 GWh/a gewonnener erneuerbarer Energien.



© MA 20 · Fürthner



# sub>urban. Reinventing the fringe.

URBACT unterstützt die räumliche Entwicklung in Stadtregionen.

## Kontakt und wichtige Links:

### MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung

DI Kurt Mittringer  
kurt.mittringer@wien.gv.at

DI<sup>in</sup> Kerstin Pluch  
kerstin.pluch@wien.gv.at

[www.urbact.eu/growth-reconversion](http://www.urbact.eu/growth-reconversion)



**METREX** (The Network of European Metropolitan Regions and Areas) bietet eine Vernetzungsplattform für fachliche Diskurse zu aktuellen Themen und Herausforderungen von Ballungsräumen. Das Netzwerk hat etwa 50 Mitglieder aus ganz Europa, in Expertengruppen werden verschiedene Themen gemeinsamen Interesses erörtert. Die MA 18 – Stadtentwicklung ist seit 2010 METREX-Mitglied.

[www.eurometrex.org](http://www.eurometrex.org)

**CREATE** ist ein neues, bis 2018 laufendes Projekt, das eine verbesserte Effizienz des innerstädtischen Verkehrs durch die Reduzierung von Pkw-Staus zum Ziel hat. Der österreichische Partner dieses im Rahmen des Forschungsprogramms Horizon 2020 geförderten Projekts ist das Institut für Verkehrswesen der Universität für Bodenkultur.

Das Action Planning Network „sub>urban. Reinventing the fringe“ hat sich zum Ziel gesetzt, Strategien zu erarbeiten, um untergenutzte Stadtentwicklungsgebiete wieder zu beleben und deren Entwicklung räumlich zu steuern. Auf Initiative des Wiener Stadt Umland Managements (SUM) wurde ein regionales Projekt eingereicht, das durch die Stadt Wien (MA 18) koordiniert wird und bei dem auch das Land Niederösterreich und die Gemeinde Vösendorf mit Eigenmitteln als Partner mitwirken.

Unter Federführung der Stadt Antwerpen (Belgien) arbeiten neben Wien auch noch die Partnerstädte Baia Mare (Rumänien), Barcelona (Spanien), Brunn (Tschechien), Casoria (Italien), Düsseldorf (Deutschland), Oslo (Norwegen) und Solin (Kroatien) mit. Vorrangiges Ziel ist der Aufbau einer gemeinsamen, länderübergreifenden Entwicklungsplattform, in welcher Entwicklungsziele und entsprechende Projekte abgestimmt werden. Ein gemeinsam zu erarbeitender „Local Action Plan“ (LAP) enthält Leitlinien für den Planungsraum. Das EU-Netzwerk soll dabei als Ideengeber für konkrete Entwicklungsoptionen genutzt werden. In weiterer Folge wird die tatsächliche Umsetzung einzelner Maßnahmen im Sinne eines Pilotprojektes angestrebt. Neben der gemeinsamen Planung steht das „Governance Thema“ im Mittelpunkt. Konkret geht es um die Frage, mit welchen Strukturen länderübergreifende Planungen bewältigt werden können. Die Bandbreite der Themen reicht dabei von den unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen, Kompetenzen bis zum tatsächlichen „Steuern“ etwa im Sinne eines stadtrationalen Zielgebiets.

Die Erkenntnisse aus dem Projekt sind stadtrational von Interesse, was auch am Wiener Projektteil klar ersichtlich ist: Inhaltlich soll für den Raum Wien Liesing – Vösendorf (– Brunn am Gebirge) eine gemeinsame bundesländerübergreifende Entwicklungsplattform entstehen und es sollen gemeinsame Strategien für den Raum

(nämlich konkret: B17 Triester Straße, Marktviertel Vösendorf, Areal Hazetgründe / Wiener Tierschutzheim, eventuell Wienerberger Areal / Kellerberg) entwickelt werden.



**URBACT**, das europäische **Kooperationsprogramm für nachhaltige Stadtentwicklung**, wird auch in der neuen EU-Förderperiode 2014–2020 fortgesetzt. Kern des URBACT-Programms ist ein integrierter Ansatz der Stadtentwicklung, der soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen umfasst. Das Programm ermöglicht Städten, gemeinsam Lösungen für große städtische Herausforderungen zu erarbeiten, und bestätigt sie in ihrer Schlüsselrolle bei der Bewältigung der zunehmend komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen. Es unterstützt dabei, gute Praxisbeispiele und Erfahrungen mit Fachleuten aus dem Bereich der Städtepolitik in ganz Europa zu teilen. 70% der Mittel, die für Projekteinreichungen vorgesehen sind, sollen für folgende thematische Ziele gebunden werden: Forschung, technologische Entwicklung und Innovation; CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft; Umweltschutz und Ressourceneffizienz; soziale Integration und Armutsbekämpfung; Beschäftigungsförderung und Arbeitsmobilität. Die restlichen 30% stehen für alle anderen Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung zur Verfügung, die einen „Bottom-up“-Ansatz verfolgen.

## EU zeichnet Quartiersmanagement Standpunkt Liesing aus

Bei der Verleihung des „European Enterprise Promotion Award“ der Europäischen Kommission wurde das Projekt Ressourcenschonendes Betriebsgebiet Liesing in der Kategorie „Förderung der Entwicklung von grünen Märkten und Ressourceneffizienz“ als „National Winner“ ausgezeichnet und hat es auf die Shortlist für den gesamteuropäischen Preis geschafft. Dieser europäische Unternehmensförderpreis identifiziert und würdigt die erfolgreichsten Förderer von Unternehmergeist und Unternehmertum in Europa. Das Quartiersmanagement hat mit seinen erfolgreichen Bemühungen einer ganzheitlichen Transformation des Industriegebiets hin zu einem Vorzeigestandort ökologischen Agierens in gewerblicher und industrieller Hinsicht gepunktet.

[www.standpunkt-liesing.at](http://www.standpunkt-liesing.at)

Dank des Forschungsprojektes **BRAWISIMO** konnte erstmals eine „grenzüberschreitende“ Haushaltsbefragung (in Österreich und in der Slowakei) zum Verkehrsverhalten durchgeführt werden. Die gleichen Themen wurden mit derselben Methode erhoben, wodurch die Ergebnisse direkt miteinander verglichen werden können. Die gewonnenen Daten können darüber hinaus für die Modellierung der Verkehrsnachfrage im grenzüberschreitenden Verkehrsmodell AT-SK der TU Wien, im Verkehrsmodell Österreich des BMVIT und im Verkehrsmodell Wien der Stadtplanung Wien verwendet werden.



Wien war im Jahr des Zu-Fuß-Gehens Gastgeberin für die weltweit bedeutendste Fachkonferenz rund um Gehen, Lebensqualität und Stadtentwicklung. Die **Walk21 Vienna** ging unter dem Motto „Stepping ahead“ von 20. bis 23. Oktober über die Bühne. In aller Welt wird Wiens Pionierarbeit zum Zu-Fuß-Gehen mit großem Interesse wahrgenommen und zahlreiche Städte nehmen sich an den ambitionierten Zielen Wiens zur aktiven Mobilität ein Beispiel. Das Wiener Engagement belohnte die EU-Kommission im März 2015 mit einem Stockerlplatz beim „European Mobility Week Award“.

[www.mobilitaetsagentur.at](http://www.mobilitaetsagentur.at)



Das Projekt **TRANSFORM** konnte 2015 erfolgreich abgeschlossen werden. Intention des Projekts war, Städte durch die Kombination von Smart City Strategieentwicklung und konkreten Umsetzungsprojekten zu unterstützen. Dazu wurden „Transformationsagenden“ (gesamstädtische Strategien) erarbeitet und mit Umsetzungsplänen für ausgewählte Stadtteile kombiniert. Durch innovative Arbeitsprozesse und den Erfahrungsaustausch mit konkreten Smart City Stadtteilentwicklungen in den beteiligten Städten wurden Erfahrungen erzielt und Methoden für erfolgreiche Stakeholder Prozesse entwickelt.

[urbantransform.eu](http://urbantransform.eu)



## LJUTENIZA aus Bulgarien

*Zur Erntezeit ist der Duft gegrillter Paprika in bulgarischen Dörfern allgegenwärtig: Er stammt von der Hauptzutat der Ljuteniza, einem traditionellen Püree aus Paprika und Tomaten. Das erntefrische Gemüse wird traditionellerweise so für den Winter konserviert. Das Grillen und Schälen der Paprikas sorgt für den feinen rauchigen Geschmack und macht den Unterschied zum bekannten Ajvar aus.*

2 kg rote Paprika rösten, für ca 15 min ruhen lassen, danach abziehen, entkernen und fein schneiden. Gleich auch mit 3 bis 5 Peperoni verfahren. 1 kg Karotten schälen und in Salzwasser ca. 10 min kochen und danach reiben. 800 gr gehäutete Tomaten passieren und mit dem restlichen Gemüse, 150 ml erhitztem Olivenöl, 25 gr Zucker, 1 Bund klein gehackter Petersilie und Salz vermischen. 1 Stunde ziehen lassen. Mit fein gehacktem Zwiebel als Dip oder Brotaufstrich servieren.

Füllt man die fertige Ljuteniza in Gläser ab und kocht sie darin rund 10 min, lässt sie sich für längere Zeit konservieren.





# Geschäftsgruppe Umwelt

MA 22 Umweltschutz

MA 31 Wiener Wasser

MA 36 Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten, Feuerpolizei und Veranstaltungswesen

MA 42 Wiener Stadtgärten

MA 45 Wiener Gewässer

MA 48 Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark

MA 49 Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

MA 58 Wasserrecht

MA 60 Veterinärdienste und Tierschutz

Wien Kanal (WKN)

# Langfristige Sicherung eines städtischen Naherholungsgebietes.

Das EU-Projekt LIFE+ Alte Donau schützt das beliebte Badegewässer.

## Kontakt und wichtige Links:

### MA 45 – Wiener Gewässer

DI Dr. Thomas Ofenböck  
Projektleiter LIFE+ Alte Donau  
thomas.ofenboeck@wien.gv.at

[www.gewaesser.wien.at](http://www.gewaesser.wien.at)

[www.life-aldonau.wien.at](http://www.life-aldonau.wien.at)

[ec.europa.eu/environment/life/funding/lifeplus.htm](http://ec.europa.eu/environment/life/funding/lifeplus.htm)



## Wiener Studie über Online-Heimtierhandel in Brüssel vorgestellt



Die Wiener Tierschutzombudsfrau präsentierte die Wiener Kampagne gegen den illegalen Welpenhandel bei der Fachkonferenz "Welfare of dogs and cats involved in commercial practices" vor VertreterInnen der zuständigen Kommissionsdienststellen, der Ratspräsidentschaft, NGOs und vielen weiteren ExpertInnen aus den Mitgliedstaaten. Die Studie befasste sich schwerpunktmäßig mit dem Handel mit Heimtieren auf Online-Kleinanzeigenplattformen und zeigte deutlich, welche Maßnahmen den illegalen Handel erfolgreich vermindern. Die beispielhaften Initiativen der Stadt Wien hinterließen großen Eindruck bei den Anwesenden und es bleibt zu hoffen, dass sie EU-weit Nachahmer finden und dass die Rechtsgrundlagen, insbesondere betreffend E-Commerce, auf EU-Ebene verbessert werden.

[www.tieranwalt.at](http://www.tieranwalt.at)

2013 startete die MA 45 – Wiener Gewässer das von der EU geförderte Projekt LIFE+ Alte Donau. Zahlreiche Maßnahmen und Projekte rund um die Alte Donau sollen das Gewässer sowohl als ökologisch wertvolles Kleinod als auch als beliebtes Naherholungsgebiet sichern. Bis 2017 werden 3,6 Millionen Euro investiert, die zu 50 Prozent von der EU gefördert werden.

Die Maßnahmen zielen z. B. auf die Sicherung der guten Wasserqualität, die Erweiterung von naturnahen Uferbereichen oder den Erhalt der Artenvielfalt und des Landschaftsbildes. Neben den ökologischen Anforderungen werden aber auch verbesserte Nutzungsmöglichkeiten für die BesucherInnen der Alten Donau geschaffen.



© Wiener Wildnis

näher: So wurden bereits ein 240 m langer Uferbereich zwischen Drygalskiweg und Mühlschüttelgasse sowie ein 80 m langes Uferstück beim Broßmannplatz, beide an der Oberen Alten Donau, fertiggestellt. In beiden Bereichen

wurden – neben einer Reihe wasserbaulicher Maßnahmen – Ufer- und Röhrichtbepflanzungen durchgeführt.

Im Jahr 2015 wurde u.a. die Gestaltung und Eröffnung des „ArbeiterInnenstrands“ realisiert: Eine ehemals privat genutzte Liegefläche an der Oberen Alten Donau wurde von der Stadt Wien übernommen, sanft adaptiert und im Mai 2015 als neue, kostenlos zugängliche Liegewiese für die BesucherInnen der Alten Donau geöffnet.

Auch dem Ziel, die naturnahen Abschnitte der Uferbereiche an der Alten Donau auf rund fünfeinhalb Kilometer – das ist rund ein Drittel der Uferlänge – zu erhöhen, kam man

Zum Projektauftrag gehört aber auch die Weitergabe von Information und gewonnenen Erfahrungen innerhalb der internationalen Fachwelt und zwischen Stadtverwaltungen: 2015 wurde das LIFE-Projekt u.a. in Bristol (im Rahmen von Eurocities) und München (bei der Konferenz „Living Rivers“) präsentiert. Auch das 13. Wiener Dialogforum vom 16. bis 18. Juni 2015, zu dem sich zahlreiche VertreterInnen aus osteuropäischen Städten in Wien einfanden, widmete sich dem Projekt LIFE+ Alte Donau.



© MA 45 - Franz Kalab



© MA 45

# Tiefgreifende Verbesserungen dank einzigartigem Engagement.

Mit einer Projektlaufzeit von vier Jahren hat das von der EU finanziert Partnerschaftsprojekt die regionalen Dachverbände kleiner Wasserversorger in Uganda („Umbrella Organisations“ (UOs)) durch Wissensaustausch sowie durch diverse Ausbildungsaktivitäten gestärkt. Dadurch wird auch über die Projektzeit hinaus ein nachhaltiger Betrieb und Kapazitätsausbau dieser Dachverbände sichergestellt werden.

Im Rahmen des Uganda Water Umbrellas's Partnership Projekts (UWUP) unterstützen neben der MA 31 – Wiener Wasser die Partner Oberösterreich Wasser, die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) und die Salzburg AG Wasser sowie die IAWD (International Association of Water Supply Companies) dieses Projekt. Gerade diese langjährigen Partnerschaften sind es, welche tiefgreifende Verbesserungen und Strukturanpassungen ermöglichen und das österreichische Engagement in Uganda einzigartig machen.

Unterstützung erhielten die Dachverbände hierbei vor allem in Form von Trainings. Der Fokus wurde dabei stets auf den Bedarf der ugandischen Partner gelegt. Ein renommierter österreichischer Ausbilder der Technischen Universität Wien konnte beispielsweise im Rahmen eines Schulungskurses Problemen abhelfen, die bei der Kontrolle der Wasserqualität der Kleinversorger bestehen. Dieser Kurs hatte sowohl die Erarbeitung einer standardisierten Untersuchungsroutine als auch die Ausbildung in praktischen Probenahme- und Analysemethoden zum Inhalt.

Im Zentrum der Aktivitäten stand darüber hinaus die Reise ugandischer Vertreter der Dachverbände sowie Angehörige des Ministeriums für Wasser und Umwelt nach Österreich. Dadurch konnte Einsicht in Aufstellung und Arbeitsweise der österreichischen Institutionen gegeben werden, welche in Bezug auf die ländliche Wasserversorgung in Uganda doch einige Parallelen aufzeigt. Die Besuche brachten die Möglichkeit, gemeinsam Probleme zu analysieren sowie sich über angewandte Lösungsansätze auszutauschen.

Vonseiten der Partner aus Uganda wurde vor allem Interesse an den Erfahrungen der österreichischen Partner bei der Erstellung eines Betriebs- und Wartungshandbuchs – angelehnt an die von der ÖVGW präsentierten Richtlinien (RL W85) für die Umbrella Organisations – bekundet. Eine weitere bedeutende „take home message“ für die Partner aus Uganda war die Wichtigkeit der Umsetzung der Prinzipien der Wasserversorgung und der Bedarf an Wassersicherheitsplanung. Prinzipien, die die Partner aus Uganda vor allem während der Exkursionen in Österreich für sie beeindruckend und systematisch umgesetzt sahen. Neben den genannten Schwerpunktaktivitäten wird ebenfalls der kontinuierliche Austausch unter den ugandischen Partnern selbst, wie beispielsweise durch regelmäßige Treffen der Vorstandskomitees der Dachverbände, unterstützt.

Das UWUP Programm wird im März 2016 formal abgeschlossen, eine Fortsetzung hängt von einer möglichen EU-Finanzierung ab.

## Kontakt und wichtige Links:

[www.wasser.wien.at](http://www.wasser.wien.at)



## Danube Water Programm (DWP)

Dieses von IAWD und Weltbank gemeinsam durchgeführte Programm zur Kapazitätsentwicklung von Wasserwerken im Donauraum ist im Jahre 2015 von der Weltbank um weitere drei Jahre bis 2018 verlängert worden. Die Schwerpunkte Asset-Management, Benchmarking, Energieeffizienz wurden bis Ende der ersten Phase (Okt. 2015) erfolgreich in Veranstaltungen umgesetzt. Die Hauptveranstaltung des DWP ist die IAWD Danube Water Conference, welche 2015 zum dritten Mal in Wien stattfand und in deren Rahmen auch ein runder Tisch der Wasserwerksvereinigungen des Donauraums ins Leben gerufen wurde. Dieses Gremium hat sich im Jahre 2015 zu einem effektiven Forum des Wissensaustausches entwickelt.

[www.danube-water-program.org](http://www.danube-water-program.org)



DWP Annual Conference 2015 / © MA 31

# Die 48er beim Putzcontest und auf internationalem Parkett.

Europaweite Vernetzung ist die Basis für erfolgreiche Interessensvertretung.

## Kontakt und wichtige Links:

[www.abfall.wien.at](http://www.abfall.wien.at)



Die **ISWA** (International Solid Waste Association) ist eine weltweit agierende Organisation mit über 1.100 Mitgliedern in 80 Ländern, die sich für die Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft einsetzt. Seit 2010 ist das Generalsekretariat der ISWA in Wien angesiedelt, auch die Präsidentschaft der ISWA Austria nimmt Wien wahr. Vom 27. bis 29. Mai 2015 fand die 5. ISWA Beacon Conference „Waste Prevention & Recycling“ im Wiener Rathaus statt. Nach 2011 und 2012 konnte die Konferenz zum dritten Mal in Wien ausgetragen werden. Zu der Veranstaltung haben sich mehr als 100 AbfallwirtschaftsexpertInnen aus 27 Ländern registriert. Im Fokus der Konferenz lagen die Themen „Re-Use“, „Kreislaufwirtschaft“ und die „erweiterte Produzentenverantwortung (EPR)“.

Die modernen abfallwirtschaftlichen Anlagen der MA 48 – Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark sind seit vielen Jahren ein beliebtes Ziel für nationale und internationale Delegationen. Bei den Vorträgen und Anlagenbesichtigungen findet ein reger Informationsaustausch über Abfallsammlung, -verwertung und -entsorgung sowie Straßenreinigung statt. Rund 440 TeilnehmerInnen aus 14 EU Mitgliedstaaten sowie aus einem Kandidatenland wurden im Vorjahr in Wien begrüßt. Andererseits ist die europaweite Vernetzung im Rahmen internationaler Verbände und bei diversen Kongressen und Konferenzen essentiell für den Wissensaustausch und die Weiterentwicklung in der Abfallwirtschaft.

## Ganz Europa bei der MA 48

Der Kontakt der MA 48 mit den Stadtreinigungsbetrieben der wichtigsten Großstädte im deutschsprachigen Raum hat langjährige Tradition. Im Frühjahr 2015 war Wien Gastgeberin eines Treffens der GeschäftsführerInnen der kommunalen Reinigungs- und Entsorgungsbetriebe aus 13 europäischen Großstädten. Diskutiert wurden dabei u.a. die Themen Nachhaltigkeit der kommunalen Abfallwirtschaft und Herausforderungen der Abfallsammlung in dichtverbauten Gebieten. Durch die Zusammenarbeit der Städte wird auch die Grundlagenforschung unterstützt. So läuft derzeit z.B. eine gemeinsam initiierte Studie mit der Humboldt Universität zu



© MA48 · Alexandra Kromus

Berlin über die Entwicklung der Wahrnehmung von Sauberkeit in Städten.

## Die MA 48 in Brüssel

In der Europäischen Union liefern die Beschlüsse des Europäischen Parlaments und der Räte die Grundlage für viele nationale Vorschriften. Für die Abfallwirtschaft ist dazu aktuell besonders das sogenannte

Kreislaufwirtschaftspaket von Relevanz. Abfallwirtschaftliche Vorgaben (z.B. Sammelquoten) könnten dadurch künftig geändert werden. Daher wird das Thema auch von der MA 48 verfolgt und die vorbildlichen Lösungen der Umweltmusterstadt Wien in den Diskussionsprozess eingebracht. Eine Vertreterin der MA 48 nahm dazu

auch an der Stakeholder-Konferenz der Europäischen Kommission in Brüssel teil.

Die MA 48 vertritt aber auch bei der Organisation Municipal Waste Europe (MWE) mit Sitz in Brüssel zusammen mit der ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände die Interessen der österreichischen kommunalen Abfallwirtschaft. Diese Organisation gilt offiziell als eine registrierte NGO und darf eine Vertretung zu den Gremien der Europäischen Union entsenden. In dieser Funktion nimmt die MA 48 an den Fachberatungen zur Erstellung von Merkblättern über die am besten verfügbaren Techniken für die sogenannten Integrated Pollution Prevention and Control IPPC-Anlagen (Anlagen, die bestimmte Schadstoffe emittieren) teil.



© MA48 · Alexandra Kromus

# Europäische Kooperation hilft beim Umgang mit dem Klimawandel.

Geschäftsgruppe  
Umwelt

## Interdisziplinärer Zusammenarbeit im Rahmen mehrerer Forschungsprojekte.

Die Wärmeinsel ist ein typisches Phänomen des Stadtklimas: durch die starke Aufwärmung tagsüber und die eingeschränkte Abkühlung nachts werden die Städte im Vergleich zum Umland deutlich wärmer. Angesichts des Klimawandels werden sogenannte urban heat islands (UHI) in den nächsten Jahren von immer größerer Bedeutung sein. Hinzu kommt, dass sich das Phänomen proportional zur Größe und Bevölkerungsdichte der jeweiligen Stadt steigert, womit es angesichts des Wachstums urbaner Gebiete noch mehr an Aktualität gewinnt. Im Rahmen einer durch das Central Europe Programm kofinanzierten Kooperation wurden seit 2011 Vermeidungs-, Risikovorsorge- und Anpassungsstrategien in acht europäischen Pilotstädten erarbeitet. In Wien entstand auf dieser Basis der Urban Heat Islands-Strategieplan Wien.

Der Urban Heat Islands Strategieplan Wien (UHI-STRAT Vienna), ein umfangreiches Werk für die optimale Umsetzung von Hitzeanpassungsmaßnahmen in Wien, ist das Ergebnis interdisziplinärer Zusammenarbeit im Rahmen mehrerer Forschungsprojekte. Er wurde federführend von der Wiener Umweltschutzabteilung (MA 22) unter Einbezug eines Fachkonsortiums der Universität für Bodenkultur erarbeitet und im Herbst 2015 fertiggestellt. Der Strategieplan enthält insgesamt 90 konkrete strategische und technische Maßnahmen, deren Wirksamkeit nach den Kriterien mikro-/mesoklimatische Auswirkung, Stadtökologie, Lebensqualität, Volkswirtschaft und Umweltökonomie bewertet sind.

Der Strategieplan zeigt auch auf, über welche wichtigen Steuerungsebenen der Stadt (z.B. STEP 2025, das Klimaschutzprogramm, die Fachkonzepte Grün- & Freiraum, öffentlicher Raum, Mobilität und mehrere Leitbilder der Stadtentwicklung) die Maßnahmen optimal umgesetzt werden können.

Das Fachwissen über die Hitzeanpassung in der Stadt wurde im Rahmen mehrerer wissenschaftlicher Kooperationen zusammengetragen und mit Universitäten, ProjektpartnerInnen im In- und Ausland sowie Verwaltungen anderer Städten ausgetauscht. Beispielsweise nahm die MA 22 als verantwortliche Projektpartnerin am Programm „POPSU – Villes et changement climatique – îlots de chaleur urbains“ teil, welches vom französischen Umweltminis-

terium initiiert wurde. Ein Ergebnis des Projektes ist ein

Fachbuch, welches unter dem gleichnamigen Titel entstanden ist und in einem Kapitel über das strategische Programm von Wien berichtet ([www.urbanisme-puca.gouv.fr/parution-de-l-ouvrage-villes-et-changement-a709.html](http://www.urbanisme-puca.gouv.fr/parution-de-l-ouvrage-villes-et-changement-a709.html)).



© MA22

Mit dem UHI Strategieplan Wien ist ein neues, umfangreiches Aufgabenfeld mit hoher Bedeutung für die Stadtentwicklung und -erweiterung entstanden. Der Strategieplan hat auch eine große Bedeutung für die Klimaresilienz der Stadt über dieses Jahrhundert hinaus und wird auch eine wichtige Rolle bei der Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung spielen.

### Kontakt und wichtige Links:

MA 22 – Wiener Umweltschutzabteilung

[www.umweltschutz.wien.at](http://www.umweltschutz.wien.at)

[www.wien.gv.at/umweltschutz/raum/uhi-strategieplan.html](http://www.wien.gv.at/umweltschutz/raum/uhi-strategieplan.html)

[www.eu-uhi.eu/](http://www.eu-uhi.eu/)



bioforschung  
austria

Im Jahr 2015 konnte die MA 49 – Forstamt und Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Wien gemeinsam mit der BIO FORSCHUNG AUSTRIA die Ergebnisse des im Rahmen des Programms zur grenzüberschreitenden Kooperation Österreich-Ungarn geförderten Projekts „Naturkulinarium“ präsentieren: Mit dem Ziel, neue Erlebnisangebote rund um Natur und Kulinarik zu schaffen, wurden ein Garten der Vielfalt mit über 200 verschiedenen Gemüsearten und -sorten, ein Wurzelschaugarten, ein Totholzgarten und ein Besucherzentrum eröffnet, die unterschiedlichste Möglichkeiten der Wissensvermittlung und Naturerfahrung bieten.

Natur  
Kulinarium

[www.natur-kulinarium.eu](http://www.natur-kulinarium.eu)

## PISSALADIÈRE aus FRANKREICH

*Oft wird sie als Zwiebelkuchen bezeichnet, doch das wird Nizzas Antwort auf die Pizza nicht gerecht. Wie oft im Süden Frankreichs ist es eine einfache Speise, zubereitet mit dem, was im Sommer im Garten überbleibt: Zwiebeln. Doch die Kombination der Zutaten ist unvergleichbar und lässt den Esser im Geist die Straßen der südfranzösischen Städtchen durchwandern.*

Aus 300 gr Mehl, ½ EL Salz, 30 ml Olivenöl und einem halben in 120 ml Wasser aufgelöstem Würfel Germ einen Brotteig herstellen, zu einem geschmeidigen Teig kneten und 20 min abgedeckt ruhen lassen. In der Zwischenzeit 800 gr Zwiebel in Ringe schneiden und in 2 EL Olivenöl glasig goldgelb braten. Gegen Ende der Bratzeit 2 kleingeschnittene Knoblauchzehen und 1 klein geschnittenen roten Paprika, Salz, Pfeffer und 1 TL Thymian untermischen. Den Teig dünn ausrollen, auf ein Backblech legen und mehrmals mit einer Gabel einstechen. Die Zwiebelmischung auf dem Teig verteilen und mit 60 gr gut abgewaschenen Sardellenfilets und rund 25 schwarzen Oliven belegen. Bei 220° rund 25 min backen.

Die Pissaladière kann auch kalt zum Aperitif serviert werden.





# Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung

**MA 25** Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser

**MA 34** Bau- und Gebäudemanagement

**MA 37** Baupolizei

**MA 39** Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten

**MA 50** Wohnbauförderung und Schlichtungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten

**MA 64** Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten

**MA 69** Liegenschaftsmanagement

Es berichtet auch:

Wohnfonds Wien – Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung

# Networking auf allen Ebenen.

Wien ist internationales Vorbild in Sachen „Wohnbau“.

## Kontakt und wichtiger Link:

[www.wohnen.wien.at](http://www.wohnen.wien.at)



Die **MA 50-Wohnbauforschung** begrüßte 2015 zwölf Gruppen aus neun Ländern zu Fachgesprächen und Exkursionen. Speziell dafür wurden Präsentationsmaterialien in deutscher und englischer Sprache entwickelt.

Dementsprechend groß ist das Interesse, sich mit Verantwortlichen und Stellen der österreichischen Bundeshauptstadt auszutauschen bzw. Netzwerke für zukünftige Kooperationen zu knüpfen. 2015 kamen zahlreiche Delegationen und JournalistInnen – auch aus Übersee – nach Wien, um sich über das hiesige Modell zu informieren. Beinahe wöchentlich wurden Delegationen aus dem Ausland begrüßt und/oder zu Exkursionen, z.B. in Stadtentwicklungsgebiete wie die Seestadt Aspern, begleitet. Der zuständige Stadtrat Dr. Michael Ludwig kam aber auch gerne Einladungen aus dem Ausland nach, Vorträge über das Wiener Wohnmodell zu halten.

Die MA 50-Wohnbauforschung führt außerdem den Vorsitz der **EUROCITIES Working Group „Housing“** – einer Plattform für Wissensaustausch und Ideenfindung sowie gleichzeitigem Lobbying-Instrument gegenüber europäischen Institutionen.

Inhaltlich wurden 2015 primär Fragen erörtert, welche Instrumente und Strategien Städten zur Verfügung stehen, um dem wachsenden Wohnungsbedarf gerecht zu werden. Mit viel Engagement wurde z.B. die Forderung für eine „golden investment rule“

diskutiert. Sie sieht vor, dass staatliche Nettoinvestitionen – z.B. in den Wohnbau – bis zu einem gewissen Grad aus der Berechnung der Staatsverschuldung ausgenommen werden sollten. Das Ziel dabei ist, Investitionen anzukurbeln, ohne die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu verletzen.

Gemeinsam mit der **EUROCITIES Working Group „Public Services“** wurde außerdem ein neues „Policy Statement“ erarbeitet. Der Hintergrund dafür ist, dass die Einschränkung, geförderten Wohnbau ausschließlich benachteiligten BürgerInnen oder sozial schwächeren

Bevölkerungsgruppen zur Verfügung zu stellen, zurückgenommen werden sollte. Damit wurde eine weitere fundierte Grundlage für Lobbying-Arbeit im Rahmen der „Resolution für den sozialen Wohnbau in Europa“ erarbeitet. Sie war bereits 2013 von Bürgermeister Dr. Michael Häupl gestartet und von 30 großen Städten unterzeichnet worden.

Außerdem vertritt die MA 50 – Wohnbauforschung Österreich bei der **United Nations Economic Commission for Europe (UNECE)** in Genf im **„Committee for Housing and Landmanagement“**. 2015 stand hier im Zeichen der „Geneva UN Charter on Sustainable Housing“, einer gemeinsamen Grundlage für die Länder der ECE-Region (USA, Kanada, Europa und Nachfolgestaaten der Sowjetunion), die die Entwicklung eines sozial nachhaltigen Wohnbaus fördern soll. Sie wurde am 8. Oktober von den Delegierten angenommen. Ihre Implementierung in den Mitgliedsländern wird eine wesentliche Aufgabe der kommenden Jahre sein. Wien richtet im 2. Halbjahr 2017 einen Workshop zu diesem Thema aus.

Networking erfolgte aber auch im Zuge der Vorbereitung und inhaltlichen Abstimmung von Positionen für die **HABITAT III Konferenz in Quito** (Ecuador) im Oktober 2017. Dessen Outcome-Dokument „New Urban Agenda“ wird das bisher gültige Dokument der HABITAT II Konferenz 1996 in Istanbul ablösen und soll die zukünftige nachhaltige Entwicklung der Städte sicherstellen.



Angesichts explodierender Wohnkosten in Europa ruft der Wiener Weg mit kostengünstigen leistbaren Wohnungen international Medieninteresse hervor. Der Bayerische Rundfunk beispielsweise begleitete Dr. Michael Ludwig in die Seestadt Aspern. / © PID · C. Jobst

# Gemeinsamer Kampf für den sozialen Wohnbau in Europa.

Geschäftsgruppe Wohnen,  
Wohnbau und Stadterneuerung

## Internationale Freihandelsabkommen bedrohen Zukunft.

Wie wichtig die Absicherung des sozialen Wohnbaus auf europäischer Ebene ist, wird besonders im Zuge der Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen mit der USA und Kanada (TTIP und CETA) ersichtlich. Im Jahr 2015 wurde daher – auch mit Wiener Mitwirkung – eine Städtepartnerschaft vorbereitet, die als Bündnis europäischer Städte für die auf dem Spiel stehende Zukunft des Wohnbereichs arbeitet.

Die Gefahr im Rahmen der derzeit verhandelten Freihandelsabkommen besteht darin, dass womöglich internationale Konzerne die Kontrolle über die Wohnversorgung übernehmen könnten, womit Wohnen tatsächlich zum Luxus werden könnte. Das ist aus Sicht der Stadt Wien inakzeptabel und dementsprechend intensiv sind auch die Anstrengungen gegen diese Bedrohung. Der soziale Wohnbau ist quer durch Europa

Europäischen Investitionsbank sind der Internationale Mieterbund, Housing Europe (der Europäische Verband der öffentlichen, genossenschaftlichen und sozialen Wohnungswirtschaft) sowie weitere Städte und Städtenetzwerke Mitglieder.

Eine erste Arbeitssitzung fand am 16. Dezember 2015 in Genf statt. Dabei wurden Themenstellungen aus Sicht aller Partner

### Internationale Delegationen

2014 konnte das Referat „Wohnbauforschung internationale Beziehungen“ Delegationen aus zahlreichen EU-Ländern und Städten, wie z.B. aus unterschiedlichen Städten Deutschlands, Riga, Prag, Helsinki, Göteborg, Mailand und Warschau, zu Fachgesprächen sowie zu Exkursionen in Sachen Wohnbau und Stadterneuerung begrüßen.

Auch die Wohnhausverwaltung Wiener Wohnen war das Ziel mehrerer internationaler Delegationen, um Gedanken zum Thema kommunaler Wohnbau auszutauschen.

Mit Vorträgen in Zürich und Prag wurde das Wissen zum Wiener Wohnbau in internationalen Konferenzen eingebracht.



Barbara Hendricks, deutsche Ministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit besuchte Wien gemeinsam mit Staatssekretär Florian Pronold und einer Delegation im Juni. / © PID · C. Jobst

vielfältig und historisch gewachsen. Das gilt es zu erhalten, abzusichern und noch auszubauen. Gemeinsam!

In der EU-Städtepartnerschaft „Wohnen“ ist Wien durch Susanne Bauer (MA 50-Wohnbauforschung) sowie durch die Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt zur EU, Michaela Kauer, vertreten. Neben der Europäischen Kommission und der

und die weitere Arbeitsweise vereinbart. Bereits am 13. November 2015 traf man sich im Brüsseler Wien-Haus zum Workshop „Future challenges of social housing in Europe“. 35 hochkarätige ExpertInnen aus dem öffentlichen, sozialen und privaten Wohnbausektor sowie Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission, des Europäischen Rats und von Institutionen des Finanzbereichs nahmen an dem Treffen teil.



Großes Interesse am Wiener Wohnbau herrschte im April 2015 beim Stadtforum Berlin. © Stadtforum · Till Budde

# Wien, ein smartes Vorbild.

Alle Akteure des Wiener Wohnens stehen im ständigen internationalen Austausch.

## Kontakt und wichtiger Link:

[www.wien.gv.at/bauen-wohnen/smartprojekt-simmering.html](http://www.wien.gv.at/bauen-wohnen/smartprojekt-simmering.html)

[www.wohnfonds.wien.at](http://www.wohnfonds.wien.at)

[www.gbster.at](http://www.gbster.at)

[www.wienerwohnen.at](http://www.wienerwohnen.at)

<http://www.wohnpartner-wien.at>



© GSD Gesellschaft für Dorf- und Stadterneuerung

Die Präsentation des Wiener Wohnbaus auf internationaler Ebene, die Mitarbeit in europäischen Projekten und der fachliche Austausch im Rahmen von Besuchsdelegationen aus der ganzen Welt zeigen, wie sehr Wiener Modelle und Know How geschätzt sind. Gleichzeitig bilden sie eine wertvolle Basis für die gemeinsame Arbeit zur Aufrechterhaltung des sozialen Wohnbaus in Wien.

„**Smarter Together**“ ist ein internationales Smart City-Kooperationsprojekt mit München, Lyon, Santiago de Compostela, Venedig und Sofia sowie Partnern aus Wirtschaft und Forschung ebenso wie mit weiteren internationalen Städtenetzwerken. Unter der Federführung der MA 25 – Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser und der MA 50 – Wohnbauforschung wurde 2015 im Rahmen des EU-Forschungsförderungsprogramms Horizon 2020 (genauer gesagt der Ausschreibung „Smart Cities and Communities“) ein Projektantrag erfolgreich eingereicht. Das Fördervolumen beträgt ca. 27 Mio. EUR, davon sind ca. 7 Mio. EUR für ein smartes Konzept vorgesehen, das im Wiener Bezirk Simmering umgesetzt werden wird. Projektbeginn ist der 1. Februar 2016, 2020 soll das Projekt abgeschlossen werden.

Im Zusammenhang mit diesem Projektantrag gab es auch **Präsentationen** der Wiener Politikansätze in München, Lyon und bei der „Smart City Expo“ in Barcelona. Weitere Vorstellungen des Wiener Wohnbaus auf internationaler Ebene erfolgten bei der Fachtagung des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen in Frankfurt/Main, beim Seminar „Zugängliches Wohnen als ein Element der Stadtentwicklungspolitik – Innovationen in urban governance“ in Wrocław / Polen und beim 8. Wohnungspolitischen Kolloquium in Dortmund. Vertreten war die MA 50 - Wohnbauforschung auch beim 3rd Europe Housing Forum in Berlin vom 18. bis 20. November 2015.

Der **wohnfonds\_wien** begrüßte 2015 nicht nur Delegationen aus Buenos Aires, Berlin, Sabac (Serbien), Hamburg, Heilbronn, Aschaffenburg, Würzburg, Schweinfurt, Hannover, Singapur und Antwerpen sondern trug Wiener Wissen auch hinaus: mit der Teilnahme an der 19. Internationalen Passivhaustagung in Leipzig und dem Vortrag „Das Wiener Modell – heute“ bei der Veranstaltung „Wohnungspolitik und Entwicklung der Wohnungswirtschaft als direkter Einfluss auf den Wohnungsbau“ in Düsseldorf wurde einmal mehr Wiener Wohnwissen mit Kollegen auf europäischer Ebene geteilt.

Auch die von der MA 25 – Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser beauftragten **Gebietsbetreuungen Stadterneuerung (GB\*)** werden gerne für den Erfahrungsaustausch kontaktiert. Besonderes Interesse ruft der Wiener Weg der sanften Stadterneuerung hervor: So wurde 2015 die GB\*7/8/16 unter anderem von Delegationen aus Oslo und



© Wiener Wohnen

Kopenhagen aufgesucht, um sich über Aufwertungsprozesse zu informieren. Von Studierenden der Universitäten Bochum und Stuttgart über Künstler und Filmemacher aus Belgrad bis zu Klimaschutz-ExpertInnen aus Tschechien ging das Spektrum der sonstigen Interessenten.

Im Wiener Gemeindebau war auch schon fast die ganze Welt zu Gast: Die Gemeindebauten sind längst eine touristische Sehenswürdigkeit und ein Vorbild für die internationale Stadtplanung. **Wiener Wohnen** begrüßte u.a. Delegationen der Schwedischen Hyresgästforeningen (Mietervereinigung) oder des Wirtschaftsministeriums. Präsentationen des Unternehmens und des Wiener Gemeindebaus gingen oft mit Führungen durch den Karl-Marx-Hof und durch das Museum „Waschsalon“ einher. Auch Prager ExpertInnen der Strategischen Planungsabteilung sowie der Technischen Universität zeigten sich sehr interessiert an Wiener Know How in Sachen Wohnbau. Umgekehrt war Wiener Wohnen im September 2015 zu Gast bei degewo, mit 75.000 Wohnungen das führende Wohnungsunternehmen Berlins. Im April gab es einen Erfahrungsaustausch mit Paris Habitat, der größten sozialen Wohnbaugesellschaft von Frankreichs Hauptstadt.

Der geförderte Wiener Neubau genauso wie die Organisation der Wohnungsvergabe wurden 2015 vom **Wohnservice Wien** mehrfach internationalen Gästen präsentiert. Das Wiener Nachbarschaftsservice **wohnpartner** wiederum wurde zur internationalen Tagung „Bürgergesellschaft zwischen Professionalisierung und Freiwilligenarbeit“ an der Otto von Guericke Universität in Magdeburg eingeladen und unterstützt die Aktivitäten des Council of International Fellowship Austria durch Hospitationen. Das Studienprogramm hat zum Ziel, den Austausch in der sozialen Arbeit zu fördern und ein größeres Verständnis zwischen Kulturen zu ermöglichen.



Die Jury für den 2. Wiener Wohnbaupreis wurde bewusst international besetzt. / © PID - C. Jobst



Der Vorstand der Schwedischen Mietervereinigung zu Besuch bei wohnpartner. / © wohnpartner

## BIGOS aus POLEN

*Der Krauteintopf gilt als polnisches Nationalgericht und wurde bereits im 15. Jahrhundert erstmals erwähnt. Im Laufe der Jahrhunderte entwickelten sich viele regionale Varianten und aus der früher eher wegen ihrer langen Haltbarkeit zubereiteten Speise ist heute ein Luxusessen geworden, das zu besonderen Anlässen zubereitet wird.*

600 gr geschnittenes Weißkraut und 600 gr gut gespültes Sauerkraut werden mit Räucherspeck rund 40 min im geschlossenen Topf gegart. In der Zwischenzeit rund 1 kg gemischte Fleisch- und Wurstsorten in kleine Würfel schneiden und in wenig Fett anbraten. Mit Thymian, Majoran, Paprika, 4 Pimentkörnern, 3 Lorbeerblättern, Salz und Pfeffer würzen und mit Gemüsesuppe aufgießen. 30 min köcheln lassen. Danach 250 gr passierte Tomaten hinzufügen und aufkochen lassen. In der Zwischenzeit 100 gr getrocknete Steinpilze in Wasser einweichen und 10 min aufkochen. Danach mit 1 zerkleinerten Zwiebel, 1 gewürfelten Apfel und 100 gr geschnittenen Champignons zum Kraut geben und mitgaren. Nun alles vermischen, mit ½ Glas Rotwein und einer Prise Zucker abschmecken und nochmals aufkochen lassen.

Mit Brot oder Erdäpfel servieren.





# Stadtrechnungshof Wien



# Bewährte Kooperationen werden fortgesetzt ...

... neue Kontakte hergestellt.



**EURORAI** ist die Europäische Organisation der Regionalen Externen Institutionen zur Kontrolle des Öffentlichen Finanzwesens.

Der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit Kontrolleinrichtungen auf internationaler Ebene werden vom Stadtrechnungshof Wien schon seit vielen Jahren gepflegt. Sie wurden im Jahr 2015 in gewohnter Weise fortgesetzt und ausgeweitet. Einen Erstbesuch stellte der Empfang einer Delegation des Rechnungshofes der Freien und Hansestadt Hamburg beim Stadtrechnungshof Wien dar. Neben Gastvorträgen in Leipzig und Paris besuchten Vertreter der Wiener Kontrolleinrichtung ein EURORAI-Seminar in St. Petersburg sowie die EURORAI-Tagung in Dresden. Darüber hinaus veranstaltete der Wiener Stadtrechnungshof zum dritten Mal das internationale Arbeitstreffen von Kontrolleinrichtungen in Wien. Zum ersten Mal konnte eine Abordnung des Stadtrechnungshofes Wien im Rahmen des Deutschen Städtetages am jährlichen Treffen des Arbeitskreises der Leiterinnen bzw. Leiter der Rechnungsprüfungsämter und Revisionen der größten deutschen Städte und Landeshauptstädte in Dresden teilnehmen.

## Delegation des Rechnungshofes der Freien und Hansestadt Hamburg im Stadtrechnungshof Wien

Im April 2015 empfing der Stadtrechnungshof Wien eine Abordnung der Hamburger

Kontrolleinrichtung unter der Leitung von Präsident Dr. Stefan Schulz zum Wissens- und Erfahrungsaustausch. Die Arbeitsgespräche dieses Gegenbesuches umfassten u.a. die Themenbereiche „Beteiligungsmanagement“, „Prüfung von Jahres- bzw. Rechnungsabschluss“ und „Prüfung von Förderung und Subventionen“. Beide Seiten betonten

abschließend, dass bei grundsätzlich ähnlicher Aufgabenstellung die Prüfprozesse zum Teil sehr unterschiedlich strukturiert sind und schon daraus ein Ideenpool für die jeweils eigenen Arbeitsbereiche abgeleitet werden konnte.

## Internationales Arbeitstreffen von Kontrolleinrichtungen in Wien

Ende April 2015 empfing der Stadtrechnungshof zum dritten Mal ausländische



Internationales Treffen im Rathaus Wien / © PID

Kontrolleinrichtungen zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch. Im Wappensaal des Wiener Rathauses wurde mit VertreterInnen der Kontrollämter Bratislava, der Internen Revision der Stadtgemeinde Ljubljana sowie der Kontrolleinrichtung der Stadt Paris (Inspection Générale de Paris) eine Fachtagung zu den Themen „Interne Revision im Magistrat der Stadt Wien“, und „Die Stellung der Inspection Générale de Paris“ abgehalten. Bei diesem Treffen konnten vor allem mit der neuen Direktorin der Inspection Générale de Paris, Frau Héléne Mathieu, und mit dem Oberkontrolleur vom Land Bratislava, Herrn Dipl.-Ing. Štefan Marušak bilaterale Kontakte geknüpft werden.



Besuch aus Hamburg in Wien / © Stadtrechnungshof Wien

### EURORAI-Seminar Auftragsvergabe im Juni 2015

Vertreter des Stadtrechnungshofes Wien nahmen im Juni 2015 am Seminar der EURORAI in St. Petersburg zum Thema „Prüfung der öffentlichen Auftragsvergabe auf regionaler und kommunaler Ebene“ teil. Die zehn Referate befassten sich mit den Herangehensweisen und praktischen Erfahrungen in den Mitgliedsländern sowie mit der Vergabe und Durchführung von Public-Private-Partnership-Projekten. Die EURORAI (Europäische Organisation der Regionalen Externen Institutionen zur Kontrolle des Öffentlichen Finanzwesens) ist ein Kooperationsprojekt von regionalen Einrichtungen der öffentlichen Finanzkontrolle in Europa.

### Arbeitsbesuch beim Deutschen Städtetag im September 2015 in Dresden

Eine Abordnung des Stadtrechnungshofes Wien nahm auf Einladung im Rahmen des Deutschen Städtetages erstmalig am regelmäßigen Treffen des Arbeitskreises der Leiterinnen bzw. Leiter der Rechnungsprüfungsämter und Revisionen der größten deutschen Städte und Landeshauptstädte teil. Stadtrechnungshofdirektor Dr. Pollak, MBA präsentierte bei dieser Gelegenheit im Rahmen eines Kurzreferates den Stadtrechnungshof Wien. Die Tagungsthemen der Veranstaltung waren u.a. die „Ausgestaltung der Vergütung von TOP-Managern öffentlicher Unternehmen“, die „Vereinfachung von Vergaberegelungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung“, die „Erstellung und Prüfung des kommunalen Gesamtabschlusses“, sowie die „Schadenersatzforderungen an kommunale Rechnungsprüfungsämter“.

### Gastvortrag in Leipzig im Oktober 2015

Im Rahmen des Mastermoduls Public Management und Public Governance hielt Herr Stadtrechnungshofdirektor Dr. Pollak,

MBA auf Einladung der Universität Leipzig einen Vortrag über „Gebarungskontrolle und staatliche Finanzkontrolle – Wesen und Wirkung“ Dabei ging er auch auf die Themen „Relevanz und Prüfungsansätze der öffentlichen Finanz- bzw. Gebarungskontrolle“ sowie auf die „Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen“ ein.

### EURORAI-Jahrestagung in Dresden im Oktober 2015

Vertreter des Stadtrechnungshofes nahmen erstmals an der EURORAI-Jahrestagung teil, die vom 22. bis 24. Oktober 2015 in Dresden ausgerichtet wurde. Die Veranstaltung, an der knapp 100 internationale Mitarbeitende von regionalen Rechnungskontrollbehörden teilnahmen, stand unter dem Motto „Prüfungen im Bereich der Kultur – Erfahrungsaustausch zu Prüfungsergebnissen und Herangehensweise, insbesondere im Spannungsfeld der Förderung der Hochkultur“. Stadtrechnungshofdirektor Dr. Pollak präsentierte dabei den Stadtrechnungshof Wien als neues EURORAI-Mitglied, Gruppenleiter Mag. Jordan referierte zum Thema „Prüfung von Kulturförderungen der Stadt Wien“.

### Europäische Konferenz der Kontrolleinrichtung der Stadt Paris

Im Vorfeld der Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris veranstaltete die Pariser Kontrolleinrichtung am 5. und 6. November 2015 eine Konferenz, um Erfahrungen der Prüfeinrichtungen zu diesem Thema zu erarbeiten. Herr Stadtrechnungshofdirektor Dr. Pollak, MBA referierte in diesem Zusammenhang zum Thema „Risikomanagement“, und verwies in seinen Ausführungen auf ein innerhalb der Stadt Wien vereinbartes Verwaltungsziel, wonach in allen Dienststellen der Wiener Stadtverwaltung bis Dezember 2017 ein Risikomanagement einzurichten ist.

### Arbeitsbesuch bei der Kontrolleinrichtung der Stadt Paris

Vom 18. bis 20. August 2015 besuchte Herr Stadtrechnungshofdirektor Dr. Pollak, MBA die Pariser Kontrolleinrichtung. Bei diesem Treffen standen insbesondere die Themenkomplexe betreffend die internen Revisionen der Gebietskörperschaften, die internationalen Aktivitäten der Kontrolleinrichtungen, die beiderseitige Abstimmung der Arbeitsprogramme zwischen den Kontrolleinrichtungen Paris und Wien sowie die „Disziplinären Nachforschungen der Generalinspektion“ im Vordergrund.



Europäische Konferenz der Inspection Générale de Paris / © Kontrolleinrichtung der Stadt Paris

# DOSSIER: Städteagenda der EU – Urban Agenda

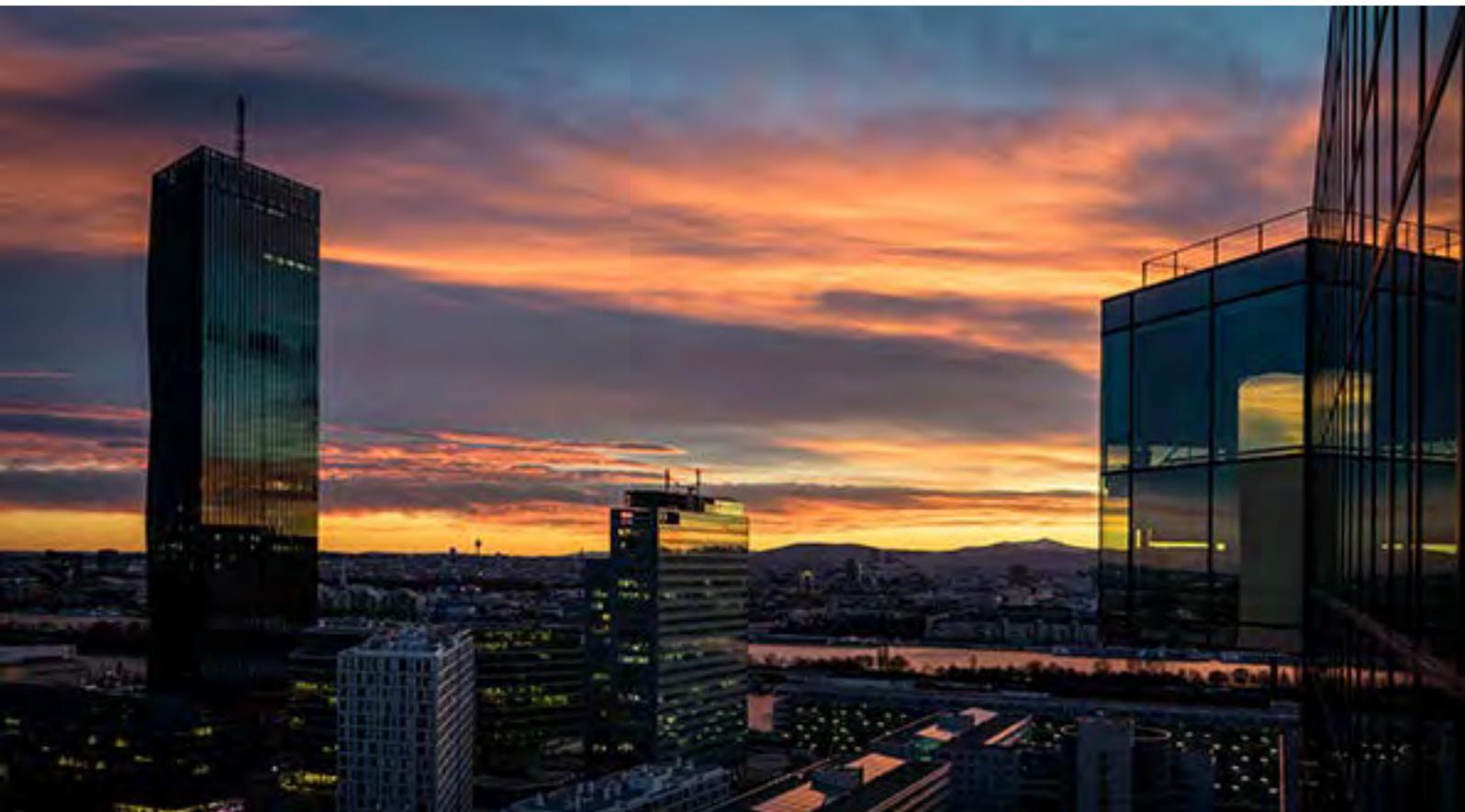
# Bevor Sie weiterlesen ...

Im Vorjahr hat sich der Europabericht der Stadt Wien dem Schwerpunktthema „Städtisches Europa“ gewidmet. Die Urban Agenda der Europäischen Union hatte zu diesem Zeitpunkt schon Gestalt angenommen. Wiens Beitrag – sei es im Rahmen von Städtenetzwerken, sei es beim Lobbying aktueller urbaner Themen wie Wohnen – war schon klar erkennbar. In den darauf folgenden Monaten wurden auf allen Ebenen weitere Schritte unternommen, um die Anliegen der Städte im Rahmen der EU-

Politik sichtbarer zu machen. In Wien fand auf Einladung des Wiener Bürgermeisters im April ein Treffen der AmtskollegInnen aus den europäischen Hauptstädten statt. Eine gemeinsame Erklärung zur Bedeutung der städtischen Dimension in Europa und zu mehr Mitsprache wurde dabei verabschiedet. Die Europäische Kommission eröffnete im Rahmen einer öffentlichen Konsultation die Diskussion ihrer Mitteilung zur Städteagenda durch alle Beteiligten. Die niederländische Ratspräsidentschaft setzte im ersten

Halbjahr 2016 alle Vorbereitungsschritte zur erfolgreichen Annahme des sogenannten „Pakts von Amsterdam“, der die wichtigsten Grundsätze der europäischen Urban Agenda für die Zukunft festlegt.

Diese Entwicklungen und der aktuelle Status Quo der europäischen Städteagenda sind Thema der folgenden Seiten. Wie immer wünscht die MA 27 eine interessante und aufschlussreiche Lektüre!



# Die innovative Kraft der Städte als Chance für ein neues Europa.

Wien ist bereits seit 1995 Mitglied von EUROCITIES, dem umfassenden Netzwerk europäischer Großstädte. Die rund 140 Mitgliedsstädte und 40 Partnerstädte repräsentieren 130 Millionen Menschen.

Ein aktueller Folder fasst die Bedeutung der Städte für die weitere positive Entwicklung der Europäischen Union zusammen und fordert die Einbindung der städtischen Anliegen in die Entscheidungen der EU. Die MA 27 – Europäische Angelegenheiten vertritt Wien als Vorsitzende der Arbeitsgruppe zur Urban Agenda und hat diese Publikation erarbeitet.

*„Europa kann nur mit den Städten gemeinsam weiterentwickelt werden, denn in den Städten entscheidet sich die Zukunft unseres Kontinents.“*

Michael Häupl, Wiener Bürgermeister und Präsident des Österreichischen Städtebundes

*„Europapolitik ist auch Innenpolitik: Entscheidungen auf europäischer Ebene wirken sich auf die Leistungen der Städte aus. Wir brauchen daher die rechtlichen und finanziellen Spielräume, die uns Investitionen in die Zukunft unserer Bevölkerung ermöglichen.“*

Renate Brauner, Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft und Internationales

139 Städte mit über 250.000 EinwohnerInnen und 40 Partnerstädte repräsentiert das Städtenetzwerk EUROCITIES heute. Die Stimme dieser mehr als 130 Millionen BürgerInnen kann von den EU-Institutionen nicht überhört werden. Insgesamt leben und arbeiten rund drei Viertel der EU-BürgerInnen in Städten – und die großen Städte Europas wachsen. Die Vielfalt und der Reichtum der EU beruhen auf den Leistungen der Menschen in den Städten. Es muss daher eine Selbstverständlichkeit sein, die Anliegen der Städte in politische Entscheidungen der EU einzubinden. Wien ist in Zukunftsfragen wie Standortsicherung, Daseinsvorsorge oder Integration auf einem beispielhaften Weg. Das ist einer der Gründe, warum unsere Stadt bei internationalen Rankings zur Lebensqualität wiederholt auf Platz 1 landete. Wir treten daher mit unseren Partnern in EUROCITIES für eine starke Position der Städte auf EU-Ebene ein.

## Städte sind Schlüssel zur Zukunft Europas

Städte stehen vor großen Herausforderungen: Fragen der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Stabilität, Energie-, Mobilitäts- und Umweltprobleme sind nicht allein auf nationaler Ebene zu lösen. Die Kompetenz und Erfahrung der Städte müssen daher bei EU-weiten Entscheidungen eingebunden werden. Mit den derzeit 34 Wiener ExpertInnen, die für EUROCITIES aktiv sind, nehmen wir in 32 EUROCITIES-Foren bzw. Arbeitsgruppen an diesen Prozessen teil und tauschen uns zu vielen Fragen aus.

## Urban Agenda der EU

Damit Europa vor Ort bei den Menschen ankommt, muss bereits bei der Politikdefinition der EU das städtische Element mitgedacht werden. Der im Mai 2016 beschlossene „Pakt von Amsterdam“ hat die EU-Städteagenda ins Leben gerufen. In zwölf Städtepartnerschaften werden Mitgliedsstädte von EUROCITIES dazu beitragen, dass die Anliegen der Städte von den EU-Institutionen besser gehört werden.

## Soziales und leistbares Wohnen

Wien hat eine Kernkompetenz im Bereich des sozialen Wohnbaus, die europaweit anerkannt ist. Dieses Wissen bringen wir nun in der neuen EU-Städtepartnerschaft zum Thema „Leistbares Wohnen“ ein. Dabei geht es uns darum, aufzuzeigen, dass ein hohes Angebot an sozialen und leistbaren Wohnungen nicht nur die Bildung von Ghettos verhindert, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und die Wirtschaft fördert. Denn: Wer die Hälfte des Einkommens für das Wohnen aufwendet, kann sonst nichts mehr investieren.

## Daseinsvorsorge – sicher und verlässlich

Wasserversorgung, Müll- und Abwasserentsorgung ebenso wie Energieversorgung und öffentlicher Verkehr werden in Wien als kommunale Dienstleistungen erbracht. In einigen Städten Europas hatte die Privatisierung dieser Bereiche negative Auswirkungen für die Bevölkerung. Eine gut funktionierende Daseinsvorsorge ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für die Lebensqualität aller Menschen in einer Stadt. Die Wiener

Expertise bringen wir in der EUROCITIES Arbeitsgruppe Öffentliche Dienstleistungen ein. Wien tritt dafür ein, dass jede Stadtverwaltung auch in Zukunft selbst entscheiden kann, wie sie ihre Dienstleistungen von allgemeinem Interesse organisiert.

und Wohnungs- und eine zukunftssichere Wirtschaftspolitik. Jene, die aus anderen Ländern zu uns kommen, benötigen v. a. sofort die Vermittlung von Sprach- und Kulturkenntnissen sowie nach der Asylan-

erkennung eine rasche Einstiegshilfe in den Arbeitsmarkt. Europaweit braucht es aber auch – gerade aus Städtesicht – ein solidarisches, koordiniertes und ganzheitliches Vorgehen.

## Wirtschaft und Beschäftigung fördern

Die Städte Europas sind Innovationsmotoren – und schaffen Beschäftigung und Wirtschaftswachstum. Auch dafür müssen die Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene stimmen, gerade angesichts neuer Herausforderungen wie „Sharing Economies“ oder „Digital Cities“. Daher ist es für die Städte wichtig, sich dazu auszutauschen und verschiedene Modelle, wie die Ausbildung der Bevölkerungen mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten kann, kennenzulernen.

## Städte managen und Vielfalt leben

Städte waren und sind Orte, an denen Vielfalt mit allen Chancen und Risiken zusammenkommt. Daher ist die soziale Inklusion, dazu zählt auch die Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen, eine Schlüsselfrage für urbane Politik: Die beste Integrationspolitik ist eine gute Bildungs-



**Wien.**  
Ein verlässlicher Partner



StadT+Wien

# „Städte auf Augenhöhe mit der EU.“

## EU-Städtepartnerschaften geben Europa Bodenhaftung.

### Autorin:

**Michaela Kauer, MBA**

Magistratsabteilung 27 –  
Europäische Angelegenheiten,

Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt  
Wien in Brüssel

[www.urbanagendaforthe.eu/](http://www.urbanagendaforthe.eu/)

Als am 30. Mai 2016 in Amsterdam die für Städtepolitik verantwortlichen MinisterInnen der EU-28 zusammentrafen, um den Pakt von Amsterdam<sup>1)</sup> zur Verwirklichung einer „Städtischen Agenda der Europäischen Union“<sup>2)</sup> zu beschließen, war dem ein langjähriger Prozess voraus gegangen. Die neue EU-Städteagenda beruht auf einer Reihe von Vorarbeiten in den vergangenen 25 Jahren. Eine zentrale Herausforderung war dabei der Umstand, dass die EU keine Kompetenz in Städtefragen hat. Diese liegt bei den Mitgliedsstaaten, und hier gab und gibt es traditionell eher ländlich oder städtisch ausgerichtete Schwerpunkte. Die Städte und ihre europäischen Verbände und Netzwerke selbst aber hatten schon immer eine bessere Einbindung – auf Augenhöhe – in die EU-Politikentwicklung gefordert. Denn immerhin leben zwei Drittel der EU-BürgerInnen in Städten oder städtischen Räumen. Europäische Politik mit Bodenhaftung kann jedoch nur gelingen, wenn sie die lokale und regionale Ebene einbindet – sonst bleibt Europa abstrakt, anstatt den Menschen eine Erweiterung ihrer Chancen und ihrer Identität zu bieten.

Im Herbst 2015 hatte dann die traditionell städtefreundliche niederländische Regierung, die im 1. Halbjahr 2016 die EU-Ratspräsidentschaft inne hatte, die „Städtische Agenda der EU“ zu forcieren begonnen. Die ersten „EU-Städtepartnerschaften“ nahmen langsam Gestalt an. Wien war von Anfang an als starker Partner gefragt, insbesondere auf fachlicher Ebene im Wohnbau. Hier wurde der Wunsch nach einer Einbindung der Wiener Expertise im sozialen Wohnbau von vielen Seiten laut. Aber auch generell auf Ebene der städtepolitischen Positionierung, die Wien stets durch die nachdrückliche Forderung nach Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und starke Präsenz in europäischen Gremien und Verbänden gezeigt hatte.

Durch längere Vorarbeiten kamen dafür 2015 auch noch zwei glückliche Fügungen zusammen: Wien hatte bereits 2014 den Vorsitz der neu eingerichteten Arbeitsgruppe „Urban Agenda“ im Rahmen des Städtenetzwerks EURO CITIES übernommen, gleichzeitig waren die intensiven Wiener Initiativen für leistbares Wohnen in Europa

von den EU-Entscheidungsträgern in Parlament und Kommission gut wahrgenommen worden.

### Städtepartnerschaften als neue Form der Zusammenarbeit

Mit dem Begriff „städtische Agenda“ werden nun also die Bestrebungen einer besseren Koordination und stärkeren Berücksichtigung städtischer Belange auf europäischer Ebene bezeichnet. Der „Pakt von Amsterdam“ identifiziert zwölf zentrale Themenbereiche, bei denen die rechtlichen und finanziellen Bedingungen für Städte kritisch betrachtet und das Wissen sowie der Erfahrungsaustausch verbessert werden sollen. Dazu wurde ein eigenes Verfahren zur Zusammenarbeit auf Augenhöhe, eben die „Städtepartnerschaften“, geschaffen, bei dem Städte mit den EU-Institutionen und Mitgliedstaaten gemeinsam, in einem Zeitraum von rund drei Jahren, erarbeiten, welche Lösungen für sie wichtig wären. Im weitesten Sinn wird so ein wichtiger Aspekt der Multilevel Governance verwirklicht.

1) [www.eu2016.nl/documenten/publicaties/2016/05/30/pact-of-amsterdam](http://www.eu2016.nl/documenten/publicaties/2016/05/30/pact-of-amsterdam)

2) [ec.europa.eu/regional\\_policy/en/policy/themes/urban-development/agenda/](http://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/themes/urban-development/agenda/)

## Zwölf urbane Themenfelder -

Die städtische Agenda soll sich vorerst auf folgende Themenfelder konzentrieren:

1. Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen
2. Arbeit und Beschäftigung in der lokalen Wirtschaft -
3. Städtische Armut
4. Leistbares Wohnen
5. Kreislaufwirtschaft
6. Luftqualität
7. Klimaschutz
8. Energiewandel
9. Nachhaltige Landnutzung und naturnahe Lösungen -

10. Städtische Mobilität
11. Digitaler Wandel
12. Innovative und verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung

Die Zusammensetzung der Städtepartnerschaften variiert, in der Regel sind je fünf Städte, Mitgliedstaaten und weitere Stakeholder (u.a. die Europäische Kommission) Mitglieder. Sowohl der Europäische Städtebund als auch das Städtenetzwerk EUROCITIES sind eingebunden, um die Ausgewogenheit zwischen großen, mittleren und kleineren Städten zu sichern. Informell wurde im Rahmen von Eurocities und in Abstimmungen mit der Europäischen

Kommission vereinbart, dass eine Stadt nur jeweils in einer Partnerschaft vertreten sein soll, um allen die Möglichkeit der Mitarbeit zu geben.

Die ersten „Partnerschaften“ zu den Themen „Luftqualität“ und „Leistbares Wohnen“ nahmen bereits im Herbst/Winter 2015 die Vorarbeiten auf. Anfang 2016 folgten dann „Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen“ und „Städtische Armut“. So vielfältig wie die Themen ist auch die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Partnerschaften. Gemeinsam ist allen, dass sie einen „Aktionsplan“, eine Art Arbeitsprogramm erstellen, anhand dessen die Chancen und



Herausforderungen im jeweiligen Gebiet identifiziert werden und Vorschläge für bessere Rechtssetzung und Finanzierungsbedingungen erarbeitet werden.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Städte soll insbesondere durch drei Instrumente erreicht werden:

- Eine bessere Rechtssetzung: Durch einen stärkeren Fokus auf die städtische Dimension sollen Hindernisse und unnötige Belastungen bestehender Regelungen für Städte vermieden werden.
- Einen verbesserten Zugang zu den bestehenden europäischen und nationalen Finanzinstrumenten, genauso wie eine kritische Überprüfung der finanziellen Rahmenbedingungen der EU für die lokale Ebene insgesamt. Dadurch soll die Umsetzung von Maßnahmen vor Ort verbessert werden.
- Eine bessere Wissensbasis und einen besseren Wissensaustausch. Insbesondere wird auf eine bessere Datenbasis über städtische Entwicklungen abgezielt.

## 2015: Meilensteine für den „Pakt von Amsterdam“

Der Weg zur „Städtischen Agenda der EU“ beruhte 2015 v.a. auf den Entscheidungen:

- des informellen MinisterInnen Treffens für Städtepolitik am 10.6.2015 in Riga,
- den Vereinbarungen der Europäischen Kommission – „Generaldirektion Regionalpolitik und städtische Entwicklung“ und der Niederländischen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2016 vom Oktober 2015,
- der Sitzung der Urban Development Group (UDG) des Europäischen Rates am 21.10.2015 in Luxemburg.

All diese Aktivitäten führten zur Beschlussfassung im Mai 2016. Die EU-Städteagenda



wurde in der Folge noch in die EU-Ratsschlussfolgerungen vom Juni 2016 aufgenommen. Wien war u.a. über das Städtenetzwerk EUROCITIES an allen wesentlichen Schritten auf dem Weg zum „Pakt von Amsterdam“ eingebunden und konnte auch den gemeinsamen Ländervorteiler bei den informellen Ministertreffen stellen.

## Vier Pilotpartnerschaften bereits eingerichtet

Die ersten vier Partnerschaften haben ihre Arbeit bereits begonnen, exemplarisch können hier die Schwerpunkte der EU-Städtepartnerschaft „Leistbares Wohnen“ betrachtet werden:

- Anerkennung eines breiten Zugangs zu leistbarem, sozialem, gefördertem Wohnbau als Voraussetzung für sozialen Frieden und gesellschaftliche Teilhabe,
- eine stärkere Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips,
- Verbesserungen im Wettbewerbs- und Beihilfenrecht, u.a. durch die Streichung der einschränkenden Definition des sozialen Wohnbaus auf besonders benachteiligte Gruppen,
- Ziel der sozialen Durchmischung,
- Fördermittel für städtischen Wohnbau,

- „Golden Rule“ für öffentliche Investitionen,
- Maßnahmen für mehr Energieeffizienz

Die Partnerschaft wird drei Jahre lang arbeiten; die Koordination haben die Slowakei als Mitgliedstaat und die Stadt Wien gemeinsam übernommen. Weitere Mitglieder der Städtepartnerschaft sind: Madrid, Poznan, Riga, die Allianz der schottischen Städte, die EU-Mitgliedstaaten Lettland, Luxemburg, Niederlande, Slowenien, seitens der Europäischen Kommission die Generaldirektionen Regional- und Städtepolitik (REGIO), Soziales und Beschäftigung (EMPL) und Energie (ENER), die Europäische Investitionsbank, Eurocities, Housing Europe, Internationaler Mieterbund u.a.m. Viele dieser Fragen wurden auf europäischer Ebene bereits seit längerer Zeit diskutiert, sodass eine rasche Erstellung des Aktionsplans bzw. Arbeitsprogramms in dieser Städtepartnerschaft realistisch erscheint.

Ähnliches gilt für die Städtepartnerschaft „Luftqualität“, die ebenfalls auf vielen Vorarbeiten aufbauen kann, sowie für jene zur Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen. Die Partnerschaft zur „städtischen Armut“ war stark von den Mitgliedstaaten Belgien und Frankreich initiiert worden und nahm erst 2016 ihre Arbeit auf.

## Monitoring im Rahmen der Arbeitsgruppe zur „Urban Agenda“ von EUROCITIES

Da die Städtepartnerschaften ein neues Modell der Zusammenarbeit darstellen, ist es wichtig, diese Kooperationsform laufend

zu begleiten und v.a. auch den Informationsaustausch mit jenen Städten, die nicht dabei sein können, sicherzustellen. Wien hat daher als Vorsitzende der Arbeitsgruppe zur Urban Agenda von EUROCITIES darauf geachtet, dass es ein systematisches Informationsmanagement mit den Mitgliedern des

Netzwerks gibt. Denn es steht zu hoffen, dass das neue Instrument nicht nur für mehr Verständnis und Anerkennung der Rolle von Städten bei der Umsetzung von EU-Politik sorgt, sondern v.a. auch im Ergebnis echte Verbesserungen für kommunale Politikentwicklung möglich werden.





European Commission

WORKING TOGETHER FOR BETTER CITIES

# URBAN AGENDA FOR THE EU



**EU CITIZENS**  
living in cities



**EU LEGISLATION**  
implemented by cities



**JOBS**  
created in cities



**EU GDP**  
generated in cities

## OBJECTIVES



BETTER REGULATION

BETTER FUNDING

BETTER KNOWLEDGE

## KEY PRINCIPLES



**Multi-level governance**



**Partnership working method**



**Integrated approach**



**Sustainable urban development**



**United Nations goals**



**Functional urban areas**



**Urban-rural linkages**



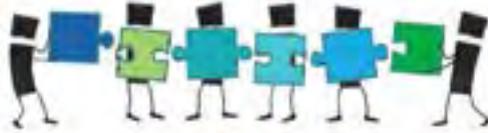
**Cities of all sizes**

# 12 PRIORITY THEMES

PARTNERSHIPS WHICH ALREADY STARTED

- INTEGRATION OF MIGRANTS & REFUGEES
- AIR QUALITY
- HOUSING
- URBAN POVERTY
- CIRCULAR ECONOMY
- CLIMATE ADAPTATION
- ENERGY TRANSITION
- URBAN MOBILITY
- DIGITAL TRANSITION
- PUBLIC PROCUREMENT
- JOBS & SKILLS IN LOCAL ECONOMY
- SUSTAINABLE USE OF LAND AND NATURE-BASED SOLUTIONS

## PARTNERSHIPS



“ THE COMMISSION WILL PLAY AN ACTIVE ROLE AND CONTINUE FACILITATING THE IMPLEMENTATION OF THE URBAN AGENDA ”

## ACTION PLANS

- COMPOSITION:** European Commission, Members States, cities, stakeholders
- For each **PRIORITY THEME**
- PREPARATORY PHASE**
- IMPLEMENTATION PHASE**

## SOME OF THE EU FUNDS\* AVAILABLE (2014-2020)

- ERDF**
  - > € 100 B spent in cities
  - ▶ out of which € 15 B managed by cities directly
  - **URBACT** € 96 M for network of cities
  - **URBAN INNOVATIVE ACTIONS** € 370 M to experiment innovative ideas
- EIB**
- ESF** € 1.5 B to sustainable urban development
- OTHER EU FUNDS** Horizon 2020, Smart Cities, Life...

\* Most of the actions will be about policy improvements and will not require funding

## TIMELINE

- 30 May: Pact of Amsterdam
- 21 June: General Affairs Council conclusions
- 10-13 Oct 2016: European Week of Regions and Cities
- End 2016: Launch of further Partnerships One-stop-shop online
- Summer 2017: Launch of the remaining Partnerships
- 2017: Cities Forum Report by the Commission

# Die Städtepartnerschaften des Pakts von Amsterdam

Der Aufbau von thematischen Partnerschaften ist einer der wichtigsten Mechanismen zur Umsetzung der europäischen Urban Agenda. Im Rahmen dieser europaweiten Partnerschaften sollen die Europäische Kommission, die Mitgliedsstaaten und europäische Städte gemeinsam daran arbeiten, Städteanliegen besser in den EU-Politiken zu verankern. Mit Fokus auf die zwölf prioritären Themen der Urban Agenda wurden während der niederländischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2016 die ersten vier Pilotpartnerschaften ins Leben gerufen. In einer ersten Phase identifiziert jede Städtepartnerschaft zunächst die dringlichsten Themen, arbeitet danach die Potentiale, Handlungsfelder und Hindernisse heraus, um sich letztlich auf einen gemeinsamen Aktionsplan zu einigen. Die finale Phase der Partnerschaft stellt dann die Umsetzung der Pläne dar.

Jede der Städtepartnerschaften wird ihren Focus auf drei Handlungsfelder legen:

- Optimierung der EU-Rechtsetzung, so dass sie die Bedürfnisse, die Praxis und die Verantwortlichkeiten in den Städten besser widerspiegelt.
- Verbesserter Zugang zu und eine bessere Nutzung der Finanzierungsmöglichkeiten für europäische Städte.
- Verbesserter Austausch von Erfahrungen und Best-Practices zwischen den Städten.

Die Partnerschaften sind auf eine Dauer von zwei bis drei Jahren ausgelegt und sollen folgenden Projektzyklus durchlaufen:

- In einer ersten Bestandsaufnahme identifizieren die Partner die bereits vorliegenden Ergebnisse zum jeweiligen Thema.
- Vorbereitende Maßnahmen sollen Hindernisse und Potentiale, aber auch die Schwerpunkte eines künftigen Aktionsplans identifizieren.
- Der Aktionsplan wird auf Basis der vorbereitenden Maßnahmen vereinbart und durch Empfehlungen für das weitere Vorgehen ergänzt.
- Der Aktionsplan wird umgesetzt oder getestet.
- Der gesamte Prozess wird evaluiert und die „lessons learned“ werden für bestehende und künftige Partnerschaften festgehalten.

Derzeit haben bereits vier Pilotpartnerschaften zu den Themen Luftqualität, leistbares Wohnen, Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen sowie Armut in Städten ihre Arbeit aufgenommen. Die Koordination hat jeweils entweder eine nationale Behörde oder eine Stadt übernommen, eine Partner-

schaft wird auch von einem Team aus zwei Mitgliedsstaaten koordiniert. Auch Wien koordiniert die Partnerschaft Housing im Team mit der Slowakei.

## 1. Partnerschaft Air Quality

Die Luftqualität in Städten wird als einer der wichtigsten bestimmenden Faktoren für urbane Lebensqualität betrachtet. Angesichts der städtischen Entwicklung wird erwartet, dass 2050 80% der EU-Bevölkerung in Städten leben wird. Insofern ist die Verbesserung der Luftqualität, und somit die Erhaltung einer gesunden städtischen Umwelt, Hauptziel dieser Städtepartnerschaft. Nicht zuletzt soll das Thema „gesunde Stadt“ mit Hilfe der Partnerschaft in den EU-Politiken stärker verankert werden. Hauptaugenmerk der Arbeit wird auf der Identifizierung von Rechtsetzungslücken, -überschneidungen aber auch – allfälligen – Widersprüchen liegen, sowie auf (indirekten) Finanzierungsmöglichkeiten für das Thema Luftqualität. Die Partnerschaft ist für eine Laufzeit von drei Jahren ausgerichtet.

Im ersten Halbjahr 2016 konnte die Partnerschaft schon vier konkrete Aktivitäten mit Fokus bis Mitte 2017 definieren:

### – Aktion 1: Modellierung der stadt-spezifischen Situation

Da die Luftqualität in Städten nicht nur durch stadtinterne Emissionen beeinflusst wird, soll eine Informationsbasis zu den potentiellen Mitverschmutzern aus dem näheren und weiteren Umfeld (Landwirtschaft, Schifffahrt, Emissionen anderer Stadtregionen, ...) geschaffen werden.

### – Aktion 2: Darstellung der Regulierungsinstrumente und Förderungen

Bestehende und geplante Rechtssetzungsaktivitäten mit Auswirkung auf die Luftqualität werden aufbereitet, um möglicherweise neue, innovativere – den Bedürfnissen der Städte besser entsprechende – Herangehensweisen zu identifizieren.

### – Aktion 3: Empfehlungen für Best-Practices zur Luftqualität

Ein Überblick und Vergleich der verschiedenen Best Practice Beispiele aus europäischen Städten soll die Basis für Empfehlungen in Form von Richtlinien zur Verbesserung der Luftqualität sowie möglicherweise auch für Pilot- und Demonstrationsprojekte bilden.

### – Aktion 4: Richtlinien für städtische Luftqualitätsaktionspläne

Richtlinien für die Erarbeitung von Luftqualitätsaktionsplänen in Städten sollen die Vergleichbarkeit und den Austausch von Erfahrungen und Best Practices zwischen den Städten vereinfachen.

Die Partnerschaft setzt sich derzeit zusammen aus:

#### Mitgliedsstaaten:

- Niederlande (Koordination)
- Kroatien

#### Städten:

- Helsinki (FI)
- London (UK)
- Utrecht (NL)
- Mailand (IT)
- Constanta (RO)

**Weitere Partner:**

- Europäische Kommission (DG Regio, DG Energy, DG Research, DG Agriculture, DG Grow, DG Move, DG Environment, DG Connect, DG JRC)
- Consortium Healthy Air Ruhr Area (Arnhem & Nijmegen (NL), Duisburg, Düsseldorf, Moers (DE)), vertreten durch die Stadt Duisburg
- EUROCITIES
- URBACT
- Health and Environment Alliance (HEAL)

**2. Partnerschaft Housing**

Auch diese Partnerschaft zum Thema leistbares Wohnen mit guter Qualität ist für eine Dauer von drei Jahren geplant. Wien ist seit langem für sein Know-How auf diesem Gebiet europaweit bekannt und geschätzt und hat gemeinsam mit der Slowakei die Koordination dieser Partnerschaft übernommen. Die Städtepartnerschaft wird ihren Focus auf den leistbaren öffentlichen Wohnbau, staatliche Beihilfenregelungen und die Wohnungspolitik im allgemeinen legen.

Wiener Schwerpunkte sind dabei die folgenden Themenkreise:

- Subsidiaritätsprinzip und leistbares Wohnen;
- Geförderter Wohnbau für breite Schichten, um auch die soziale Durchmischung zu fördern; -
- Das „Europäische Semester“ sollte nicht nur an ökonomischen Kriterien ausgerichtet werden;
- Die öffentlichen Investitionen für den geförderten Wohnbau sollten nicht als Defizit im öffentlichen Haushalt gezählt werden („golden rule“);
- Unterstützung des Wissensaustausches zwischen den AkteurenInnen.

Die Partnerschaft setzt sich derzeit zusammen aus:

**Mitgliedsstaaten:**

- Slowakei (Koordination)
- Lettland
- Luxemburg
- Niederlande
- Slowenien

**Städten:**

- Wien (Koordination)
- Madrid (ES)
- Riga (LV)
- Scottish Cities Alliance (UK)
- Posen (PL)

**Weitere Partner:**

- Europäische Kommission (DG Regio, DG Energy, DG Research, DG Employment)
- AEDES (national organisation promoting the interests of practically every social housing organisation in the Netherlands)
- EUROCITIES
- Housing Europe
- European Investment Bank
- International Union of Tenants (IUT)
- URBACT

**3. Partnerschaft Inclusion of Migrants and Refugees**

Diese Städtepartnerschaft zielt darauf ab, die Integration neuankommender MigrantInnen und Flüchtlinge aus Nicht-EU-Staaten besser zu handhaben und einen Rahmen für ihre Inklusion zu erarbeiten. Dabei werden die Themen Wohnen, Integration, Bereitstellung öffentlicher Leistungen, soziale Inklusion, Bildung und Arbeitsmarktmaßnahmen im Fokus stehen. Bereits die erste Arbeitssitzung in Amsterdam hat gezeigt, dass Städte die seitens der Europäischen Kommission bereit gestellten Finanzierungsmöglichkeiten für Integrationsprojekte nicht ausreichend nutzen können. Andererseits sind es gerade die Städte, die am direktesten mit der Integrationsproblematik von MigrantInnen und Flüchtlingen konfrontiert sind. Für die

Schwerpunkthemen soll jeweils nach einer ersten Sondierung eine Liste vorrangiger Hindernisse – mit Fokus auf bessere Rechtsetzung, bessere Finanzierung und besseres Wissen – erstellt werden. Im Rahmen gemeinsamer Workshops werden danach Maßnahmen zur Beseitigung der wichtigsten Stolpersteine entwickelt.

Die fünf Schwerpunkthemen sind:

**– Arbeit und Unternehmertum**

Antworten auf die Frage „Wie können Flüchtlinge und MigrantInnen schnellstmöglich in das Arbeitsleben integriert werden?“ stehen im Mittelpunkt.

**– Wohnen**

Lage und Art der Unterbringung sind essentiell für die Integration und positiven Zukunftsaussichten der ankommenden MigrantInnen und Flüchtlinge. Innovative Wohnmodelle und soziale Herausforderungen, wie die Vermeidung von Segregation, werden zentrale Themen sein.

**– Willkommenskultur**

Insbesondere die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft bei der Aufnahme und Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen wird im Fokus stehen.

**– Bildung**

Die Beherrschung der Sprache und das Wissen über das neue soziale Umfeld sind grundlegend für eine Teilhabe und den Erfolg am Arbeitsmarkt. Die Arbeit der Partnerschaft wird sich in diesem Zusammenhang auf die Talente der Flüchtlinge und die Schaffung von passenden Bildungsmöglichkeiten konzentrieren.

**– Gefährdete Gruppen**

Frauen, Minderjährige, Lesben, Schwule und Transgender-Personen sind besonders verletzte Gruppen, ein speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittener Zugang in der öffentlichen Verwaltung soll gefunden werden. Diese Aufgabe wird als Querschnittsthema zu den vier anderen Bereichen gesehen.



Die Partnerschaft setzt sich derzeit zusammen aus:

**Mitgliedsstaaten:**

- Dänemark
- Italien
- Griechenland
- Portugal

**Städten:**

- Amsterdam (NL, Koordination)
- Barcelona Metropolitan Areas (ES)
- Berlin (DE)
- Athen (GR)
- Helsinki (FI)

**Weitere Partner:**

- Europäische Kommission (DG Home als Koordinator, DG Regio, DG Employment)
- CEMR (Council of European Municipalities and Region)
- EUROCITIES
- European Council for Refugees and Exiles -
- Migration Policy Group
- Housing Europe
- European Investment Bank
- URBACT

armen oder von Armut bedrohten Menschen in sozial benachteiligten Nachbarschaften zu verbessern. Sie konzentriert sich auf Fragen der strukturellen Armutskonzentration in diesen Gebieten sowie auf das Finden und Realisieren von integrierten Lösungsmodellen, wie:

- Ortsbasierten Ansatz durch Stadterneuerung;
- Menschenbasierten Ansatz durch die sozio-ökonomische Integration der dort lebenden Menschen;
- Mit Fokus auf die räumliche Konzentration struktureller Armut in diesen Bezirken, Kinderarmut und Obdachlosigkeit.

Bereits bei der ersten Sitzung konnten einige konkretere Maßnahmen identifiziert werden, wie:

- Die Auswahl von ExpertInnen aus dem Themengebiet
- Die Erstellung einer generellen Bestandsaufnahme
- Eine Bestandsaufnahme der existierenden Programme und Finanzierungsmöglichkeiten seitens der Europäischen Kommission
- Die Entwicklung einer Online-Plattform für die Partner

Die Partnerschaft setzt sich derzeit zusammen aus:

**Mitgliedsstaaten:**

- Belgien (Koordination)
- Frankreich (Koordination)
- Deutschland

- Griechenland
- Spanien

**Städten:**

- Birmingham (UK)
- Kortrijk (BE)
- Lille (FR)
- Daugavpils (LV)
- Timisoara (RO)
- Lodz (PL)
- Keratsini (GR)

**Weitere Partner:**

- Vollmitglieder:
- European Commission (DG Regio, DG Employment)
  - Region Bruxelles Capital
  - Region Ile de France
  - EUROCITIES
  - EUKN (European Urban Knowledge Network)
  - URBACT
  - EAPN (European Anti-Powerty Network)

**Beobachter:**

- UN Habitat
- Eurochild
- FEANTSA (European Federation of National Organisations working with the Homeless)

Quelle: [www.urbanagendaforthe.eu](http://www.urbanagendaforthe.eu)

## 4. Partnerschaft Urban Poverty

Ziel dieser Städtepartnerschaft ist es, Armut zu verringern und die Inklusion von

# Breite Zustimmung für EU-Städteagenda auf der Bürgermeisterkonferenz in Amsterdam

»Die drei wichtigsten Erfindungen der Menschheit sind das Rad, das Feuer und die Stadt.« So begann der niederländische Innenminister Ronald Plasterk seine Rede am 21. April auf dem fünften direkten Dialog zwischen den Bürgermeistern der europäischen Hauptstädte und der Europäischen Kommission im Schiffahrtsmuseum in Amsterdam.

## Zusammenarbeit

Minister Plasterk erläuterte die Pläne der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft mit Blick auf die EU-Städteagenda. Ein wichtiges Element dieser Agenda sind thematische Partnerschaften zwischen Städten, Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, in deren Rahmen die Akteure gemeinsam an der Bewältigung städtepolitischer Herausforderungen arbeiten. Plasterk betonte die Bedeutung der im »Pakt von Amsterdam« beschriebenen Ebenen übergreifenden Zusammenarbeit und wies außerdem auf die wichtige Rolle der europäischen Großstädte hin.

## Städtepolitische Herausforderungen

Darüber hinaus stand die Bürgermeisterkonferenz im Zeichen der vier großen Herausforderungen, vor die sich die Städte aktuell gestellt sehen: Luftqualität und Mobilität, Wohnraum, Radikalisierung und Integration von Flüchtlingen. Der Amsterdamer Bürgermeister Eberhard van der Laan rief als Konferenzvorsitzender seine europäischen Kollegen dazu auf, ihre Erfahrungen miteinander und mit der Europäischen Kommission auszutauschen. Kurze Videos und eine Live-Umfrage dienten als Rahmen für diesen Gedankenaustausch. Die Ergebnisse sollen dann in die weitere Ausgestaltung der Partnerschaften einbezogen werden.

## Erklärung zur EU-Städteagenda

Zum Abschluss nahmen die Bürgermeister einstimmig eine Erklärung zur EU-Städteagenda und zur Flüchtlingskrise an. Diese Erklärung zeugt von breiter Unterstützung für den Pakt von Amsterdam, die Schwerpunktthemen und die Partnerschaften. Außerdem machen die Bürgermeister darin Vorschläge für künftige Partnerschaften (Beschäftigung und Wachstum, Mobilität, Kreislaufwirtschaft, Open Data und Technologie sowie Radikalisierung). Neben den Bürgermeistern brachten auch Vertreter der Europäischen Kommission (Corina Crețu, EU-Kommissarin für Regionalpolitik), des Europäischen Parlaments (Jan Olbrycht, Präsident der Intergroup URBAN) und des Ausschusses der Regionen (Raffaele Cattaneo, Vorsitzender der Fachkommission für territoriale Kohäsion und EU-Haushalt) ihre Wertschätzung für das Engagement der niederländischen Ratspräsidentschaft für die EU-Städteagenda zum Ausdruck.



Bürgermeister Michael Häupl und sein Amtskollege aus Amsterdam, Eberhard van der Laan, beim BürgermeisterInnentreffen 2015 in Wien. / © Jobst · PID

Am 21. April 2016 nahm Bürgermeister Dr. Michael Häupl auf Einladung der Stadt Amsterdam an einem Treffen der BürgermeisterInnen der europäischen Hauptstädte teil. Nicht zuletzt auf Basis des großen Engagements der Stadt Wien konnten die HauptstadtbürgermeisterInnen in den letzten Monaten eine stabile und effiziente Kooperation aufbauen, um die Anliegen der Städte – insbesondere auch im Rahmen der Vorbereitungen des Pakts von Amsterdam – effizient gegenüber den europäischen Institutionen zu vertreten. Die Hauptstadtbürgermeisterkonferenz in Amsterdam war bereits die fünfte Konferenz dieser Art. Auf [www.eu2016.nl](http://www.eu2016.nl) berichtete die niederländische Ratspräsidentschaft über das Treffen und die dabei einstimmig angenommene Erklärung der BürgermeisterInnen.

Quelle: [www.eu2016.nl](http://www.eu2016.nl)

# ANHANG

# Wiener Deklaration der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der EU-Hauptstädte

„Eine starke Stimme in Europa“ · 21. April 2015

## Einleitung

Europa ist ein Kontinent der Städte. Sie sind es, die die Idee eines geeinten Europas maßgeblich tragen. Die Politiken der Europäischen Union prägen das Leben und den Alltag der Menschen, die Wirtschaft und die Innovationskraft der europäischen Metropolen. Unsere Bevölkerungen sind europäisch und international, und Städte sind eine starke Kraft zur Förderung der Integration von Menschen aus Europa und der ganzen Welt. Unsere Lösungen für das Zusammenleben sind vielfältig, da die Rahmenbedingungen von Land zu Land und von Stadt zu Stadt unterschiedlich sind. In den Städten Europas wird tagtäglich wohl überlegt, konsequent und leidenschaftlich an der Sicherung und Weiterentwicklung der sozialen Ausgewogenheit und der Gleichstellung der Geschlechter, für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und für den Bestand der europäischen Demokratie gearbeitet. Europäische Städte arbeiten auch tagtäglich an der Schaffung einer echten demokratischen und inklusiven Gesellschaft.

Europas Städte sind die Laboratorien der Zukunft. Hier haben gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen ihren Beginn. Wir, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der EU-Hauptstädte sind daher der festen Überzeugung, dass die städtische Dimension noch stärker in den Fokus der Europäischen Union rücken muss.

## I. - Städtische Agenda: Systematische Einbeziehung der Städte in die EU- Politiken

Wir, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der EU-Hauptstädte, sind strategische Partner bei der Ausrichtung der künftigen EU-Regional- und Städtepolitik. Unser gemeinsames Ziel ist eine „Städtische Agenda“, zur **Verankerung der städtischen Dimension in allen relevanten Entscheidungsprozessen der EU.**

Die Einbindung der Städte soll daher im gesamten Politikgestaltungsprozess erfolgen.

Dazu sind bei den bestehenden Strukturen oder Instrumenten Adaptierungen erforderlich. So müssen Folgenabschätzungen die territorialen Auswirkungen eines Vorschlags auf Städte darstellen (**„Urban Impact Assessment“**). Städte sind daher möglichst frühzeitig in den europäischen Politikgestaltungsprozess einzubeziehen. Die **systematische Erweiterung der Expertengruppen** der Europäischen Kommission zur Vorbereitung neuer rechtlicher Vorschläge um **Vertreter der Städte ist daher unabdingbar.** Es gab Bemühungen, die Städte in die Erstellung der nationalen Reformprogramme (NRPs) und in die Erstellung der Partnerschaftsabkommen für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) einzubeziehen, jedoch gab es dabei keinen wesentlichen Fortschritt.

Die Arbeit an einer europäischen städtischen Agenda im **Rat der Europäischen Union** sollte ebenso kontinuierlich und unter Einbindung der Städte erfolgen. Um dies sicherzustellen, müssen die **verschiedenen Prozesse auf EU-Ebene zusammengeführt werden.** Dies gilt vor allem für die von der Europäischen Kommission umzusetzende „Städtische Agenda“ und die in der „Urban Development Group“ im Rat der Europäischen Union verfolgten städtischen Themen.

Das **Europäische Parlament** war und ist für uns ein wichtiger Partner bei der Berücksichtigung städtischer Interessen, nicht zuletzt durch die Arbeit der URBAN-Intergroup. So wie einige Städte und Regionen in der EU bereits Abgeordneten zum Europäischen Parlament Rederechte in ihren kommunalen oder regionalen gewählten Versammlungen gewähren, so sollte in der Geschäftsordnung des Europäischen Parlamentes auch ein **Rederecht für politisch gewählte Vertreter der Städte** und ihrer Verbände und Netzwerke eingeräumt werden. Anhörungen im Europäischen Parlament sind eine wichtige Gelegenheit für

gewählte politische Vertreter sich Gehör zu verschaffen, und die Zahl der Anhörungen sollte erhöht werden, insbesondere wenn es um die städtische Dimension eines Vorschlags geht.

Im Rahmen der **Entsendung nationaler Experten** zu den Europäischen Institutionen soll zukünftig vermehrt auch die **Teilnahme von Sachverständigen aus Städten** unterstützt werden.

## II. Wahlfreiheit und Erhaltung städtischer Handlungsspielräume

Die Europäische Kommission sollte sich unter **konsequenter Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit** auf die Vorgabe von Zielen oder das Setzen von Rahmenbedingungen beschränken. Es ist sehr wichtig, der regionalen nki lokalen Bedeutung der in Betracht gezogenen Maßnahmen Rechnung zu tragen. Den Städten ist jedoch die Entscheidung zu überlassen, wie diese Ziele zu erreichen sind, in Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten. Dies gilt vor allem in den Bereichen Klimaschutz, Luftgüte, Sozialpolitik, Mobilität und öffentliche Dienstleistungen (Daseinsvorsorge), wo die Vorgehensweise der einzelnen Städte aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten sehr stark differieren kann.

Die Städte, insbesondere die großen europäischen Städte, haben im Allgemeinen schon seit jeher das Potential des Handels zur Förderung des Wirtschaftswachstums – und der Schaffung von Arbeitsplätzen – anerkannt. Trotzdem kann die Vernetzung einer globalisierten Welt nicht nur aus der wirtschaftlichen Perspektive betrachtet werden. Aufgrund der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen besteht eine besondere Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger aller an Handelsübereinkommen beteiligten Partner gute Lebensbedingungen zu schaffen. Auch im Rahmen von Verhandlungen zu Freihandelsabkommen muss darauf geachtet werden,

dass es zu **keinen Einschränkungen der Wahlfreiheit** der Städte bei der Erbringung ihrer Leistungen kommt. Diesbezüglich sind insbesondere Investitionsschutzbestimmungen kritisch zu hinterfragen.

Die EU-Ressourcen müssen zukünftig im **Verhältnis zur Bevölkerungsdichte** besser verteilt werden. Urbane Metropolen verfügen sowohl über die inhaltliche als auch administrative Kapazität zum zielgerichteten Mitteleinsatz, und sind aufgrund ihrer Nähe zu einer großen Zahl Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in der Lage, die Auswirkungen der Investitionen in die wichtigsten Europa-2020-Ziele zu maximieren. Aus demselben Grund sollten Schritte von Mitgliedsstaaten in Richtung der Übertragung von Zuständigkeiten an Städte und der damit in Zusammenhang stehenden Budgets begrüßt werden.

Für die Bekämpfung der **Jugendarbeitslosigkeit** etwa hat die Europäische Kommission Gelder zur Verfügung gestellt, die bisher von vielen Mitgliedsstaaten nicht ausgeschöpft wurden. Die Europäische Kommission sollte deshalb die Möglichkeiten prüfen, einen Teil der nicht beanspruchten **Mittel direkt jenen europäischen Großstädten zu übertragen**, die von Jugendarbeitslosigkeit besonders betroffen sind.

Der **finanzielle Spielraum für Städte** wird besonders durch die Bestimmungen des mit 1. 1. 2013 in Kraft getretenen Fiskalpaktes eingeschränkt, oft im Zusammenwirken mit innerstaatlichen Vereinbarungen. In einigen Städten werden durch Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf nationaler und EU-Ebene die Möglichkeiten dringend notwendiger Investitionen in die langfristige öffentliche Infrastruktur eingeschränkt. Dies gilt insbesondere für Städte mit rapiden Bevölkerungszuwächsen. Auf Ebene der EU und der Mitgliedsstaaten muss daher in Erwägung gezogen werden, wie Städten ermöglicht werden kann, wichtige und wachstumsfördernde Investitionen zu tätigen.

Wir würden daher **eine offene Diskussion darüber begrüßen, wie die bestehenden Regeln im Sinne einer spezifischen proaktiven Perspektive geändert** werden könnten. In diesem Zusammenhang sollten die Bedingungen für die Berechnung des **maximalen öffentlichen Defizits überprüft werden**, um **zukunftsorientierte Investitionen** leichter zu **ermöglichen** – im Bereich öffentlicher Dienstleistungen, zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit, zur Förderung sozialer Investitionen und erneuerbarer Energien und zur Abschwächung des Klimawandels. Die aktuelle „Investitionsoffensive für Europa“ ist dazu ein erster positiver Schritt.

Zur gemeinsamen Umsetzung einer Multilevel Governance und der Weiterentwicklung der europäischen Städtepolitik fordern die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der EU-Hauptstädte daher die Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. Verankerung der städtischen Dimension in allen Entscheidungsprozessen der EU;
2. Standardmäßige Durchführung von Urban Impact Assessments;
3. Systematische Erweiterung der Expertengruppen der EK um Vertreter der Städte; Unterstützung der Teilnahme von Sachverständigen aus Städten als nationale Experten;
4. Europäischer Rat: Zusammenführung der verschiedene Städte betreffenden Prozesse auf EU-Ebene;
5. Europäisches Parlament: Rederecht von politisch gewählten Vertretern der Städte; mehr Anhörungen, um sicherzustellen, dass Vertreter der Städte sich Gehör verschaffen können;
6. Konsequente Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit;
7. Bevölkerungsdichte als Verteilungskriterium für EU-Ressourcen; weitere Übertragung von Zuständigkeiten an Städte;
8. Jugendarbeitslosigkeit: Übertragung nichtbeanspruchter EU-Mittel direkt an besonders betroffene Großstädte;

9. Freihandelsabkommen: Keine Einschränkungen der Wahlfreiheit der Städte
10. Finanzieller Handlungsspielraum der Städte: offene Diskussion über die flexible und proaktivere Gestaltung bestehender Regelungen, um zukunftsweisende öffentliche Investitionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum zu fördern.

## Die BürgermeisterInnen und Bürgermeister der EU-Hauptstädte

**Eberhard van der Laan** · Amsterdam  
**Giorgos Kaminis** · Athen  
**Michael Müller** · Berlin  
**Ivo Nesrovnal** · Bratislava  
**Yvan Mayeur** · Brüssel  
**DI István Tarlós** · Budapest  
**Prof. Dr. Sorin Oprescu** · Bukarest  
**Christy Burke** · Dublin  
**Jussi Pajunen** · Helsinki  
**Frank Jensen** · Kopenhagen  
**Zoran Janković** · Laibach  
**Fernando Medina** · Lissabon  
**Boris Johnson** · London  
**Lydie Polfer** · Luxemburg  
**Ana Botella Serrano** · Madrid  
**Constantinos Yiorkadjis** · Nikosia  
**Anne Hidalgo** · Paris  
**Adriana Krnáčová** · Prag  
**Nils Usakovs** · Riga  
**Ignazio Marino** · Rom  
**Jordanka Fandakova** · Sofi  
**Karin Wanngård** · Stockholm  
**Edgar Savisaar** · Tallinn  
**Dr. Alexiei Dingli** · Valletta  
**Hanna Gronkiewicz-Waltz** · Warschau  
**Michael Häupl** · Wien  
**Milan Bandić** · Zagreb

# Erklärung der BürgermeisterInnen der EU Hauptstädte zur EU-Städteagenda und zur Flüchtlingskrise

21. April 2016, Amsterdam

## Präambel

1. Jahrhunderte lang waren unsere Hauptstädte die treibende Kraft für Wachstum und gleichzeitig eine Bühne für gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Innovation. Unsere Städte waren immer auf Europa ausgerichtet. Daher ist es uns ein Anliegen, die Notwendigkeit und die Bedeutung enger Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu fördern.
  2. Unsere Bürgerinnen und Bürger sind angesichts der vielen gesellschaftlichen Herausforderungen in Europa verunsichert, daher müssen lokale, regionale und nationale Regierungen zusammen mit europäischen Institutionen entsprechende Antworten und konkrete Maßnahmen bieten.
  3. Bürgerinnen und Bürger in Europa suchen nach Arbeitsplätzen und Chancen. Sie wollen die Jahre der Rezessionen hinter sich lassen und so bald wie nur möglich Wachstum und Wohlstand erleben. Dazu bedarf es qualitativ hochstehender Ausbildung sowie geeigneter Fähigkeiten, damit sie auf einem zunehmend globalisierten, wettbewerbsorientierten und komplexen Arbeitsmarkt bestehen können.
  4. Die Flüchtlingssituation ist für die EU zu einem vordringlichen Thema geworden und als Städte haben wir es hier mit Menschen zu tun und nicht mit Zahlen. Wie wir auf das Leid der Menschen reagieren, die vor Verfolgung, Krieg und Armut fliehen, ist nicht nur ausschlaggebend für den Erfolg jeder einzelnen Integrationsbemühung. Es ist auch eine entscheidende Prüfung für unsere europäischen Werte sowie für die Solidarität und die Zusammenarbeit in der Europäischen Union.
  5. Die meisten unserer Hauptstädte wachsen sehr schnell und Bürgerinnen und Bürger verlangen nach bequemen, aber auch günstigen Wohnungen in gepflegten ohngehenden. Sie benötigen gute Gesundheitsvorsorge und Städte, die den Bedürfnissen aller Altersklassen entgegenkommen. Unsere Städte müssen barrierefrei und sauber sein, frei von Stau und Verschmutzung, Bewohnerinnen und Bewohner fordern verantwortungsbewusste, robuste und präventive Vorgehensweisen zum Thema Klimawandel.
  6. Unsere Bürgerinnen und Bürger sind vor allem kreativ, offen und inspirierend. Aus ihnen schöpfen wir Innovation und den Grundstock für all unsere Lösungen. Aber sie benötigen auch Raum und Chancen, um ihre Talente zu entfalten. Sie sind der Kern unseres Potentials in Europa und der Ausgangspunkt für alles was wir auf lokaler, regionaler, nationaler Ebene und im Bereich der europäischen Institutionen erreichen wollen.
- WIR, DIE BÜRGERMEISTERINNEN DER HAUPTSTÄDTE DER EUROPÄISCHEN UNION**, sind deshalb zu unserem fünften direkten Dialog mit der Europäischen Kommission in Amsterdam zusammengekommen, um:
7. im Sinne der europäischen Solidarität wirksame Partnerschaften zwischen den europäischen Institutionen und den Mitgliedsstaaten mit Hinblick auf erfolgreiche politische Maßnahmen und schnellere Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.
  8. die Bemühungen aller Partner, insbesondere die der EU Mitgliedsstaaten und der europäischen Institutionen, sich auf eine EU-Städteagenda zu einigen, zu unterstützen.
  9. nach Erörterung des derzeitigen Standes der EU-Städteagenda, Engpässe festzustellen und europäische Maßnahmen und Instrumente zu verbessern, zu entwickeln, zu koordinieren und einzusetzen, die darauf ausgerichtet sind, die größten gesellschaftlichen Herausforderungen im heutigen Europa in Angriff zu nehmen und gleichzeitig die Bedürfnisse und Sorgen unserer Städte nicht außer Acht zu lassen.
  10. und nehmen dabei Bezug auf die Wiener Deklaration der Bürgermeisterinnen der EU-Hauptstädte „Eine starke Stimme in Europa“<sup>1)</sup> sowie das Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen über das Ergebnis ihrer öffentlichen Konsultation betreffend die wesentlichen Aspekte der EU-Städteagenda<sup>2)</sup>, die Erklärung von Riga der Ministerkonferenz für eine EU-Städteagenda<sup>3)</sup> die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen über konkrete Maßnahmen zur Implementierung der EU-Städteagenda<sup>4)</sup>, den Bericht des Europäischen Parlaments über die städtische Dimension der EU Maßnahmen<sup>5)</sup> und die EUROCITIES Stellungnahme zur EU-Städteagenda<sup>6)</sup>.
  11. sowie auf den ‚Pakt von Amsterdam‘, der die EU-Städteagenda festlegt und am 30. Mai 2016 während informeller Besprechungen von MinisterInnen aus dem Ressort der Stadtpolitik auf Einladung der niederländischen Präsi-

1) Die Wiener Deklaration wurde von den BürgermeisterInnen der EU Hauptstädte am 21. April 2015 in Wien verabschiedet.

2) Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen / Ergebnisse der öffentlichen Konsultation über die Hauptmerkmale der EU-Städteagenda (SWD(2015) 109 final/2)

3) Die Rigaer Erklärung wurde beim informellen Treffen der EU-Ministerinnen für territorialen Zusammenhalt und städtische Angelegenheiten in Riga am 10. Juni 2015 verabschiedet.

4) Stellungnahme des Ausschusses der Regionen, konkrete Schritte zur Umsetzung der EU-Städteagenda (COTER-V/010), (2016).

5) Report of the urban dimension of EU Policies, Committee of Regional Development, European Parliament (2014/2213(INI)).

6) EUROCITIES, Auf dem Weg zu einer EU-Städteagenda, die Bausteine aus Sicht der Städte (2015).

denschaft des Rates der Europäischen Union angenommen werden soll.

12. und mit besonderer Bedachtnahme auf die dringliche Situation, in der sich Europa derzeit angesichts der Flüchtlingskrise befindet, welche starke Auswirkungen hat auf viele Städte im Hinblick auf kurzfristige Bedürfnisse nach Primärleistungen wie Wohnmöglichkeiten, Sozialleistungen und Gesundheitsversorgung, aber längerfristige Maßnahmen für Integration und Teilhabe.

#### **WIR ERKLÄREN BETREFFEND DIE EU-STÄDTEAGENDA WIE FOLGT:**

13. Wir stimmen voll und ganz mit der Liste der zwölf Schwerpunktthemen überein und fördern die laufenden vier Pilotpartnerschaften aktiv. Da uns die EU Städteagenda ein großes Anliegen ist, möchten wir uns auf konkrete Herausforderungen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger konzentrieren. Jede einzelne dieser Partnerschaften sollte durch Steuerung auf mehreren Ebenen für unsere Bürgerinnen und Bürger an Wichtigkeit gewinnen, ihr Wohlbefinden steigern und ihnen Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Talente schaffen. Daher nehmen wir als Hauptstädte unsere Verantwortung wahr, wir steuern unser Wissen, unsere Erfahrung und unsere Lösungen bei, um sicher zu stellen, dass sich die EU-Städteagenda zu einem erfolgreichen Instrument mit erkennbarem Mehrwert entfaltet.
14. Die laufende Partnerschaft für Wohnungswesen nimmt Bezug auf dringliche Herausforderungen für unsere Städte. Die Städte Europas benötigen ausreichend Wohnraum, der auch für die meisten Bürgerinnen und Bürger leistbar ist und ihnen auch entsprechende Lebensqualität bietet. Anbieter von sozialem Wohnbau können dabei eine wesentliche Rolle spielen, aber durch den derzeitige Ansatz der Europäischen Kommission, Steuerkontrollen und Einschränkungen für den Zugang zur Finanzierung von sozialem Wohnbau, besteht die Gefahr, dass die Lebensqualität in unseren Städten sinkt.
15. Bei der Partnerschaft zur Luftqualität hoffen wir auf konzertierte europäische Maßnahmen, die darauf abzielen, Verschmutzung am Ursprung Einhalt zu gebieten. Wir sind uns bewusst, dass schlechte Luftqualität starke Auswirkungen auf die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat, daher ist eine Verbesserung dieser Situation, vor allem durch saubere Mobilität in den Städten eines unserer Hauptziele, bietet sie doch unseren Bürgerinnen und Bürgern eine gesunde Zukunft und erhält die Vitalität und Wettbewerbsfähigkeit unserer Städte aufrecht.
16. Bei der Partnerschaft zu städtischer Armut benötigen wir besser abgestimmte Maßnahmen und Instrumente auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene, damit wir Entwicklungen struktureller Konzentration von Armut in benachteiligten Wohngebieten im Keim ersticken können. Auch Armut von Kindern und Obdachlosigkeit sind uns ein großes Anliegen.
17. Die Partnerschaft zur Eingliederung von MigrantInnen und Flüchtlingen sollte es Letzteren ermöglichen, aktive und engagierte europäische Bürgerinnen und Bürger zu werden und so zum Talentpool für Europa beizutragen. Synergien zwischen Städten und einzelnen Interessensgruppen, aber auch notwendige Veränderungen bei EU-Bestimmungen und Fördersystemen müssen an der Tagesordnung stehen, damit Städte Initiativen ergreifen und Maßnahmen in Angriff nehmen können, um mittel- und langfristige Herausforderungen bei der Integration von Flüchtlingen zu bewältigen.
18. Wir verleihen unserer Hoffnung Ausdruck, dass die laufenden Pilotpartnerschaften die Engpässe bei der Verwirklichung einer wirksameren EU-, nationalen und lokalen Politik aufdecken können. Zusätzlich zu den genannten vier Projekten schlagen wir die folgenden Themen als Schwerpunkte für die kommende Periode vor:
- a) Wachstum, Arbeitsplätze, Fähigkeiten
  - b) Verbesserung der städtischen Mobilität
  - c) Umschwung zu einer Kreislaufwirtschaft sowie
  - d) Einsatz von Open Data und Technologie, die unsere Städte intelligenter und unsere Bürgerinnen und Bürger stärker machen.
- Im Hinblick auf einen stärkeren Zusammenhalt in Europa erachten wir es auch für sinnvoll, in europäische Strategien und Lösungen im Kampf gegen Radikalisierung und gewaltsamen Extremismus zu investieren.
19. Des Weiteren verleihen wir auch unserer Hoffnung Ausdruck, dass alle Partner der EU-Städteagenda, wie sie im Pakt von Amsterdam festgehalten ist, der am 30. Mai 2016 in einem informellen Treffen von den für Stadtpolitik verantwortlichen MinisterInnen verabschiedet werden soll, an einer raschen Entwicklung und Umsetzung aller Maßnahmen zur Beseitigung aller Engpässe, die einer Lösung der heutigen Herausforderungen in den Städten entgegenstehen, arbeiten werden. Letztendlich soll durch die

EU-Städteagenda eine gemeinsame städtische Dimension von EU Entscheidungsprozessen geschaffen werden, die alle relevanten europäischen Maßnahmen und die relevante Gesetzgebung umfasst ('urban mainstreaming'), und zwar mit einem Ansatz, der von unten nach oben führt. Daher kann der Pakt von Amsterdam nur der Anfang in dieser Entwicklung sein.

20. Damit die EU-Städteagenda auch ein wirklich relevanter und verlässlicher Rahmen für Gesetzgebung, Maßnahmen und Instrumente für unsere Bürgerinnen und Bürger auf EU-Ebene wird, fordern wir die Europäische Kommission auf, die EU-Städteagenda als wesentliches Ziel während ihrer Amtszeit anzuerkennen und diese auch in ihre jährlichen Arbeitsprogramme aufzunehmen. Die Europäische Kommission soll die Agenda koordinieren, damit auch kohärente und integrierte Lösungen zustande kommen, die unsere Städte in Europa benötigen, und eine Verbindung zur Agenda für bessere Rechtsetzung garantiert ist. Die interne Koordinierung von stadtspezifischen Themen muss gewährleistet werden, Folgeabschätzungen müssen integriert werden.

21. Der jährliche direkte Dialog zwischen den Bürgermeisterinnen der EU Hauptstädte und der Europäischen Kommission bietet eine einmalige Gelegenheit zum Meinungsaustausch über den Fortschritt der Agenda, und wir laden die Europäische Kommission ein, diese Gelegenheit auch für zukünftige Themenschwerpunkte zu nutzen.

#### **WIR ERKLÄREN BETREFFEND DIE FLÜCHTLINGSKRISE WIE FOLGT:**

22. Unsere Hauptstädte, lokalen und regionalen Behörden unternehmen alle nur erdenklichen Mühen, dem unvorhergesehenen Zustrom an Flüchtlingen Herr zu werden und ihnen Schutz und Sicherheit zu bieten. Nicht alle können Gleiches leisten aber wir sind der Meinung, dass jeder von uns eine entsprechende Lösung finden sollte. Viele lokale Regierungen haben kurz und langfristig nicht geeignete finanzielle Mittel, wir fordern daher die Mitgliedsstaaten, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament auf, zusätzliche Mittel zur Aufnahme, Unterstützung und Integration von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen.

23. Ohne europäische Maßnahmen auf allen Ebenen wird es für die Städte zusehends schwieriger, mit der Flüchtlingskrise zu Rande zu kommen, die Bedürfnisse der Betroffenen abzudecken und die Chancen im Bereich der Beschäftigung zu nutzen.

24. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und in Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen die Umsetzung der Entscheidung betreffend operativer Hotspots, Sicherung der EU Außengrenzen und einer ausgewogenen Umverteilung der Flüchtlinge auf Basis der Solidarität voranzutreiben.

25. Wir bieten jederzeit unsere Unterstützung und unser Wissen an, wenn dies bei der Verwirklichung von dringend notwendigen Lösungen hilfreich ist.

*Die BürgermeisterInnen der Hauptstädte  
der Europäischen Union,*

Amsterdam, 21. April 2016

(Arbeitsübersetzung)

# Übersicht über jene Akten,

die dem Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten im Jahr 2015 vorgelegt wurden.

Ausschuss vom	Thema	Antrag auf		Abstimmungs- ergebnis
		Unvereinbarkeit (Subsidiaritätsrüge)	Kenntnisnahme	
10.09.2015	Verwaltungsziel „Mehr EUROpa für Wien“		×	Mehrheitlich
	Subsidiaritätsbericht 2014		×	Einstimmig
07.05.2015	Paket zur Energieunion		×	Einstimmig
	Übersicht über die EU-Projekte der MA 18		×	Einstimmig
	Wien in den Programmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) 2014-2020		×	Einstimmig
09.04.2015	Europabericht 2014		×	Mehrheitlich
	Die Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe der Stadt Wien		×	Einstimmig
	Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP); Einheitliche Länderstellungnahme		×	Einstimmig
05.03.2015	Europäischer Fonds für Regionalentwicklung (EFRE)		×	Einstimmig
	Europäischer Sozialfonds		×	Einstimmig
12.02.2015	Menschenrechtsstadt Wien		×	Mehrheitlich
	Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2015		×	Einstimmig
15.01.2015	EU-Klima- und Energiepaket 2030		×	Einstimmig
	Versammlung der Regionen Europas		×	Einstimmig

